Nr. 271. 10. Jahrg.

Erscheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Eingetr. in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1893 unter Nr. 6708.

Vorwärts
Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt I. 4186.
Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Freitag, den 17. November 1893. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.

Zur Eröffnung des Reichstags.

Berlin, den 16. November.

Die zweite Session des am 15. Juni d. J. gewählten Reichstags wurde heute vom Kaiser in Person mit folgender Thronrede eröffnet:

Geehrte Herren!

Als ich Sie im Juli d. J. um mich versammelt hatte, gab ich dem Vertrauen Ausdruck, daß Sie mir und meinen hohen Verbündeten Ihre Mitwirkung zu der im Interesse der Sicherheit des Reichs gebotenen Fortbildung unserer Heereseinrichtungen nicht versagen würden. Ich freue mich, daß meine Zuversicht nicht getäuscht worden ist, und indem ich Sie heute bei Ihrem Zusammentritt begrüße, ist es mir Bedürfniß, dem Reichstag für seine patriotische Bereitwilligkeit meinen kaiserlichen Dank auszusprechen. Die mannigfachen Beweise warmer Sympathie, deren ich mich während der letzten Monate in den verschiedenen Theilen des Reichs zu erfreuen gehabt habe, sind mir eine Bürgschaft dafür, mit welcher Genugthuung die Nation es empfindet, daß dem deutschen Heere eine Organisation gesichert worden ist, in welcher die Gewähr für den Schutz des Vaterlandes und für die Erhaltung des Friedens beruht.

Es wird nunmehr Ihre vornehmste Aufgabe sein, in gemeinsamer Arbeit mit den verbündeten Regierungen für die Beschaffung der Mittel Sorge zu tragen, welche zur Deckung des durch die erhöhte Friedenspräsenzstärke des Heeres entstandenen Mehrbedarfs erforderlich sind. Die Vorschläge, welche Ihnen in dieser Beziehung zugehen werden, bewegen sich auf einer breiten, zugleich die finanziellen Beziehungen des Reichs zu seinen Gliedern neu regelnden Grundlage.

Die Finanzverwaltung des Reiches hat eine endgiltige Ordnung im Sinne der Reichsverfassung noch nicht gefunden. Die bisherigen Erfahrungen haben bewiesen, daß ohne Schädigung des Reiches und der Einzelstaaten eine Auseinandersetzung zwischen denselben nicht länger hinausgeschoben werden kann. Das Finanzwesen des Reiches wird dergestalt aufzubauen sein, daß unter Beseitigung der bisherigen Schwankungen die Anforderungen desselben an die Einzelstaaten in ein festes Verhältniß zu den Ueberweisungen gestellt werden, und ein gesetzlich festgelegter Antheil an den eigenen Einnahmen des Reiches für einen vorher bestimmten längeren Zeitraum den Einzelstaaten zugesichert wird. Eine solche Ordnung wird im Einklange mit der föderativen Gestaltung unseres Staatswesens ein ungestörtes Zusammenwirken des Reiches und der Einzelstaaten gewährleisten und ohne Schmälerung der Rechte des Reichstages die Finanzverwaltung in hohem Grade fördern. Zu diesem Behufe wird dem Reichstage ein Gesetzentwurf, betreffend die anderweite Ordnung des Finanzwesens des Reiches, vorgelegt werden.

Zur Beschaffung der hiernach erforderlichen Mittel werden dem Reichstage Gesetzentwürfe, betreffend die Besteuerung des Tabaks und Weins, sowie die Erhebung von Reichs-Stempelabgaben, zugehen.

Ich zweifle nicht, daß die Lösung dieser bedeutsamen Aufgabe Ihrer hingebenden Mitwirkung gelingen wird.

Unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Finanzlage des Reiches ist der Reichshaushalt mit äußerster Sparsamkeit aufgestellt.

Die beim Abschlusse der Handelsverträge des Reiches mit Oesterreich-Ungarn, Italien, Belgien und der Schweiz gehegte Erwartung, daß dieselben zugleich den Anknüpfungspunkt für die vertragsmäßige Regelung unserer Handelsbeziehungen zu anderen Staaten bilden würden, hat sich inzwischen insoweit erfüllt, als es gelungen ist, auf der durch jene Verträge geschaffenen Grundlage auch mit Spanien, Rumänien und Serbien neue Handelsverträge zu vereinbaren. Die Verträge, durch welche unserem Güteraustausch mit diesen Ländern die wünschenswerthe Stetigkeit und die Möglichkeit gedeihlicher Entwickelung geboten wird, werden Ihnen zur verfassungsmäßigen Beschlußnahme zugehen.

Im Einverständnisse mit meinen hohen Verbündeten habe ich mich veranlaßt gesehen, Rußland gegenüber von der Befugniß einer außerordentlichen Erhöhung der Einfuhrzölle Gebrauch zu machen. Die von mir erlassenen Verordnungen werden Ihnen sofort mitgetheilt werden. Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß der Verlauf der schwebenden Handelsvertrags-Verhandlungen mit Rußland zur Beseitigung dieser Maßnahmen führen wird.

Dank den energischen Bemühungen, welche die verbündeten Regierungen aufgewendet haben, ist es gelungen, die verheerende Epidemie, welche im vergangenen Jahre schwere und schmerzliche Opfer gefordert hatte, seitdem fernzuhalten, und wo sich vereinzelte Krankheitsfälle zeigten, ihrer Verbreitung erfolgreich entgegenzutreten.

Die gewonnenen Erfahrungen noch wirksamer zu verwerthen, und die Abwehrmaßregeln zu dauernden und einheitlichen zu gestalten, ist der Zweck eines Gesetzentwurfs, welcher Ihnen vorgelegt werden wird.

Um die mit der pflichtmäßigen Strenge jener Abwehrmaßregeln vereinbare Schonung des internationalen Verkehrs thunlichst sicher zu stellen, hat unter Betheiligung des Reichs im Frühjahr in Dresden eine von der Mehrzahl der europäischen Staaten beschickte Konferenz stattgefunden, deren Beschlüsse Ihnen zur Genehmigung zugehen werden.

Die Erledigung der Ihnen auf finanziellem und handelspolitischem Gebiet gestellten Aufgaben wird Ihre Arbeitskraft in so hohem Maße in Anspruch nehmen, daß die verbündeten Regierungen es für rathsam erachtet haben, den Kreis der Vorlagen im übrigen thunlichst einzuschränken.

In dem Verhältniß Deutschlands zum Auslande ist eine Aenderung nicht eingetreten. Bei Fortdauer der engen Freundschaft mit den zur Verfolgung gemeinsamer friedlicher Zwecke uns verbündeten Reichen, stehen wir zu allen Mächten in guten und freundlichen Beziehungen. Ich gebe mich daher der Zuversicht hin, daß uns mit Gottes Hilfe die Segnungen des Friedens auch fernerhin werden erhalten bleiben.

Wenn jener englische Minister recht hat, der da meinte: je weniger eine Thronrede sagt, desto besser ist sie — dann ist die heutige entschieden sehr gut. Weniger zu sagen, dürfte kaum möglich sein. Zu bedauern ist blos, daß die Ausdehnung dem Inhalt nicht entspricht — dann wären wir mit sechs Zeilen davon gekommen.

Und das Wenige, was gesagt wird, bewegt sich in den allgemeinsten Wendungen.

Das einzige Thatsächliche in der ganzen Thronrede ist, daß der Reichstag „für die Beschaffung der Mittel Sorge zu tragen hat", die gebraucht werden, um die in der vorigen Session so hastig beschlossene „neue Militärvorlage" — die bald nicht mehr neu sein wird — durchzuführen.

Alles Andere ist entweder nicht thatsächlich oder nicht Thatsache.

Ist es etwa eine Thatsache, daß die Militärvorlage „im Interesse der Sicherheit des Reichs" nothwendig ist? Es ist nur eine Meinung, und zwar eine Meinung der Minderheit des deutschen Volkes.

Ist es etwa eine Thatsache, daß die „patriotische Bereitwilligkeit", welche die Militärvorlage annahm, Dank verdient? Die Mehrheit des deutschen Volkes ist anderer Ansicht.

Ist etwa die „föderative Gestaltung" unseres Staatswesens eine Thatsache? Oder ist es ein diplomatisches Liebeswort an die Adresse des Zentrums und des Partikularismus?

Ueber die Art und Weise, wie die „Deckung" beschafft werden soll, — die Frage, die das deutsche Volk jetzt am meisten beschäftigt — schweigt die Thronrede sich aus. Wir sollen die betreffenden Vorlagen abwarten — von den „tragfähigen Schultern" ist's mäuschenstill, und das Schweigen ist beredt. Was über den Inhalt der Steuervorlagen bisher bekannt geworden ist, zeigt, daß es gerade die „nicht tragfähigen Schultern" sind, denen die Steuerlast aufgeladen werden soll — eine Praxis, die Jedem, der die Natur des Klassenstaats kennt, von vornherein selbstverständlich war. Für die „tragfähigen Schultern" die „Liebesgaben", die Steuern für die anderen — das ist seit Jahrzehnten die Losung im Deutschen Reich.

Die Versicherung, daß „unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Finanzlage des Reichs der Reichshaushalt mit äußerster Sparsamkeit aufgestellt ist", bekundet unzweifelhaft guten Willen, ist aber ein schlechter Trost. Wenn Jemand 1000 Millionen Mark haben möchte, sich aber nothgedrungen mit 100 Millionen begnügt, so ist das „sparsam" — freilich nicht nach den Begriffen derer, die auch die 100 Millionen für überflüssig halten.

Daß keine „Schmälerung der Rechte des Reichstags" darin liegt, die Reichsfinanzen so zu gestalten, wie Herr Miquel es plant — das ist auch keine Thatsache, sondern eine Meinung, die von der Majorität des deutschen Volks schwerlich getheilt wird. Indeß in diese Frage wollen wir jetzt nicht eingehen.

Das einzige Erfreuliche in der Thronrede ist der Schlußabsatz mit der Mittheilung, daß „wir", d. h. das Deutsche Reich, „zu allen Mächten in guten und freundlichen Beziehungen stehen". Schade nur, daß dieser einzige erfreuliche Theil der Thronrede mit dem übrigen Inhalt der Thronrede im schneidendsten Widerspruch ist und durch ihn jeglicher thatsächlichen Bedeutung entkleidet wird.

Die Thatsache, daß die Regierung eine riesige Vermehrung der Militärlast „im Interesse der Sicherheit des Reichs" für unbedingt nothwendig hält, beweist, daß sie nicht an den Frieden glaubt. Und wenn die Regie-

Feuilleton.

Nachdruck verboten.] [10

Skizzen aus der sozialistischen Bewegung in Rußland.

(Aus dem Russischen übersetzt)

Aber was thut es, daß noch soviel Arbeit nöthig ist, dachte Xenia, sie wird gethan werden. An unserer Stelle werden andere arbeiten; sie werden sich immer vermehren; sie werden aus unseren Erfahrungen lernen, wie man am besten sich mit dem Volke zu befassen hat. Und jene Gesellschaft, welche uns für verächtliche Phantasten hält, wird mit Schrecken als Besiegte fallen, wenn gegen sie das sozialistische Volk aufsteht. Und das Volk wird sozialistisch werden. Neben mir in der Zelle sitzt schon ein Sozialist aus dem Bauernstande, und doch hatten wir erst unsere Arbeit begonnen. Man will uns vernichten, aber der Sozialismus ist nicht zu tödten, und es wird die Zeit kommen, wo er sich im Volk verkörpern wird.

Zu Anfang des dritten Jahres der Gefangenschaft erhielt Xenia die Anklageschrift zugestellt, und der Gerichtshof, aus den Mitgliedern des Senates zusammengesetzt, trat in Thätigkeit.

Die Vertreter zweier ganz verschiedener Gesellschaftsklassen befanden sich im Gerichtssaale gegenüber. An dem Tische saßen die Vertreter des despotischen Rußlands — die Senatoren, Sklaven höherer Art, in goldbetreßten Uniformen, welche sich auf den Befehl ihres Herrschers versammelt hatten, um eine Anzahl Menschenleben zu vernichten. Sie wagen es nicht, nach ihrer eigenen Ansicht zu urtheilen, da ihnen das Urtheil vorher bestimmt worden ist. Um sie herum glänzen die Epauletten und die Achselbänder der Gendarmen, die Uniformen der Generäle, der ganze russische Flitterstaat.

Und diesen Vertretern der Sklaverei gegenüber befanden sich die Verkünder der Sittlichkeit — Xenia, ihre Freundinnen und Freunde. Obgleich ermattet durch lange Gefängnißhaft sind sie dennoch in froher Stimmung, als ob dies ein Feiertag wäre; sie tragen ihre Köpfe nicht gesenkt, sondern stets erhoben. Sie fühlen sich erhaben über diese Gesellschaft und über diese Richter als Pionire der zukünftigen Herrschaft der Gerechtigkeit und Brüderlichkeit. Ihre Gesichter leuchten und ihre Worte sind Wahrheit. Sie versuchen nicht, sich zu rechtfertigen, sie sind stolz auf ihre „Vergehen".

Der Zauber der sittlichen Reinheit verwirrt die Richter, und erweckt Sympathieen bei den Zuhörern. Aber die sklavische Pflicht der Senatoren ist stärker, als das Gefühl der Sittlichkeit, und sie verurtheilen die Blüthe der russischen Jugend „zur Zwangsarbeit".

II.

Die veränderte Richtung.

Jedes neue Unternehmen macht, ehe es eine zielbewußte Richtung einschlägt, eine Phase des grübelnden Enthusiasmus durch. Der junge Theoretiker, der in die Praxis tritt, ist unbedingt ein Phantast. Die realen Lebensbedingungen, dieses ihm unbekannte Lebenselement, setzen ein zielbewußtes Vorgehen voraus.

Die russische solialistische Bewegung konnte auch nicht diese Phase der naivsten Phantasie vermeiden. Es gab zum Beispiel eine Zeit, in der die russischen Sozialisten auch nicht im entferntesten an einen sozialistischen Kampf dachten. Nach ihrer Theorie war eine Konstitution durchaus nicht erstrebenswerth, weil diese die politische Kraft der im Entstehen begriffenen russischen Bourgeoisie noch fester zusammenfügen würde. Je eher das despotische Regime in Fäulniß übergeht, desto besser, weil dadurch das Volk aufgereizt wird, und die revolutionären Elemente vermehrt werden. Eine Solidarität zwischen der Regierung und dem Kapital schien ihnen nicht vorhanden zu sein. Die Sozialisten sagten sich: mag die Regierung „ruhig unter ihrem Feigenbaum sitzen", aber wir werden den Volksaufstand gegen das Kapital vorbereiten.*) Das war die Theorie des reinen Sozialismus, welche unbedingt zu Grunde gehen mußte, bei dem ersten Versuche, dieselbe in die Praxis zu übertragen, da in ihrer Formulirung nicht der Coëfficient des wirklichen Lebens enthalten, die absoluten Regeln ihr unbekannt waren, machte er fortwährenden Wechsel der Hilfsmittel erforderlich.

Das praktische Leben verfuhr mit den Phantasien der russischen Sozialisten mit der ihm eigenen Rauhheit. Der Regierung fiel es gar nicht ein, ruhig unter ihrem Feigenbaum zu sitzen und gleichmüthig der friedlichen Propaganda des Sozialismus zuzusehen.

*) Siehe die Broschüre über die Ermordung des Generals Mesenzew.

rung nicht an den Frieden glaubt, wie kann sie erwarten, daß das Volk ihren Friedensversicherungen glaube? Auch den kühnsten Sprüngen der Logik gelingt es nicht, über das Dilemma hinwegzusetzen:

Entweder glaubt die Regierung an die Friedlichkeit der Lage, und dann haben die Mehrforderungen für das Militär keinen Sinn; oder die Mehrforderungen für das Militär sind berechtigt, und dann hat die versicherte Friedlichkeit der Lage keinen thatsächlichen Grund.

Die eine Annahme hebt die andere auf.

Mit der Thronrede sind wir nun fertig. Wir waren noch zu höflich, als wir schrieben, sie sei wenigsagend. Wir wären der Wahrheit näher gekommen, hätten wir geschrieben: sie ist nichts sagend.

Je hartnäckiger sich die Regierungen ausschweigen, desto mehr ist es Pflicht der Volksvertretung, zu reden und die Forderungen des Volks zum Ausdruck und zur Geltung zu bringen. So inhaltsleer die Thronrede ist, so inhaltsvoll und bedeutsam ist die Session, welche heute begonnen hat. Es gilt, nach Möglichkeit das Unheil wieder gut zu machen, das die letzte Session angerichtet hat. Mit einer winzigen Majorität, die bei näherer Betrachtung zu einer Minorität zusammenschrumpft, also nur eine Scheinmajorität war, ist in voriger Session die Militärvorlage angenommen worden; und in dieser Session soll der Reichstag die Mittel beschaffen.

Inzwischen haben wir das — lange im Dunkel gehaltene — ziffernmäßige, amtlich festgestellte Ergebniß der letzten Reichstagswahlen erfahren. Es beweist unwiderleglich, mit der vollen Wucht der Zahlen und Thatsachen, daß das deutsche Volk die Grenze seiner „Tragfähigkeit" und seiner Geduld erreicht hat. Die ungeheure Mehrheit, mit der es am 15. Juni gegen den Militarismus und jede Neubelastung zu militaristischen Zwecken protestirt hat, nimmt dem Beschluß der vorigen Session jedes moralische Gewicht und steigert entsprechend die Kraft der Opposition.

Die Reichstags-Majorität der vorigen Session hat durch die Veröffentlichung der letzten Wahlstatistik vollends alle Autorität verloren. Eine Reichstags-Majorität, die nur durch unsere durch und durch verkehrte Wahlkreis-Eintheilung und durch den Wortbruch einer Anzahl von Abgeordneten zu stande gekommen ist, kann niemand imponiren. Dem deutschen Reichstag steht das deutsche Volk gegenüber. Das Votum der vorigen Session ist nicht bindend für uns.

Wer die Militärvorlage bewilligt hat, mag auch die Kosten tragen. Der Kampf gegen den Militarismus ist durch das Votum der vorigen Session nicht beendigt — nicht unterbrochen.

Nach wie vor lautet die Losung: Nieder mit dem Militarismus! Diesem System keinen Mann und keinen Groschen!

Wem der Wille des deutschen Volkes Gesetz ist, der muß dieser Losung folgen. Und dem Willen des Volks muß die Regierung sich unterwerfen. Thut sie das nicht, und sollte sie im Fall eines verneinenden Votums sich zur Auflösung des Reichstags entschließen, so werden wir kampffroh und siegesgewiß in den Wahl-Feldzug eintreten, und statt mit einer Mehrheit von 1 Million und 100 000 Wählern gegen die Militärvorlage, mit einer doppelten Mehrheit in den Reichstag zurückkehren.

Der Wille des Volks soll und muß das oberste Gesetz werden.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 16. November.

Die heutige erste Sitzung des Reichstages hatte die Feststellung der Beschlußfähigkeit oder Beschlußunfähigkeit zum Zwecke. Es mußte zu diesem Behufe ein Namensaufruf erfolgen. Während desselben herrschte noch Ungewißheit, da die Reichstagsbänke recht dünn besetzt waren. Im Laufe der Prozedur, die genau in der Weise einer namentlichen Abstimmung vor sich geht, füllten sich aber die Lücken einigermaßen, und schließlich ergab sich die Anwesenheit von 215 Abgeordneten, also 16 über die absolute Majorität. Der Reichstag ist also beschlußfähig und kann morgen — Freitag — in sein erstes Geschäft, die Bureauwahl, eintreten. Außer mit der Bureauwahl hat er sich in seiner zweiten Sitzung mit drei Anträgen auf Einstellung des Strafverfahrens gegen Mitglieder des Hauses zu beschäftigen. Und zwar beziehen sich die drei Schutzanträge auf die zwei Antisemiten Ahlwardt und Förster und dem Konservativen Hammerstein — ein Dreigestirn, dessen Nennung ein homerisches Gelächter erregt. Daß die Gesellschaft jetzt mit dem Staatsanwalt in Konflikt steht, ist allerdings eine komische Fügung des Schicksals.

Sonnabend ist keine Sitzung. Montag und Dienstag Handelsverträge. Zu diesen werden Schippel und Schoenlank als Fraktionsredner sprechen. Die Etatsdebatte beginnt frühestens am Donnerstag nach dem Bußtag. Als Redner hat die Fraktion Bebel und Liebknecht bestimmt. —

Der Reichshaushalts-Etat für 1894/95 schließt in Einnahme und Ausgabe ab mit 1 305 632 229 M. (der Etat des laufenden Jahres beläuft sich auf 1 330 429 358 M., so daß der neue Etat um 24 797 129 M. zurückbleibt).

Von den Ausgaben des Etats für 1894/95 entfallen 1 082 884 683 M. (gegen 1 028 769 679 M. im Jahre 1893/94) auf die fortdauernden, 83 925 726 M. (gegen 84 124 204 M.) auf die einmaligen des ordentlichen Etats, und 138 821 820 M. (gegen 217 535 475 M.) auf die einmaligen Ausgaben des außerordentlichen Etats.

Die fortdauernden Ausgaben stellen sich wie folgt:

		gegen den Etat des laufenden Jahres:
Reichstag	423 853 M.	—
Reichskanzler u. Reichskanzlei	153 460 M.	—
Auswärtiges Amt	10 323 840 M.	(+ 187 935 M.)
Reichsamt des Innern	27 213 085 M.	(+ 1 371 540 M.)
Verwaltung des Reichsheeres	482 066 828 M.	(+ 31 812 148 M.)
Verwaltung der kaiserl. Marine	51 369 307 M.	(+ 3 116 668 M.)
Reichs-Justizverwaltung	2 065 752 M.	(+ 10 774 M.)
Reichs-Schatzamt	360 528 435 M.	(+ 6 269 595 M.)
Reichs-Eisenbahnamt	884 840 M.	(+ 2 020 M.)
Reichsschuld	72 269 800 M.	(+ 5 303 800 M.)
Rechnungshof	631 583 M.	(+ 1 700 M.)
Allgemeiner Pensionsfonds	48 245 438 M.	(+ 8 452 410 M.)
Reichs-Invalidenfonds	27 258 492 M.	(+ 2 586 414 M.)
Summe	1 082 884 683 M.	(+ 54 115 004 M.)

Die einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats vertheilen sich wie folgt:

Reichskanzler und Reichskanzlei	60 000 M.	(+ 60 000 M.)
Auswärtiges Amt	4 827 000 M.	(+ 620 800 M.)
Reichsamt des Innern	4 305 270 M.	(+ 1 307 370 M.)
Post und Telegraphen	8 875 483 M.	(— 1 001 891 M.)
Reichsdruckerei	71 000 M.	(— 148 700 M.)
Reichsheer	41 721 523 M.	(— 2 753 717 M.)
Marine	22 904 050 M.	(+ 1 978 800 M.)
Justizverwaltung	1 000 000 M.	(— 200 000 M.)
Reichs-Schatzamt	161 400 M.	(— 57 200 M.)
Reichs-Eisenbahnamt	—	(— 4 000 M.)
Fehlbeträge aus früheren Jahren	—	
Summe	83 925 726 M.	(— 198 478 M.)

Die einmaligen Ausgaben des außerordentlichen Etats betragen:

Reichsamt des Innern	20 710 000 M.	(— 14 890 000 M.)
Reichsheer	99 358 270 M.	(— 51 848 063 M.)
Marine	6 152 800 M.	(— 4 466 200 M.)
Eisenbahnverwaltung	12 605 750 M.	(— 781 060 M.)
Betriebsfonds		(— 6 728 302 M.)
Summe	138 821 820 M.	(— 78 713 655 M.)

Die Gesammtsumme der einmaligen Ausgaben und außerordentlichen Etats (83 925 726 M. + 138 821 820 M.) beläuft sich also auf 222 747 546 M. (gegen das Vorjahr um 78 912 133 M. weniger), die Gesammtsumme aller Ausgaben (einschließlich der fortdauernden) auf 1 305 632 229 Mark (— 24 797 129 M.).

Diesen Ausgaben gegenüber sind die Einnahmen im Entwurf wie folgt veranschlagt:

Zölle und Verbrauchssteuern	616 935 560 M.	(+ 14 015 720 M.)
Reichs-Stempelabgaben	34 045 000 M.	(+ 2 469 000 M.)
Post und Telegraphen	24 858 617 M.	(+ 3 568 540 M.)
Reichsdruckerei	1 436 800 M.	(+ 44 580 M.)
Eisenbahnverwaltung	20 081 100 M.	(+ 664 000 M.)
Bankwesen	7 244 800 M.	(+ 127 300 M.)
Versch. Verwaltungs-Einnahmen	12 589 168 M.	(— 865 892 M.)
Invalidenfonds	27 258 492 M.	(+ 2 586 414 M.)
Zinsen aus belegten Reichsgeldern	46 000 M.	(— 102 000 M.)
Veräußerung von ehem. Festungsterrains	1 400 300 M.	(+ 896 664 M.)
Ueberschüsse aus früheren Jahren	1 372 033 M.	(— 2 775 199 M.)
Matrikularbeiträge	419 592 544 M.	(+ 39 528 399 M.)
Summa	1 166 810 409 M.	(+ 53 916 526 M.)
Außerordentl. Deckungsmittel	138 821 820 M.	(— 78 713 655 M.)
Summe aller Einnahmen	1 305 632 229 M.	(— 24 797 129 M.)

Der Etat für 1894/95 bleibt hiernach hinter dem Etat des laufenden Jahres in Einnahme und Ausgabe um 24 797 129 M. zurück. Im einzelnen übersteigen die fortdauernden Ausgaben die fortlaufenden Ausgaben des laufenden Jahres um 54 115 004 Mark, die einmaligen Ausgaben des ordentlichen und außerordentlichen Etats bleiben dagegen um 78 912 133 M. hinter den entsprechenden Ausgaben des laufenden Jahres zurück; während die ordentlichen Einnahmen im Betrage von 1 166 810 409 M. die ordentlichen Einnahmen des laufenden Jahres um 53 916 526 Mark übersteigen, die außerordentlichen Einnahmen aber, die durch besondere Mittel gedeckt werden, um 78 713 655 M. hinter den außerordentlichen Deckungsmitteln des laufenden Jahres zurückbleiben.

Die Matrikularbeiträge sind diesmal um 39 528 399 Mark höher angesetzt und auf 419 592 544 M. veranschlagt worden. Ihnen gegenüber steht die an die Einzelstaaten abzuliefernde Ueberweisungssumme von 355 450 000 M. (die um 6 232 000 M. höher ist als die für dieses Jahr veranschlagte). Die Differenz zwischen Matrikularbeiträgen und Ueberweisungssumme beträgt 64 145 544 M., um welche die Matrikularbeiträge höher sind als die Ueberweisungen.

Die Steuervorlagen. Die Absicht, dem Reichstage bei seinem Zusammentreten mit dem Reichshaushalts-Etat pro 1894/95 zugleich die auf die Steuerreform bezüglichen Vorlagen zu überreichen, hat sich nicht durchführen lassen. Die Ausschüsse des Bundesraths vermochten trotz angestrengtester Arbeit ihre Berathungen nicht so rasch zu fördern, daß jene Absicht zu verwirklichen gewesen wäre. Den „B. P. N." zufolge wurde der Gesetzentwurf betreffend die anderweite Organisation des Reichsfinanzwesens in den Ausschüssen einstimmig angenommen, während die grundlegenden Bestimmungen des Tabaksteuer-Gesetzes in der am Dienstag erfolgten Berathung, die bis in den späten Abend hinein dauerte, nahezu einstimmig angenommen sein sollen. Gestern dürfte die Berathung des Tabaksteuer-Gesetzes zu Ende geführt sein. Heute soll die Berathung des Reichsweinsteuer-Gesetzes stattfinden. Demnach hat selbst der Tabak-Fabrikatsteuer-Entwurf unter den den Bundesregierungen nicht allgemeine Zustimmung gefunden. —

Fabrikatsteuer und Arbeitslosigkeit in der Tabak-Industrie. Eine von der Kongreßkommission der Tabakarbeiter Deutschlands versandte Korrespondenz theilt hierüber folgendes mit:

Nach einem Rundschreiben des deutschen Tabakvereins, eines Verbandes der Unternehmer, kommen auf eine Person der Zigarrenindustrie 225 Arbeitstage. Da das Jahr 300 Arbeitstage zählt, ist der Zigarrenarbeiter im Jahre durchschnittlich dreizehn Wochen arbeitslos. Das heißt: in der Zigarren-Industrie giebt es im Jahresdurchschnitte 37 500 Arbeitslose. Der letzte Geschäftsbericht des Unterstützungsvereins, der die Arbeitslosenfrage behandelt, giebt eine Uebersicht, die die Nothlage grell beleuchtet. In der Uebersicht sind die größten Orte, Berlin, Hamburg u. s. w., wo die Arbeitslosigkeit noch weit heftiger auftritt, gar nicht einbezogen. Im Jahre 1890 trafen in den Mitgliedschaften des Vereins, zu dem naturgemäß nur die besser bezahlten Schichten der Tabakarbeiterschaft gehören, auf einen

Zigarrenmacher	13	arbeitslose Tage.
Wickelmacher	12,6	
Sortierer	9,8	
Kautabak- und Rauchtabak-Spinner	10,1	
Sonstige Tabakarbeiter	37,7	

Dies ergiebt einen Gesammt-Durchschnitt von 16,6 arbeitslosen Tagen im Jahr auf die organisirten Tabakarbeiter überhaupt. Verbinden wir damit die vom deutschen Tabakverein mitgetheilte Zahl von 225 Arbeitstagen, so erhellt, daß 1890 der Tabakarbeiter in Pausch und Bogen 15 Wochen arbeitslos war. Rechnet man von den arbeitslosen Tagen die durch Krankheit, Ausstand, Ausschluß verursachte Arbeitslosigkeit ab, so ergebt sich, daß auf den Zigarrenmacher 6,5, auf den Wickelmacher 3, auf den Sortirer 5,5, den Kautabak- und Rauchtabakspinner 6,5 und die sonstigen Tabakarbeiter 31,4 arbeitslose Tage allein Dank der Geschäftsflaue kamen. Wie man auch die Ziffern betrachtet, sie erzählen die betrübende Geschichte von Leiden und Kümmerniß.

Der Stundenlohn belief sich damals für die gesammten Tabakarbeiter auf rund 22 Pfg., nach örtlichen Angaben auf 20,7 Pfg.

Zahlen beweisen. Wenn die Tabak-Fabrikatsteuer 50 bis 60 000 Tabakarbeiter brotlos macht, wird die Arbeitslosigkeit und das Elend viel erschreckendere Ergebnisse zeitigen, eine Ernte von Noth, Schrecken und Verzweiflung.

Selbst die Amtsblätter stellen sich in den Dienst der Gegner der Tabakfabrikatsteuer, so bringt der „Anzeiger und Wochenblatt für Döbeln, Lommatzsch, Roßwein und Umgebung, Amtsblatt der königlichen Amtshauptmannschaft, des königlichen Amtsgerichtes und des Stadtraths zu Döbeln" Artikel, Erklärungen und Aufrufe gegen die Tabakfabrikatsteuer. —

Unser nothleidender Botschafter in Rom. Bereits im Reichs-Etatsentwurf für 1893/94 war eine Erhöhung des Diensteinkommens des Botschafters in Rom um 20 000 M. als erforderlich bezeichnet worden. Bei den bezüglichen Berathungen im Reichstage wurde die Besoldungserhöhung für das Jahr 1893/94 zwar abgelehnt, ein eventuelles Entgegenkommen für den Fall der Wiederanregung im nächsten Etat aber in Aussicht gestellt. Infolge der anhaltenden Steigerung sämmtlicher Preise und Löhne in Rom, der höheren Dotirung der Chefs anderer Missionen, sowie der sehr erheblichen Repräsentationspflichten des Botschafters ist nun diese Summe in den Etat für 1894/95 eingestellt worden.

Leider werden diese Gesichtspunkte blos bei den höchsten Staatsbeamten und nicht bei den unteren Beamten, denen eine Gehaltserhöhung viel dringender zu wünschen wäre, in Betracht gezogen. —

Aus den „Ferien-Kolonien". Die üble Behandlung, welcher immer noch vielfach die Soldaten ausgesetzt sind, findet durch ein Schreiben, welches ein junger Rekrut an seine Angehörigen gerichtet hat und welches diese der Elberfelder „Freien Presse" zur Verfügung gestellt haben, eine drastische Beleuchtung. Der Brief lautet:

Wesel, den 29. Oktober 1893.

Lieber Onkel und Tante!

Da nun der Sonntag herangenaht ist und ich eben ein bischen Zeit habe, so muß ich schnell die Feder ergreifen, um Euch einige Zeilen mitzutheilen. Nehmt es mir nicht für übel, denn ich habe wirklich noch nicht einmal Zeit zum Essen. Liebe Tante und Onkel, ich habe es wirklich schlecht angetroffen, alle anderen Batterien haben es besser, nur unsere, die 3. Batterie, ist die schlimmste von allen, wenn aber auch noch ein guter von den Angehörigen dabei wäre, aber alle sind sie egal, die fragen nicht danach, ob sie Dir die Knochen einschlagen oder nicht. Einer von uns hatte sich an die Thürklinke aufgehangen, wenn nicht gerade ein alter Mann gekommen wäre, so wäre er todt gewesen, und als sie ihn losgemacht hatten, ist er ausgekniffen, bis über zwei Tage erst hatten sie ihn wieder, dem armen Kerl hatten sie auch die Knochen zerhauen. Ein Tag wie der andere drückt mich das Heimweh immer stärker. Ich wollte gern ein halbes Jahr umsonst arbeiten, wenn ich wieder nach Hause könnte kommen. Aber es ist zu spät, dann lieber Onkel und Tante, wollte ich Euch noch etwas fragen. Schreibt mir doch einmal, ich meine sie würden zu Hause nichts mehr um mich geben. Ich meine, ich müßte alle Tage einen Brief empfangen, haltet Euch nur immer recht gesund, nicht daß ich höre, daß Einer von Euch krank ist, denn jetzt sieht man erst was Mutter, Geschwister und Familie ist, wenn ich darüber nachdenke möcht ich weinen. Was fängt denn meine liebe Mutter an, ist sie noch immer recht gesund u. s. w. —

„Kulturfortschritt". Vor einigen Wochen kam der jetzt in Berlin lebende frühere Professor der Physik der Universität Genf, Pictet von Berlin nach Bern, um den schweizerischen Bundesbehörden einen neuen, von ihm erfundenen flüssigen Sprengstoff anzubieten, der alles bisher dagewesene, wie Dynamit u. s. w. an Sprengwirkung übertrifft und auch als Treibmittel bei Feuerwaffen gebraucht werden kann. Letzte Woche fanden in Thun in Gegenwart von Fachmännern des Militärdepartements Versuche statt, welche ergaben, daß das neue Sprengmittel allerdings eine ganz fürchterliche Wirkung habe; zunächst soll nun die Verwendbarkeit dieses Sprengmittels für Feuerwaffen geprüft werden. Auch in Berlin sind militärtechnische Versuche mit dem neuen Sprengstoff gemacht worden. — Die Menschenschlächterei soll demnach eine weitere „Verbesserung" erfahren. Unsere Zivilisation macht rasende Fortschritte. —

Als die Regierung erkannte, daß die jungen Propagandisten es vergessen hatten, daß sie, die Regierung, Fleisch und Blut derselben Gesellschaft sei, deren Zerstörung das Ideal des Sozialismus ist, erschrak sie über die Bewegung im Volke; sie erkannte, daß die friedliche Propaganda naturgemäß die revolutionäre Organisation des Volkes herbeiführen müßte, und diese ihren Feigenbaum nicht schonen würde. Aber die Regierung erschrak nicht nur, sondern eine übertriebene Furcht bemächtigte sich ihrer, und da die Furcht alles durch ein Vergrößerungsglas ansieht, so bildete sich die Regierung ein, daß die ersten Enthusiasten, die unter das Volk sich mischten, und namentlich das Volk selbst, eine Pulvermine sei, die nur auf den zündenden Funken wartete. Die Regierung erklärte, daß das Reich sich in Gefahr befände, und begann eine heftige Verfolgung der friedlichen Propagandisten; das Gefängniß und das Bagno traten in tödtliche Thätigkeit; die legalen Mittel zur Bekämpfung des Sozialismus erwiesen sich nicht als ausreichend und die Regierung begann sich, auf den Kriegsfuß zu stellen.

Die Richter kümmerten sich nicht um die Beweise der Rechtssprechung; sie sahen in den Sozialisten nur ihre Feinde und bemühten sich dieselben auszurotten, — schon vor dem Prozeß starben und verloren den Verstand im Gefängniß siebenzehn Mann.

Hand in Hand mit der Ausrottung der Sozialisten ergriff die Regierung Maßregeln, um diesen den Zutritt in die Dörfer zu verschließen, und auf die Weise die sozialistische Propaganda im Volke unmöglich zu machen. Kaum war es Jemand gelungen, mit den Bauern in Verbindung zu treten, so wurde er auch schon ergriffen und eingesperrt. Die Ausdehnung der polizeilichen Maßregeln und ein verzweigtes Spionirsystem erschwerte bis zum Aeußersten die sozialistische Propaganda in den Fabriken und im Militär. In dem Regimentern waren Soldaten Spione, und in den Fabriken befanden sich solche unter den Arbeitern. Die Sozialisten wurden vom Volke getrennt, aus den Dörfern vertrieben, ihre Thätigkeit lahm gelegt und ihnen auf diese Weise Zeit gegeben, über die Resultate ihrer ersten Thätigkeit nachzudenken.

(Fortsetzung folgt.)

Die ultramontanen Volksfreunde. In den Einzellandtagen lüften die Demagogen der Zentrumspartei leichter die Maske und zeigen ihr arbeiterfeindliches Gesicht. In der bayerischen Kammer hat die Zentrumsgruppe ihren Haß gegen das allgemeine, gleiche, geheime, direkte Wahlrecht so offen bekundet, daß selbst dem Blödesten die Augen aufgehen werden. Wie aber der „feste Thurm" die Interessen der Volksmasse auch sonst wahrnimmt, zeigt ein liebliches Zwischenspiel, das sich dieser Tage im bayerischen Landtage zugetragen hat.

Unsere Parteigenossen haben, wie wir seiner Zeit berichteten, sofort nach dem Bekanntwerden des Wortlautes der Miquel'schen Steuerentwürfe im Landtage einen Antrag eingebracht, der die Staatsregierung aufforderte, die Stimmen Bayerns im Bundesrathe gegen die Steuerpläne abzugeben. Der Antrag mußte, da der Bundesrath Anfangs dieser Woche zusammentrat, schleunigst an die Kammer gebracht werden. Nichts stand dem im Wege. Am Schlusse der Sitzung vom 9. November erklärte der Präsident, er könne wegen Mangel an Material die nächste Sitzung nicht sofort anberaumen und erbat und erhielt die Vollmacht, von sich aus Zeit und Tagesordnung der nächsten Sitzung festzusetzen. Tags darauf wird der sozialdemokratische Antrag eingebracht, der Präsident erhielt also Material, und, so meinen wir, angesichts der Steuergefahr recht „schätzbares" Material. Die nächste Sitzung konnte also auf Montag einberufen, es konnte ein Kammerbeschluß herbeigeführt werden, der die bayerischen Bundesraths-Bevollmächtigten noch rechtzeitig erreichte.

Was aber geschieht? Der Präsident setzt die nächste Sitzung auf den 16. November fest und stellt nicht den sozialdemokratischen Antrag, sondern einen untergeordneten Budgetbericht, der gut eine Woche hätte warten können, auf die Tagesordnung. Der Antrag unserer Genossen wird also erst nach der Abstimmung im Bundesrath zur Berathung kommen.

Die herrschenden Parteien, Zentrum und Liberale, und die Regierung sind so durch den Helden von Präsidenten vor einer bösen Zwickmühle bewahrt worden. Entweder fiel die Kammermehrheit um, und das Volk wurde aufgeklärt über die Wahlversprechungen der Schwarzen und „Blauen". Oder die Kammer entschied in unserem Sinne, und die bayerische Regierung mußte sich fügen und gegen die Miquelei stimmen oder dem Kammerbeschlusse entgegenhandeln.

Der Präsident der Kammer ist der ultramontane Parteiführer Walter, einer jener strebsamen „Patrioten", die sich zur Beförderung im Justizdienst durch gesinnungstüchtige Opposition empfohlen haben. Nun das geistige Haupt des bayerischen Zentrums die Minister und die Bourgeoisfraktionen vor dem Andrang der „Sozi" birgt, wird die amtliche Anerkennung gewiß nicht fehlen. Den „Michael" her für den Ultramontanen Walter! —

Ackermanniade. Der Mann, nämlich der Ackermann, ist seit einiger Zeit sehr stumm geworden — die kleinen Handwerker, denen er anderthalb Jahrzehntelang sein Eiapopeia von der alleinseligmachenden Innung in die Ohren geleiert, haben ihn erkannt und von den Antisemiten in die Versenkung hineinwerfen lassen; und auch bei den Stadtverordneten hat er, obgleich Vorsteher, doch nicht viel mehr zu sagen. Nur an einer Stelle fühlt er sich noch der Alte: im sächsischen Landtag auf dem Präsidentenstuhl. Als Landtagspräsident hielt er vorgestern die Eröffnungsrede der zweiten Kammer. Und was für eine Rede! Er scheint an sehr schlechte Gesellschaft gewöhnt, und sprach zu den ehrsamen Kammermitgliedern wie zu einer Versammlung von rückfälligen Zuchthäuslern und schloß die wunderbare Bußpredigt mit den strengen, eines alten Gendarmerie-Brigadiers würdigen Mahnworten: „Jedermann ist verpflichtet, dem Vaterland zu dienen in Zucht und Ordnung mit präziser Erfüllung im (?) Gesetz!"

Die Wirkung war, wie man sich denken kann. Verdutzt, gleich armen Sündern, schauten die unglücklichen Bliemchen-Abgeordneten einander an, und schadenfroh lachten die bösen Sozialdemokraten. An ihnen ist Hopfen, Malz und Ackermann verloren. —

Sächsische Gemüthlichkeit. Die Reaktionsparteien im sächsischen Landtag haben ihren früheren Beschluß erneuert, den sozialdemokratischen Abgeordneten keine Sitze in den Deputationen — wie man dort die Kommissionen nennt — einzuräumen. Nun, wenn die Herren auf anständige Gesellschaft, in der sie etwas lernen könnten, durchaus verzichten wollen, so können wir sie nicht hindern. Jeder Mensch hat das unveräußerliche Menschenrecht sich zu amüsiren und zu blamiren, wie er will und kann. —

Mecklenburgischer Landtag. Bei der gestern erfolgten Eröffnung des mecklenburgischen Landtages in Sternberg brachte die Regierung ein Wildschadengesetz und eine Eisenbahnvorlage ein. Ferner wurde vorläufig vorgeschlagen, wegen der Unbestimmbarkeit der Höhe der Reichs-Ueberschüsse dreizehn Zehntel der Landessteuer an stelle der bisherigen acht Zehntel zu erheben. —

Progressive Besteuerung nach unten kommt nicht blos in Oesterreich vor (S. Nr. 265), sie herrscht überall, wo der Kapitalismus herrscht. Wie die Waaren, Wohnungen 2c. unten am theuersten sind und mit jeder Stufe nach unten verhältnißmäßig theurer werden, so wächst auch die Steuerlast progressiv nach unten. Das ist ein allgemeines Gesetz. Heute wird uns ein drastisches Beispiel mitgetheilt. In Wollstein (Posen) bezahlen die Höchstbesteuerten 50 pCt. Kommunalsteuern, und die Niedrigstbesteuerten 400 pCt. Man braucht nur hineinzugreifen ins volle Leben, und wohin man greift, findet sich Aehnliches. —

Das Bestehen einer theilweisen Ministerkrise in Ungarn wird offiziell in Abrede gestellt. —

Die sozialistische Gruppe, wie unsere Genossen in der französischen Kammer ihre Vereinigung benennen — hielten gestern ihre erste regelmäßige Fraktionssitzung. Sie finden Arbeit in Hülle und Fülle. Das skandalöse Zirkular gegen die Arbeiterorganisationen wird in der Debatte über den Kohlenprobenstreik in Nordfrankreich eine hervorragende Rolle spielen. —

Ausnahmemaßregeln gegen die Anarchisten scheinen von der französischen Regierung geplant zu sein. Ein Herold-Telegramm meldet hierüber aus Paris:

Nach dem „Figaro" fand zwischen dem Ministerpräsidenten Dupuy und dem Chef der Sicherheitspolizei eine Konferenz statt, in welcher es sich um die anarchistischen Bestrebungen handelte. Die Polizei hat den Auftrag erhalten, die Anarchisten in Paris und seiner Umgebung auf das Strengste zu bewachen.

Die feige Bourgeoismehrheit der französischen Nationalversammlung wird der Regierung hierbei gerne zu Willen sein.

Eine andere Depesche besagt:

Der Ministerpräsident Dupuy ordnete Maßregeln an für eine strenge Ueberwachung der Anarchisten auf allen Punkten des Territoriums. Man meldet, daß in Perthus, Saint Laurent de Cerdans (Departement des Pyrénées Orientales) und Nizza drei Anarchisten verhaftet wurden, welche der Theilnahme an dem Attentat in Barcelona verdächtig sind. —

Eine große Explosion fand gestern Abend in Marseille an dem Hause des Kommandeurs des XV. Armeekorps statt. Menschenverluste sind nicht zu beklagen. Obgleich oder da man über den Thäter keinen Anhaltspunkt hat, wird das Attentat den Anarchisten zugeschoben. —

Wahlrecht der Frauen in Dänemark. Die Frage des Wahlrechts der Frauen — wird der „Frankfurter Ztg." aus Kopenhagen geschrieben — steht augenblicklich hier auf der Tagesordnung. Im Folkething wurde gestern ein diesbezüglicher Antrag eingebracht und vom Sozialisten Hermann Trier vertheidigt. Der hiesige Frauenverein hielt ebenfalls gestern eine stark besuchte Versammlung, um für das Wahlrecht der Frauen zu agitiren. Frau Dr. med. Lange hielt eine Rede, in welcher sie betonte, daß man den Frauen in Dänemark dasselbe Recht geben müsse, welches sie in England, Schweden, Rußland (?) und selbst auf Island erworben hätten. Vorläufig verlange man nur kommunales Wahlrecht für die 5000 Frauen, die in Kopenhagen die Bedingungen des Gesetzes in dieser Beziehung erfüllten. Dies würde nicht nur die Ausbildung der Frauen fördern, sondern auch dem Staate zum Wohle gereichen. Frauen, welche Steuern bezahlten, müßten auch das Wahlrecht haben. Eine Isländerin, Fräulein Johannsen, machte Mittheilungen über die Stellung der Frauen auf Island, wo sie schon seit 1882 kommunales Wahlrecht haben. Schließlich wurde eine Resolution zu Gunsten des Frauen-Wahlrechts einstimmig gefaßt. —

Zum schwedisch-norwegischen Konflikt. Der frühere Staatsminister Blehr forderte in einem in Kongsberg gehaltenen Vortrage von der jetzigen Regierung die Vorlage des Gesetzentwurfes betreffend das gemeinschaftliche Ministerium des Aeußern, das sei ihre moralische und politische Pflicht. Ein besonderer Minister des Aeußern für jedes Reich sei die einzige ehrenvolle und sichernde Ordnung; diese werde nicht die Sprengung der Union, sondern deren Stärkung herbeiführen.

Das Barcelonaer Dynamitattentat wird von der spanischen Regierung zum erwünschten Vorwand genommen, gegen alle ihre Gegner vorzugehen. Eine Telegramm aus Barcelona meldet.:

Die heute erfolgte Verhaftung des sozialistischen Führers Fontanals, welcher durch die gerichtliche Untersuchung in den Anarchistenprozeß verwickelt sein soll, hat in Arbeiterkreisen große Erregung hervorgerufen. Die Vereinigung der Arbeiter, deren Leiter Fontanals ist, hat gegen die Verhaftung Verwahrung eingelegt und jedes Einverständniß mit den Anarchisten von sich gewiesen. —

Aus Italien wird gemeldet, Giolitti wolle zurücktreten, nur finde er keinen Nachfolger. Das glauben wir gern. Wer sollte auch diesen umgekehrten Rattenverstand haben, und auf ein sinkendes Schiff gehen? Doch gewisse Leute werden sprichwörtlich nicht alle, und es findet sich vielleicht doch Einer. —

Der Koloß auf thönernen Füßen. Die Millionen russischer Soldaten, welche die deutschen Molochspriester bei jeder Gelegenheit an die Wand malen, um uns für die Bewilligung wirklicher Soldaten breit zu schlagen, stehen entweder blos auf dem Papier, oder sie sind durch die in Rußland herrschende Barbarei und Korruption nicht viel gefährlicher als Papiersoldaten. Das haben wir Dutzendmal gesagt, und nun erhalten wir eine neue Bestätigung. In den letzten drei Jahren gab die russische Regierung jährlich 20 Millionen Rubel für Neubewaffnung der Armee aus. Wohlan, wie sich jetzt herausgestellt hat, sind die neuen Gewehre von so schlechtem Material und so lüderlich hergestellt, daß sie einfach unbrauchbar sind. Die 37 Millionen Rubel, die hierfür ausgegeben wurden, sind zum größten Theil in die Taschen der diebischen Unternehmer und Fabrikanten gewandert — und ein anderes Gewehr muß eingeführt werden. Die Kanonen „neuester Konstruktion" sind voraussichtlich nicht besser als die in den letzten drei Jahren angefertigten Flinten, die beiläufig keine „Judenflinten" sind, sondern echt orthodoxe Christenflinten. —

Hawai. Aus guter Quelle verlautet, nach Mittheilung des Herold-Bureaus, daß der amerikanische Ministerrath dem Plane des Präsidenten Cleveland, die Königin von Hawai wieder auf den Thron zu setzen, zugestimmt habe.

Parlamentarisches.

Initiativ-Anträge. Die Freisinnige Volkspartei hat den Antrag wegen Entschädigung unschuldig Verurtheilter wieder eingebracht. Die Freisinnige Vereinigung hat die alten Initiativanträge wegen gesetzlicher Anerkennung der Berufsvereine und der Sicherheit der Wahlfreiheit wieder eingebracht, sodann einen Antrag zur Militärprozeß-Ordnung, welcher Ständigkeit und Selbständigkeit der Militärgerichte und Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des Verfahrens fordert.

Parteinachrichten.

Der Parteivorstand hat in seiner letzten Sitzung sich auch mit dem Beschluß des Parteitages beschäftigt, ein Zentral-Wochenblatt zu gründen. Dasselbe soll vom 1. Februar 1894 ab erscheinen unter dem Titel

„Der Sozialdemokrat"
Wochenblatt der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Leitung der Redaktion ist dem Genossen Max Schippel übertragen. Das Wochenblatt soll im ungefähren Format des „Vorwärts" acht Seiten stark erscheinen und der vierteljährliche Abonnementspreis 1,20 Mark betragen.

* * *

Aus Luckenwalde wird uns unterm 15. November geschrieben: Bei der heutigen Stadtverordneten-Ersatzwahl siegte die sozialdemokratische Partei in der 3. Abtheilung, indem sie zwei Mandate eroberte und in einem Bezirk in die Stichwahl kommt.

* * *

Die Parteigenossen Stettins nahmen, nachdem Genossen Herbert und Kunze Bericht vom Kölner Parteitag erstattet hatten, eine Resolution an dahingehend, daß sie mit der Haltung ihrer Vertreter einverstanden seien und den Beschlüssen des Parteitages ihre Zustimmung geben.

* * *

Einen glänzenden Sieg haben die Parteigenossen von Lehe (Hannover) bei der am 14. November stattgefundenen Gemeinderathswahl errungen. Sämmtliche 6 Kandidaten der Sozialdemokratie sind mit großer Majorität als Bürgervorsteher gewählt worden.

* * *

Eine Landeskonferenz halten die Genossen der Wahlkreise Mainz-Oppenheim und Bingen-Alzey am 3. Dezbr. in Mainz ab.

* * *

Aus Zürich schreibt man uns:

In einer am 11. November hier stattgefundenen Versammlung deutscher Sozialisten erstattete der Delegirte, Vertrauensmann Märtens, Bericht über die Verhandlungen des Kölner Parteitages. Die Quertreibereien des Genossen Wichers, der sich in unabhängigen Phrasen bewegte, wurde von allen nachfolgenden Rednern energisch zurückgewiesen. Die Stimmung der Versammlung wurde denn auch eine den Beschlüssen des Parteitages günstige, insbesondere auch hinsichtlich der Maifeier.

* * *

Todtenliste der Partei. Ferdinand Riese, der Senior der Brandenburger Parteigenossen, ist in der Nacht vom Montag zum Dienstag im Alter von 78 Jahren gestorben. In Riese verlieren die Brandenburger Sozialdemokraten einen bewährten Vorkämpfer der proletarischen Sache. Auch in den Märztagen des Jahres 1848 hat er in Berlin thätigen Antheil genommen an dem Kampfe gegen den Absolutismus. Die Brandenburger Arbeiterschaft wird ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Soziale Uebersicht.

An die Gewerbegerichts-Beisitzer Deutschlands. Die Arbeitnehmer-Beisitzer des hiesigen Gewerbegerichts ersuchen die Obmänner oder Schriftführer an dem Gewerbegericht um Angabe ihrer Adresse zum Zwecke der Verständigung und Gutachten.

Paul Bauer,
Görlitz, Bogstraße 3.

Bildhauer! Wie die Wiener Kollegen mittheilen, setzen die Unternehmer dort ihre Bemühungen fort, Streikbrecher von auswärts heranzuziehen und zwar mit verdoppeltem Eifer. Ihr Profithunger macht jetzt ihren schon unter gewöhnlichen Verhältnissen unersättlichen Protzenmagen knurren, und so wollen sie in Norddeutschland wieder ihre Lockrufe erschallen lassen. Wir warnen demgemäß wiederholt davor und rufen den Kollegen ins Gedächtniß, daß jeder Einzige, der solchen Anerbietungen folgt, hundertfach unsere Sache schädigt. Es fehlt nur wenig, zu einem glänzenden Siege, und viel kann durch leichtsinniges Nachgeben verloren gehen! Denke jeder an den Werth verkürzter Arbeitszeit und setze er nicht den dort schon errungenen Achtstundentag aufs Spiel. Also jeder Zuzug nach Wien ist zu vermeiden. Und greife Jeder, der in Arbeit steht, noch einmal in den Beutel Listen liegen aus bei Ehrenberg, Annenstraße 16, Abends von 8—9 Uhr.

Die Agitationskomission der Bildhauer Berlins
J. A.: P. König.

Kongreß der Tabakarbeiter Deutschlands. Bekanntmachung. Von Sonntag, den 19. November bis inklusive den 25. November, findet in den Konkordia-Festsälen, Andreasstr. 64 der Kongreß der Tabakarbeiter Deutschlands statt. Die Geschäftsstunden sind täglich von 8½ bis 12 Uhr Vormittags und von 2 bis 5 Uhr Nachmittags, Sonntag von 6 Uhr Abends an, Mittwoch von 8½ bis 8 Uhr, Freitag von 8½ bis 7 Uhr.

Genossen und Freunde, die sich als politisch oder gewerkschaftlich organisirt ausweisen, haben freien Eintritt. Personen, welche obigen Anforderungen nicht entsprechen, haben ein Eintrittsgeld nach Belieben zu zahlen.

Für Vertreter der Presse, welche sich als solche legitimiren, sind angemessene Plätze reservirt.

Wir richten an die Zeitungen Deutschlands die ergebene Bitte, für das Lesezimmer des Kongresses eine oder mehrere Nummern Ihres Blattes während der Kongreßdauer an obige Adresse senden zu wollen; die Delegirten würden dieses mit herzlichem Danke begrüßen.

Gleichzeitig geben wir bekannt, daß zu dem am Montag, den 20. November, Abends 7½ Uhr, zu Ehren der Delegirten stattfindenden Kommers nur 2000 Billets ausgegeben werden, um eine Ueberfüllung des Lokals zu vermeiden. Wir ersuchen deshalb Freunde und Genossen, sich rechtzeitig Einlaßkarten zu besorgen. In letzterer Hinsicht verweisen wir auf die Inserate im „Vorwärts".

Die Kongreßkommission
der Tabakarbeiter Deutschlands.
Karl Butry, Strallunderstr. 17, 2 Tr.

„Der Töpfer" warnt vor Zuzug nach Geestemünd und Bremen (Firma J. G. Schmidt), sowie nach Rauen (Firma Voigt) und Osterfeld in Thüringen. Desgleichen ist Zuzug fern zu halten nach der Ofenfabrik Glimm und Dankworth und Firma Jänicke in Rathenow, nach Posen, St. Lazarus und nach Wilhelmshaven.

Wegen der Fenster- und Koakskorbfrage ist auch der Zuzug von Ofensetzern nach Berlin fernzuhalten.

Zuzug ist noch fernzuhalten wegen Lohnbewegung nach Ueterien, Ofenfabrik von Alsen und Sohn.

Die Berliner Ofensetzer beschlossen, die Waare der Firma Jänicke in Rathenow solange nicht zu verarbeiten, bis die schwebenden Differenzen beglichen sind. —

Die Bescheinigung, daß sie, vorbehaltlich der Höhe des Krankengeldes, dem § 75 des Krankenversicherungsgesetzes genügen, ist nachfolgenden Krankenkassen ertheilt worden: Der Allgemeinen Kranken-Unterstützungskasse zu Langenselbold (E. H.) und der Kranken-Unterstützungs- und Sterbekasse „zur Eintracht" in Enkheim (E. H.)

Briefkasten der Redaktion.

Mehrere Handlungsgehilfen. Leider zu spät eingetroffen.

Die Adressen der Mainzer Zuschußkassen und Offenbacher Frauenkasse (Filiale Berlin) werden von einigen Lesern verlangt. Vielleicht geben uns die betr. Beamten Auskunft.

G. G. 109. Kein Komma.

Kottonau. Ist der junge Mann mit der Veröffentlichung der Angelegenheit einverstanden?

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Freitag, den 17. November.
Opernhaus. Martha.
Schauspielhaus. Ein Sommernachtstraum.
Deutsches Theater. Die Mitschuldigen.
Berliner Theater. Dora.
Lessing-Theater. Der Erste seines Stammes.
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater. Freund Felix.
Residenz-Theater. System Ribadier.
Wallner-Theater. Elite-Vorstellung.
Neues Theater. Jugend.
Central-Theater. Die eiserne Jungfrau.
Adolph Ernst-Theater. Charley's Tante. Vorher: Die Bajazzi.
Viktoria-Theater. Die sieben Raben.
Alexanderplatz-Theater. Fedora.
National-Theater. Lehmann auf der Weltausstellung in Chicago. Vorher: Die guten Flinten.
Theater Unter den Linden. Die Gondoliere.
Wintergarten. Spezialitäten-Vorstellung.
Reichshallen-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

National-Theater.

Große Frankfurterstraße 132.
Doppelvorstellung zu einf. Preisen.
Sensationelle Novität!
Lehmann auf der Weltausstellung in Chicago.
Große Ausstattungsposse mit Gesang und Tanz in 5 Akten von Eugen Prudens. Kouplets v. Linderer. Musik von Adolph Wiedecke.
Regie: Max Samst.
Vorher:
Die guten Flinten oder: Hirsch in der Tanzstunde.
Posse mit Gesang und Tanz in 1 Akt. Musik von verschiedenen Komponisten. Kassenöffnung 6½ Uhr. Anfang der Vorstellung 7½ Uhr.
Morgen: Jubiläums-Vorstellung. Zum **150. Male: Lehmann auf der Weltausstellung in Chicago.** Vorher: Zum 1. Male: **König Winter.** Weihnachtsmärchen mit Gesang und Ballet in 2 Bildern.
Sonntag, den 19. November, Nachmittags 3 Uhr: Volksvorstellung zu bedeutend ermäßigten Preisen:
Othello, der Mohr von Venedig.
Trauerspiel in 5 Akten von Shakespeare.
Regie: **Max Samst.**

Central-Theater.

Alte Jakobstraße 30.
Freitag, den 17. November:
Zum 11. Male:
Die eiserne Jungfrau.
Sonntag:
Nachmittags-Vorstellung.
Berliner Vollblut.
Orchester- und Parquet-Loge 2 M., 1. Rang-Loge 1,50 M., Parquet-Fauteuil 1 M., 1. Rang-Fauteuil 1 M., 1. Parquet 1 M., 2. Parquet 70 Pf., 1. Rang Sperrsitz 80, 60 und 40 Pf., Stehplatz 30 Pf.

Circus G. Schumann.

Friedrich Karl-Ufer.
Vorläufige Anzeige!

Einem hochgeehrten Publikum der Haupt- und Residenzstadt **Berlin** beehre ich mich ganz ergebenst anzuzeigen, daß ich mit meiner Gesellschaft, welche aus **Künstlern und Künstlerinnen 1. Ranges** besteht, **von Kopenhagen** via Lübeck kommend, in den nächsten Tagen in meinem eigenen, **neu renovirten und auf's Eleganteste eingerichteten Circus** am Friedrich Karl-Ufer einen Cyclus von Vorstellungen in der höheren **Reitkunst, Original-Pferdedressur** und **Gymnastik** eröffnen werde. Da die **Künstler und Spezialitäten,** welche ich für diese Wintersaison engagirt habe,
absolut neu für Berlin sind, und ich namentlich auch **Ballet und Pantomimen in großartiger Ausstattung** bieten werde, so hoffe ich, daß die hochgeehrten Bewohner der **Haupt- und Residenzstadt** mir und meiner Gesellschaft auch in dieser Saison das gütige Wohlwollen nicht versagen werden, welches sie mir in früheren Jahren geschenkt haben.
Mit vorzüglicher Hochachtung
ergebenst
G. Schumann, Direktor.
Die Eröffnungs-Vorstellung wird durch Plakate und Annoncen näher bekannt gegeben.

Adolph Ernst-Theater.

Charley's Tante.
Schwank in 3 Akten v. **Brandon Thomas.**
Vorher:
Die Bajazzi.
Parodistische Posse mit Gesang in 1 Akt v. **Ed. Jacobson** und **Benno Jacobson.**
In Szene gesetzt von **Adolph Ernst.**
Anfang 7½ Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

American-Theater.

Neu! Zwerchfellerschütternd! Neu!
Die Gründung Roms
in der Möckernstraße,
oder:
Die Rache des Gänserichs.
Hochkom. Burleske von **Oscar Wagner.**
Parodie! Ulk! Humor!
Austr. sämmtl. Spezialitäten.
Anf. Wchtg. 7½ Uhr. Sonnt. 6½ Uhr.

Wallner-Theater.

Nur diesen Monat Gastspiel-Cyclus des
Eden-Theaters
Direktion: **B. Schenk.**
Größtes phant. Etablissement der Welt.
Heute, Freitag 7½ Uhr:
High-life-Vorstellung.
Sensat. Programm. 20 Nummern. 5 Attractionen.
Auftreten des hervorragendsten **Sensations-Zauberers der Gegenwart** Dir. **B. Schenk.**
Animalan Wunderampel. Trompeter von Säkkingen. Infernable Wäsche. Schenk contra Bosco. Der schwebende Kopf. Bacchusfest. Reise durch das Unmögliche (Großart. Potpourri).

Abdul-Al-Hakk-Hamid-Mysterie „Die Metamorphose im Bagno".

Luftwandlerin Miss Edith. | **Im Reiche der Schatten.** Hochkom. Spezialit.
Prof. Schalkenbach's weltberühmtes Geister-Concert.
Fata morgana. Schönheits-Galerie. Riesenhaupt.
Der Diamanten-Palast,
Hydraulische Feerie, Wasserfälle, Eisregen, dekorative Transformationen. Galerie lebender Bilder von 30 Damen. Unter Anderem das Pracht-Tableaux:
Die Schlacht der Amazonen.
Parquet 2 M. u. s. w.
Sonntag: 2 Monstre-Vorstellungen um 4 u. 7½ Uhr. Nachmittags kleine Preise. Billets schon jetzt an der Kasse.

Gratweil'sche Bierhallen

Kommandantenstr. 77—79.
Täglich von 5 Uhr ab:
Grosses Frei-Concert.
Soiréen der **Leipziger Sänger** vom **Krystall-Palast.**
Anf. Wochent. 7½ Uhr. **Entree 15 Pf.,** reservirt **30 Pf.** Anf. Sonntags 6 Uhr. Entree **30 Pf.,** reservirt **50 Pf.**
Anerkannt gute Küche.
Säle
für Festlichkeiten u. Versammlungen.
3 Kegelbahnen, 6 Bill., pr. Std. 60 Pf. Programm unentgeltlich. **Carl Koch.**

Alcazar.

Dresdenerstr. 52/53 (City-Pass.)
Miss Nessi,
die schönste Taubenkönigin der Welt tritt Abends 9½ Uhr auf.
Abends 9 Uhr:
Der naturkomische Bendix.
Neu! Hierauf: **Neu!**
Eine alltägliche Geschichte.
Charakterbild m. Gesang i. 1 Akt
Anfang: Wochentags 7½ Uhr. Sonntags 5½ Uhr.
Entree Wochentags 15 Pf.
R. Winkler.

Präuscher's MUSEUM

anatomisches
Friedrichstraße 65a, Ecke Mohrenstraße
Viel Neues, darunter der Schußkanal der Kugeln des deutschen Militärs, gehend durch **fünf Körper**
Geöffnet von früh 9—10 Uhr Abends für **erwachsene Herren.**
Dienstag u. Freitag: Damentag.
Entree 50 Pfg.

Allen Genossen und Genossinnen für die rege Betheiligung und reiche Kranzspende bei der Beerdigung meiner lieben Frau herzlichen Dank. 201b
Der trauernde Wittwer und Kinder.
F. Kühnert, Maurer.

Neue freie Volksbühne.
Das Gewitter von Alex Ostrowsky.
Sonntag, 19. November, I. Abth.
Sonntag, 26. November, II. Abth.
Sonntag, 3. Dezember, III. Abth.
Sonntag, 26. November, 6 Uhr, **Familienabend** mit Tanz, arrangirt von den Ordnern der Neuen freien Volksbühne. 50 Pf. 410/20

Passage-Panopticum.

Nur noch kurze Zeit:
Der blaue Mann.
Die Affendame.
11—1 Uhr. 4—9 Uhr.

Castan's Panopticum.

Neue Gruppe:
Unverhoffter Besuch
in
Castan's Atelier.

Moritz-Platz. **Etablissement Buggenhagen.** Moritz-Platz.
Täglich: **Gr. Instrumental-Konzert. Gr. Frühstücks- u. Mittagstisch.** Spezial-Ausschank von **Pabrunhofer Lagerbier,** hell und dunkel.
An den Wochentagen findet das Konzert in den unteren Restaurationsräumen, Entree 10 Pf., Sonntag in dem oberen Saal, Entree 25 Pf., statt. **Säle** für Versammlungen, Kommerse, Festlichkeiten 2c.

Victoria-Brauerei,

Lützowstraße 111—112.
Jeden Freitag und Montag:

Stettiner Sänger.
Anfang 8 Uhr.
Zum Schluß: **Ein gestörtes Rendezvous.** Komisches Ensemble.
Entree 50 Pf.
Im Vorverkauf 40 Pf. (Siehe Plakate.)
Sonntag, den 19. November: Soiree in **Sanssouci.**

Kaufmann's Variété

Stadtbahn-Station Alexanderplatz.
Täglich: Grosse
Spezialitäten-Vorstellung
von nur Künstlern I. Ranges: **Bernhard Leitner,** Athlet-Kraft-Produkt. m. 2 Pferden. **Sbargulap,** indisch. Jongleur. **Brother Baretti,** Kopf auf Kopf-Equilibristen. Hrn. **Cordes,** Gesangs-Humoristen. Mr. **Edgar Jones,** musik. Clown. **Emmy Hoffmann's Flora-Truppe,** 6 Damen. **Clara Birkholz,** Kostüm-Soubrette.
Kassenöffnung: Sonntags 5 Uhr, Anfang 6 Uhr; Wochentags 7 Uhr, Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.
A. Zimmermann.

Verein d. technischen Personals der deutschen Bühnen.

Sonnabend, den 18. d., Ab. 11 Uhr, **Annenstr. 16:** 186b*
Ausserordentliche
Versammlung.
Hierzu ladet **alle** am Theater beschäftigten Kollegen ergebenst ein
Der Vorstand.

Verein zur Wahrung der Interessen der Berliner Knopfarbeiter.
Versammlung
Sonntag, den 19. November, Vorm. 10½ Uhr, bei Stabernack, Pücklerstr. 49.
Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Stabernack über: Gewerkschaftsorganisation. 2. Bericht der Kommission über die Besprechung mit dem Vorstand des Hilfsarbeiter-Vereins behufs Anschluß an denselben. 3. Verschiedenes. 193/3
Das Erscheinen eines jeden Mitgliedes ist unbedingte Pflicht.
Der Vorstand.

Alte Stiefel gr. Ausw., Reparatur. u. Best. reell u. billig. **Runge, Naunynstr. 2.** 191b*

Partei-Versammlungen.

Freitag, den 17. November, Abends 8 Uhr, finden in allen 6 Wahlkreisen Versammlungen der Parteigenossen statt.

Für den 1. Kreis:
Norbert's Salon, Beuthstraße Nr. 22.
Für den 2. Kreis:
Bock-Brauerei, Tempelhofer Berg.
Für den 3. Kreis:
Brochnow's Salon, Sebastianstraße 39.
Für den 4. Kreis:
Concordia-Festsäle, Andreasstraße 64.
Für den 5. Kreis:
Brauerei Bötzow, Prenzlauer Thor.
Für den 6. Kreis:
Norddeutsche Brauerei, Chausseestraße 58.

Tagesordnung in allen Versammlungen:
1. Bericht und Abrechnung der Vertrauenspersonen. 2. Neuwahl der Vertrauenspersonen, sowie der Preß- und Lokal-Kommissionsmitglieder. 3. Bericht der Delegirten vom Parteitage in Köln. 4. Diskussion.

In Anbetracht der langen und wichtigen Tagesordnung werden die Versammlungen **pünktlich** eröffnet.
Um zahlreiches Erscheinen ersuchen 347/19
Die Vertrauenspersonen.

Arbeiter-Bildungsschule (Nord).

Am Sonntag, den 19. November, Abends 6 Uhr, bei Pape, Kolbergerstr. 23:
Versammlung.
Tagesordnung: 1. Vortrag der Genossin Fräulein **Wabnitz** über: „Die Thätigkeit des Gehirns und die fünf Sinne". 2. Diskussion. 171b
Nach der Versammlung **geselliges Beisammensein und Tanz.**
Gäste, Damen und Herren, willkommen. **Die Schulkommission.**

Johannisthal-Nieder-Schönweide und Umg.

Sonnabend, den 18. November, Abends 8 Uhr,
in der „Borussia-Brauerei" zu Nieder-Schönweide:
Gr. Volksversammlung
für Männer und Frauen.
Tagesordnung:
1. Die zehn Gebote und die besitzende Klasse. Referent **A. Hoffmann** (früher Zeitz). 2. Diskussion. — Zur Deckung der Unkosten wird ein Eintrittsgeld von 10 Pf. erhoben. — Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht 423/3 **Der Vertrauensmann.**

Kongress der Tabakarbeiter Deutschlands.

Montag, den 20. November, Abends 7½ Uhr:
Commers
zu Ehren der Delegirten aus allen Gauen Deutschlands
in den **Konkordia-Festsälen,** Andreasstraße 64,
bestehend in **Vokal- und Instrumental-Konzert** und **Vorführung lebender Bilder.** — Die Musik wird von der „Freien Vereinigung der Zivil-Berufsmusiker" unter Leitung des Dirigenten Herrn Behrendtsohn, die Gesangsaufführungen von den Gesangvereinen **Freie Liedertafel, Deutsche Eiche,** und **Harmonie** (Mitglieder des A.-S.-B.) unter Leitung des Dirigenten Herrn Gartmann ausgeführt. — Die Aufführung der lebenden Bilder erfolgt durch den „Verein für volksthümliche Kunst". — Zum Schluß: **Festball.**
Billets zum Kommers sind zu haben bei **Hermann Herholz,** Brunnenstraße 188; **Louis Dechand,** Ruheplatzstr. 24; **Wilh. Börner,** Ritterstr. 108; Weinstr. 11 bei **Feind; Hermann Gumpel,** Barnimstr. 44; **Carl Butry,** Stralsunderstraße 17, 2 Tr., und in allen mit Plakaten belegten Handlungen und Restaurationen. 321/12 **Das Festkomitee.**

Verein zur Wahrung der Interessen der Gast- u. Schankwirthe

Berlins und Umgegend.
Mitglieder-Versammlung
am **Freitag,** den 17. ds. Mts., Nachmittags 5 Uhr, bei **Kuhlmey,** Schönhauser Allee Nr. 28.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn **Dr. Heymann** über: „Das Wesen der Naturwissenschaft". 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.
☞ Da am Freitag in sämmtlichen Berliner Reichstagswahlkreisen die Parteiversammlungen stattfinden, wird die Versammlung pünktlich eröffnet.
164/2 **Der Vorstand.** J. A.: **W. Lorenz.**

Stuckateure!

Am Sonntag, den 19. November, Vormittags 10 Uhr, im Saale des Herrn Jakob (Schöneberg), Grunewaldstraße Nr. 110:
Zweite Wander-Versammlung
für Schöneberg und Umgegend.
Tages-Ordnung:
1. Zweck und Nutzen unserer Organisation. Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht. 2. Wahl eines Vertrauensmannes für Schöneberg und Umgegend. 3. Verschiedenes. 196b
Zu dieser Versammlung werden die Berliner und Charlottenburger Kollegen, namentlich die im Westen Berlins wohnenden, besonders aufmerksam gemacht. — Arbeitslose Kollegen sind von der Tellersammlung ausgeschlossen. (Siehe „Soziale Uebersicht".) **Die Vertrauensleute.**

Verantwortlicher Redakteur: **Robert Schmidt** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin SW., Beuthstraße 2.

Hierzu zwei Beilagen

1. Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 271. Freitag, den 17. November 1893. 10. Jahrg.

Der Kampf gegen die Grubenarbeiter-Syndikate.

Paris, 12. November.

Das Vae victis — Wehe den Besiegten — gilt in den Kämpfen zwischen Kapital und Arbeit, in dem Falle als die Unternehmer Sieger sind, noch mehr als in allen anderen Kämpfen, wie dies das Vorgehen der Grubengesellschaften von Pas de Calais neuerlich beweist. Können die Besiegten auch nicht wie ehedem zu Sklaven gemacht werden, weil sie es eben schon sind, so kann man sie doch, was noch schlimmer ist und den ganzen Fortschritt unserer Kultur bedeutet, dem Hunger und dem Elend überliefern, indem man sie nach Beendigung des Kampfes ganz einfach auf die Straße wirft und dafür sorgt, daß sie auch anderwärts keine Arbeit finden. Und das ist nirgends leichter als in einer Industrie, die wie die Bergwerksindustrie sich in den Händen weniger Gesellschaften befindet. Freilich haben die Grubengesellschaften von Pas de Calais nicht alle ihre Arbeiter entlassen — denn woher sollten sie dann die Dividenden hernehmen und nicht direkt stehlen? — sondern sich damit begnügt, nur die ruhigeren, intelligenteren, klassenbewußteren unter ihnen, nur diejenigen Arbeiter zu entlassen, die gleichsam die Seele des Grubenarbeiter-Syndikats bilden, um solcherart die Masse der Arbeiter einzuschüchtern, der Gewerkschaft abwendig und dadurch gefügiger, ausbeutungsfähiger zu machen. So haben die Grubengesellschaften bei 600 Grubenarbeiter entlassen, unter denen sich alle diejenigen befinden, die in irgend einer Weise für die Gewerkschaft thätig waren. Diese 600 Arbeiter bedeuten mit Weib und Kind ca. 3000 Personen, die solcherweise dem bittersten Elend, dem Hunger und der Kälte ausgesetzt sind, da sie bei der Innigkeit des Verhältnisses der Grubengesellschaften nicht die mindeste Hoffnung haben, in einer anderen Grube aufgenommen zu werden. Aber was kümmern sich die Grubengesellschaften um das Elend, das sie um sich her verbreiten; es gilt ihnen vor allem jeden Widerstand, vor allem die Macht des Grubenarbeiter-Syndikats zu brechen.

Die Verantwortlichkeit für diese feige, erbärmliche Handlungsweise trifft in erster Linie die Regierung. Hätte sie sich nicht von vornherein mit ihrer ganzen Macht auf Seite der Kohlenkompagnien gestellt und die Streikenden als Feinde behandelt, die um jeden Preis niedergeschlagen werden müssen, dann hätten die Grubendirektionen keinem Schiedsrichterspruche ausweichen können, der, so ungünstig er auch immer für die Arbeiter ausgefallen wäre, ihnen doch sicherlich wenigstens das Eine zugesichert hätte, daß keiner der Grubenarbeiter, so hervorragend er sich auch am Streik betheiligt hätte und so sehr er auch als Pfeiler des Syndikats betrachtet worden wäre, wegen des Streiks entlassen werden dürfe. Die Regierung wollte aber zeigen, daß das Unternehmerthum in jeder Beziehung und jederzeit auf sie rechnen könne, daß der antikapitalistische Dupuy, als welcher er vor wenigen Jahren als Abgeordneter in die Kammer trat, als Ministerpräsident und Minister des Innern ein noch treuerer Hund des Kapitalismus sein kann als Constans, der ihm gegenüber geradezu als zahn- und schwanzlos erscheint. Denn wie Dupuy vor der Kapitalistenklasse zu schweifwedeln und der Arbeiterklasse gegenüber die Zähne zu fletschen weiß, das hatte selbst Constans nicht vermocht, der, wenn er auch Fourmies auf dem Gewissen hat, bald als rehabilitirt erscheinen wird, da er doch wenigstens die Arbeitsbörsen und Syndikate (Gewerkschaften), selbst diejenigen, die sich über das Syndikatsgesetz hinwegsetzten, unangefochten ließ. Das erste, was aber das Ministerium Dupuy that, war die Pariser Arbeitsbörse sperren zu lassen und den Gewerkschaften den Krieg zu erklären. Darum genügt ihm auch nicht die ihm geschuldete Niederlage der Grubenarbeiter, noch die Entlassung so vieler hunderter gewerkschaftlich thätiger Arbeiter, da dies alles die Grubenarbeiter-Syndikate nur höchstens zu schwächen, deren Macht nur momentan, nur vorübergehend zu schädigen vermag; das Ministerium Dupuy will diese Syndikate direkt und dauernd vernichten und sollte auch das ganze Werk, wenn auch unter dem Scheine der Gesetzmäßigkeit, nichts als eine fortgesetzte Infamie sein. Zu diesem Zwecke erhielt der Oberstaatsanwalt von Douay den Auftrag, die nöthigen Anhaltspunkte zur Verfolgung der Grubenarbeiter-Syndikate von Pas de Calais und des Norddepartements zu schaffen, dem in der von der Regierung gewünschten Weise unverzüglich Folge gegeben wurde. Wenn es trotzdem zu keiner Verfolgung kommen oder diese ihren Zweck, die Auflösung der Syndikate und die Bestrafung ihrer Leiter, verfehlen sollte, so wird dies hauptsächlich der „Petite République“ zu verdanken sein, die die ganze Machination der Regierung noch rechtzeitig entdeckte und durch die Veröffentlichung des in ihrem Besitz gelangten Schriftstückes, in welchem der Ober-Staatsanwalt seinem Auftrage Folge gegeben, vor aller Welt bloßgelegt hat.

In diesem an den Justizminister gerichteten Bericht wird unter allerlei Scheingründen — „man sagt“, „man behauptet“, sind häufig widerkehrende Worte — des Langen und des Breiten nachzuweisen gesucht, daß sowohl das Syndikat von Pas de Calais, wie das des Norddepartements dem Syndikatsgesetze nicht nachgekommen seien, um zu dem Schlusse zu gelangen, daß wenn man diese beiden Syndikate nicht jetzt verfolge, man dies nie werde thun können, da eine Verfolgung niemals einen geeigneteren Moment als den gegenwärtigen finden könnte, wo die Syndikate eine bedeutende Schlappe erfahren und sicherlich einen Theil ihrer Popularität eingebüßt hätten. Er sage zwar nicht, fügt der Staatsanwalt hinzu, daß eine Verfolgung keine Bewegung hervorrufen würde, doch werde sie seiner Meinung nach, die auch die des Präfekten von Pas de Calais sei, nicht zur Wiederaufnahme des Streiks führen; denn die besiegten und entmuthigten Arbeiter protestirten nur schüchtern gegen die von den Grubengesellschaften in den Reihen ihrer Arbeiter gegenwärtig vorgenommenen Ausmerzungen und sie würden auch nicht heftiger zu gunsten eines Syndikats protestiren, das einen beträchtlichen Theil seines Zaubers eingebüßt habe. Der ehrenwerthe Herr Oberstaatsanwalt, der sich E. Chenest zeichnet, ersucht nur, daß im Falle die beiden Grubenarbeiter-Syndikate gerichtlich verfolgt werden sollen, der Justizminister ihm umgehend die nöthigen Instruktionen ertheile, da es ihm als unumgänglich nothwendig erscheine, von vornherein sowohl in den Bureaus der Syndikate, wie bei deren hauptsächlichen Administratoren eine Hausdurchsuchung vorzunehmen, um daselbst die Bücher und Korrespondenzen mit Beschlag zu belegen. Nun befänden sich aber, wie der ehrenwerthe Herr Chenest sein Schreiben schließt, unter diesen Administratoren zwei Abgeordnete, die Herren Basly und Lamendin; würden somit die Verfolgungen erst nach Zusammentritt des Parlaments erfolgen, müßte hierzu erst die Erlaubniß der Kammer eingeholt werden und die Betreffenden hätten dann Zeit, die sich in ihrem Besitze befindlichen kompromittirenden Schriftstücke zu beseitigen.

Nun dieses vertrauliche Schriftstück veröffentlicht ist und die Runde durch Frankreich machen dürfte, wird der Regierung wohl die Lust genommen sein, ihren Plan durchzuführen; aber es zeigt wenigstens, wessen sich die Arbeiterklasse bei dieser Regierung zu versehen hat.

Aus dem hochinteressanten Aktenstücke theilen wir noch folgende Stellen mit:

„Wird die Regierung diese Haltung annehmen? Es ist dies mehr eine Frage der Politik als der Rechtsprechung. Was mich anbelangt, so bin ich der Ansicht, daß man die Verfolgungen jetzt oder niemals ausführen muß, weil sich ein so günstiges Terrain so leicht nicht wieder bietet. Die Syndikate haben einen argen Stoß aushalten müssen; sie haben ihre Anhänger in einen Kampf geführt, der diesen nicht nur keine Vortheile, sondern Elend aller Art gebracht hat und sie haben dadurch einen Theil ihrer Popularität eingebüßt. Ich will nicht behaupten, daß eine Verfolgung ohne Aufregung der Geister verlaufen würde; aber meine Meinung wie die des Präfekten von Pas de Calais ist, daß eine Wiederbelebung des Streiks nicht eintreten würde. Die besiegten und entmuthigten Arbeiter protestiren nur schüchtern **gegen die dumpfen Schläge**, womit die Kompagnien die Reihen der Arbeiter lichten **und wozu ich sie aufstachle.** Die Arbeiter werden nicht zu gunsten eines Syndikats protestiren, das einen beträchtlichen Theil seines Ansehens eingebüßt und sie zu einer Niederlage geführt hat. Wenn Sie sich, Herr Siegelbewahrer, zu Verfolgungen entschließen, so wäre es gut, mir ohne Aufschub Instruktionen zu ertheilen. Es scheint mir unerläßlich, vor allen Maßnahmen eine Haussuchung im Wirkungskreise der Syndikate und bei den hervorragendsten Mitgliedern vorzunehmen. Da sich unter den letzteren zwei Deputirte, Basly und Lamendin, befinden, so wäre zu einer Verfolgung derselben nach dem Zusammentritt der Kammer deren Zustimmung einzuholen, wodurch die Deputirten Zeit gewinnen würden, wichtige, sie kompromittirende Papiere zu beseitigen oder in sicheren Gewahrsam zu bringen.

Ich verbleibe mit Hochachtung, Herr Siegelbewahrer, Ihr sehr gehorsamer Diener der Staatsanwalt

E. Chenest.“

Charakteristisch für die Wahrheitsliebe des Pariser Berichterstatters der „Vossischen Zeitung“ ist es, daß er in seiner Korrespondenz vom 12. November über den Brief des Herrn Chenest von dem, was wir oben mittheilen und was das Charakteristische und politisch Bedeutsame in dem merkwürdigen Aktenstücke ist, kein Wort erwähnt und nur Punkte hervorhebt, die der Staatsanwalt an den Arbeiterorganisationen auszusetzen hat. Man ersieht hieraus, wie wenig den „so gut bedienten“ Blättern zu trauen ist.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

1. Sitzung vom 16. November 1893. 2 Uhr.

Am Bundesrathstische: v. Bötticher.

Präsident **v. Levetzow** eröffnet die Sitzung mit folgenden Worten: Meine Herren! Als provisorischer Präsident der vorigen Session — zu einer definitiven Präsidentenwahl sind wir ja nicht gekommen — übernehme ich auf grund von § 1 unserer Geschäftsordnung vorläufig das Präsidium, eröffne die erste Sitzung des Reichstags und berufe zu provisorischen Schriftführern die Herren Abgeordneten Merbach, Krebs, Kropatscheck und Pieschel.

Eingegangen sind siebzehn Vorlagen, darunter: der Handels- und Schifffahrts-Vertrag mit Spanien, der Handels-, Zoll- und Schifffahrts-Vertrag mit Rumänien, der Handels- und Zoll-Vertrag mit Serbien, der Freundschafts-, Handels- und Schifffahrts-Vertrag mit Kolumbien, der Reichshaushalts-Etat für 1894/95, die Novelle zum Reichsinvalidenfonds-Gesetz, ein dritter Nachtragsetat für 1893/94, die Denkschrift über die Ausführung der seit 1875 erlassenen Anleihegesetze, eine Novelle zur Konkurs-Ordnung, eine Novelle zum Viehseuchen-Gesetz, Uebersicht der Reichs-Ausgaben und -Einnahmen für 1892/93, Rechnungen der Kasse der Ober-Rechnungskammer für 1891/92, Gesetzentwurf betreffend die Aufnahme einer Anleihe für die Zwecke der Verwaltung des Reichsheeres, der Marine und der Reichs-Eisenbahnen, Etat für die Schutzgebiete für 1894/95, Uebersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Schutzgebiete für 1892/93.

Ein großer Theil der Vorlagen, namentlich die Vorlagen, die sich auf den Etat und die Handelsverträge beziehen, sind bereits gedruckt und sollen noch heute vertheilt werden. Die Verloosung der Abgeordneten in die 7 Abtheilungen wird wie bisher dem provisorischen Bureau überlassen.

Der Namensaufruf ergiebt die Anwesenheit von 215 Mitgliedern, der Reichstag ist also beschlußfähig.

Es sind 3 schleunige Anträge eingegangen, nämlich zwei von Antisemiten auf die Sistirung der schwebenden Strafverfahren gegen die Abgg. Förster und Ahlwardt, und der Antrag v. Manteuffel auf Einstellung des Strafverfahrens gegen den Abg. v. Hammerstein. Die Verlesung der Anträge wird von der Linken mit Lachen aufgenommen.

Nächste Sitzung Freitag 12 Uhr (Wahl der Präsidenten und Schriftführer, Berathung der schleunigen Anträge.)

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

Oeffentl. Sitzung vom Donnerstag, den 16. Novbr. Nachmittags 5 Uhr.

Die Tribünen sind überfüllt.

Die Versammlung ermächtigt den Magistrat zum Abschluß eines zweiten Nachtragsvertrages mit dem Eisenbahnfiskus betr. den Privatanschluß der Markthalle am Alexanderplatz an die Berliner Stadtbahn. Es handelt sich dabei um die Inbetriebnahme der neuen Geleiseanlagen durch die Eisenbahndirektion Berlin und den Erlaß neuer „Vorschriften für die Benutzung der Anschlußstelle der Berliner Zentralmarkthalle“. Die zur Erhebung kommende Bahnhofsgebühr soll ganz der Stadtgemeinde zufließen.

Zur Verbeiterung der Rosenstraße, sowie eines Theils der Neuen Friedrichstraße und der Klosterstraße hat die Firma J. Koppel u. Komp. dem Magistrat einen neuen Plan vorgelegt. Danach soll die Rosenstraße eine Breite von 19 Meter erhalten, ebenso die Neue Friedrichstraße, die Ecke beider Straßen aber soll abgestumpft werden, sodaß die Schmale Gasse in Fortfall kommt. Zur Durchführung des Unternehmens verlangt die Firma von der Stadt eine baare Beisteuer von 1½ Millionen Mark. Der Magistrat ist im Interesse der besseren baulichen Ausgestaltung der Altstadt auf dieses Anerbieten eingegangen und sucht die Ermächtigung der Versammlung zum Abschluß eines bezüglichen Vertrages nach. Die erwähnte Summe soll in zwei Raten von je 750 000 M. gezahlt werden und die Ueberweisung der betr. Straßenlandes an die Stadt spätestens zwei Jahre Abschluß des Vertrages erfolgen.

Die Vorlage geht auf Antrag der Stadtv. Friederici an einen Ausschuß von 15 Mitgliedern.

Die Stadtvv. Selle u. Gen. nehmen die Frage der Errichtung eines zweiten städtischen Rathhauses durch die Einbringung folgenden Antrags wieder auf:

> Die Versammlung ersucht den Magistrat, in gemischter Deputation berathen zu wollen, in welchem Umfange und auf welche Weise dem Bedürfniß nach Verwaltungsräumen in eigenen Gebäuden abgeholfen werden kann.

Der Antrag wird, wie der Vorsteher Dr. Langerhans mittheilt, von den Antragstellern vorläufig zurückgezogen.

Die dauernde Verwaltung der städtischen Markthallen soll vom 1. April 1894 ab an stelle des gegenwärtig bestehenden, zu der gleichen Zeit aufzulösenden Kuratoriums einer gemischten, aus zehn Stadtverordneten und fünf Magistratsmitgliedern bestehenden Verwaltungsdeputation übertragen werden, auf welche die bisherigen provisorischen Vollmachten des Markthallenkuratoriums als bleibende übergehen, und welche überdies ermächtigt werden soll, Miethsverträge, deren Fortdauer nach eingehender Prüfung der Sachlage als für die Verwaltung nachtheilig erkannt wird, unter Zustimmung des Magistrats aufzuheben.

Die bezügliche Magistratsvorlage wird auf Antrag Liebenow einem Ausschuß von 15 Mitgliedern überwiesen.

Die von dem Stadtv. Schwalbe eingebrachte Interpellation betreffs des Standes der Vorarbeiten für die Vorlage wegen Einführung von Alterszulagen für städtische Beamte und Lehrer hat der Magistrat in der heutigen Sitzung zu beantworten sich bereit erklärt.

Stadtv. Schwalbe motivirt die Interpellation mit dem Hinweis auf die Vorzüge, die das Zustandekommen der Vorlage vor der Etatsberathung für alle Betheiligten haben würde; auch würde durch eine baldige Entscheidung der Ungewißheit ein Ende gemacht, in welcher diese nun schon so lange über das Schicksal der neuen Maßnahme schwebten, ebenso wie damit auch die Agitationen von gewisser Seite abgeschnitten würden.

Kämmerer Maaß: Das reichhaltige Material liegt bereits der Subkommission des Magistrats vor; diese Kommission hat auch schon eine Sitzung gehalten, und schon in nächster Zeit wird der Versammlung eine recht umfangreiche Vorlage zugehen, was nicht weiter auffallen kann, da es sich um ein städtisches Lehrer- und Beamtenheer von etwa 5000 Personen handelt.

Damit ist die Interpellation erledigt.

Schluß 6¼ Uhr.

Lokales.

Heute Abend finden in allen Wahlkreisen Berlins Parteiversammlungen mit folgender Tagesordnung statt: Bericht und Abrechnung der Vertrauenspersonen, Neuwahl der Vertrauenspersonen, der Preß- und Lokalkommissions-Mitglieder und Bericht der Delegirten zum Kölner Parteitage. Die Genossen werden darauf noch ausdrücklich hingewiesen, daß die Versammlungen um 8 Uhr beginnen sollen und daß mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Tagesordnung ein möglichst zahlreicher Besuch der Versammlung erwünscht ist.

Einen unserer Mitkämpfer hat dieser Tage der vierte Berliner Wahlkreis in dem Genossen Klempner Paul Raschke verloren. In dem blühenden Mannesalter von 22 Jahren raffte den noch bis vor kurzem kraftstrotzenden Proletarier, nach nur anderthalbwöchigem Krankenlager, der Tod infolge einer gefährlichen Operation dahin. Er war ein offener, ehrlicher Charakter und für unsere Ziele in der politischen Bewegung wie in der Gewerkschaft äußerst thätig. Von der Wahrheit und Nothwendigkeit des Sozialismus einmal durchdrungen, konnte ihn von dem Wirken in der Arbeiterbewegung nichts abhalten. Er erfreute sich daher sowohl bei seinen Kollegen in der Werkstatt als auch bei den Genossen des vierten Reichstags-Wahlkreises allgemeinster Achtung und Beliebtheit. Als Zeichen dieser Gesinnung legten bei dem Mittwoch Nachmittags auf dem Markuskirchhof in Wilhelmsberg erfolgten Begräbnisse außer den erschienenen Verwandten auch die Vorstände des Wahlvereins im 4. Berliner Reichstags-Wahlkreise, des Fachvereins der Klempner, des Leseklubs „Südost“ und Kollegen aus der Laternenfabrik von Kleinschewski, wo der Verblichene zuletzt gearbeitet, an der offenen Gruft prachtvolle Kränze nieder, deren schöne rothen, mit ernsten Widmungen versehenen Schleifen sie dem leidtragenden Onkel übergaben.

Unerhörte Mißhandlungen Geisteskranker und Gesunder finden in unmittelbarer Nähe Berlins in — unter Aufsicht des Ministers stehenden — Privatirrenanstalten statt. Die Kranken — von denen Manche völlig geistesgesund sind und wider ihren Willen in den Privattollhäusern zurückbehalten werden — werden von dem Verkehr mit der Außenwelt völlig abgeschlossen, häufig geschlagen und in raffinirtester Weise mißhandelt. Brieflicher Verkehr mit der Außenwelt ist ihnen durchaus untersagt: die zur Beförderung an die Außenwelt der Anstalt übergebenen Briefe werden in der Anstalt zurückgehalten. Aus dem reichen Erinnerungsschatz einer früheren Wärterin einer dieser Anstalten greifen wir für heute folgenden Fall heraus. In der Anstalt befand sich eine Frau, die wohl besonderer „Fürsorge“ seitens der Verwaltung und der Aerzte empfohlen war. Die bildschöne, jugendliche Frau war auf Veranlassung ihres Ehegatten in die Anstalt gebracht, nachdem sie Auftrag zur Anstellung einer Ehescheidungsklage oder eine Klage auf Herausgabe ihrer Mitgift gegen den Mann ertheilt hatte, zu ihrem Vormund wurde — der nächste Verwandte des Ehegatten (vielleicht auch dieser selbst) bestellt. Alle Briefe, in denen die anscheinend vermögende Dame sich an Privatpersonen, an Aerzte, ja solche, die sie an das Gericht unter Darlegung ihrer Leiden und der Bitte, sie — wenn sie nun einmal eingesperrt werden müsse — in einem öffentlichen Krankenhaus unterzubringen, richtete, wurden unterschlagen: allerdings enthalten die Briefe u. a. Mittheilungen über die schmähliche Behandlung, der die wirklich und angeblich Kranken in diesem Institut ausgesetzt sind. So nehmen die Wärterinnen den Kranken das bessere Essen, das Verwandte ihnen schicken, auch die nahrhaftere Kost (Eier, Beefsteaks, Schinken) fort, nähren damit ihre höchsteigenen Personen, verhöhnen die Patientinnen, indem sie schnalzend ꝛc. zeigen, wie schön ihnen das Essen bekommt. Beklagt sich eine Patientin darüber auch nur in der mildesten Form, so erhält sie „Keile“ — und was für welche! Führt sie dem Arzt gegenüber Beschwerde, so behauptet die Wärterin: ach, die Dame hat das Essen nicht gewollt — hernach giebt's wiederum Schläge. Als eine Wärterin der oben geschilderten Dame dieser ins Essen spukte und daraufhin die meiner Ueberzeugung nach vollkommen gesunde Frau das Essen zurückwies, erhielt die Aermste Prügel, daß man ihr Wehklagen bis auf den Hof hinab hörte. Als die Frau einmal einen Brief hinauskassibiert hatte, der wohl ihre jetzt erfolgte Entfernung aus der Anstalt veranlaßt hat, wurden ihr Zellenprügel zudiktirt. Sie wurden wie folgt verabreicht. Das arme Wesen mußte sich splitternackt ausziehen. Als sie sich dagegen

sträubte, wurde sie gekniffen, gepufft, an den Haaren gezogen, ihr die Kleider abgerissen, sie auf dem empfindlichsten Theil des Körpers geschlagen. Ihr wurde dann der leinene Zellenanzug (Rock und damit zusammenhängende Hose à la System Wolljäger) angezogen, sie in eine ungeheizte Zelle getrieben und sie hier nun mit Riemen, mit den Schuhhacken der Wärterin, mit deren Schlüsselbund u. s. w. wohin es immer treffen mochte, unter den gemeinsten Schimpfworten geschlagen. Diese Art Zellenprügelstrafe wurde wiederholt ihr gegenüber vollstreckt. Als Verschärfung ersann die Oberin: Oeffnen der Ventilation in der ungeheizten, eiskalten (es war Dezember) Zelle. Die Zelle selbst enthält keinen Stuhl, keinen Tisch, keinerlei Ausstattung; in ihr müssen dort Gepeinigte oft 5, auch 10 Stunden und noch mehr zubringen. Die Schläge erhalten sie bei der Einsperrung und kurz vor dem Hinausgelassen werden. Ein ander Mal wurde die „Patientin" in ein von einer anderen Patientin besudeltes Laken genäht, hierbei ihr mit der schmutzigen Packnadel wiederholt tief ins Fleisch gefahren und die völlig Wehrlose dann nach allen Regeln der Kunst verhauen, daß sie infolge dieser bestialischen Art der Behandlung hätte verrückt werden können, liegt auf der Hand, daß die Patienten wiederholt an ihren langen Zöpfen gepackt und die Treppe hinunter geschleift wurde, mag ihren Gesundheitszustand wohl auch schwerlich verbessert haben. Diese empörenden Mißhandlungen in unter polizeilicher Kontrolle stehenden Irrenanstalten in der Nähe Berlins kommen keineswegs vereinzelt vor. Sie sind offenbar eine Folge der gemeinsten Ausbeutungswuth und des gemeinsten Ausbeutungssystems, von dem übrigens keineswegs nur Reiche betroffen werden. Sie finden statt unter Aufsicht der Polizeibehörde stehenden Anstalten. Hat die Polizeibehörde Kenntniß hiervon? Weshalb veranlaßt sie nicht die Anklage gegen derartige Menschenschinder? Ist ihre Zeit durch Ausstellung überflüssiger Ausweisungsbefehle, durch Anordnungen auf den Menschenfleisch-Märkten, zu sehr in Anspruch genommen, um derartige offenkundige Mißhandlungen bemerken zu können? Wir bitten um Antwort, Herr Minister! Soll Fortsetzung folgen?

Dreitausend Kinder ohne warmes Essen — so ist aus dem Bericht über die gestern stattgehabte Eröffnung der „Kinder-Volksküche" in der Stralsunderstraße zu entnehmen, und zwar aus der Feder des Mx. Br.-Berichterstatters, Rittergutsbesitzers und Komiteemitgliedes des Vereins für Kinder-Volksküchen. Diese Zahl dürfte indeß noch zu niedrig gegriffen sein, denn der Berichterstatter spricht außerdem noch von „unlegitimirten Kindern", (ei, ei, Herr Rittergutsbesitzer, welch' lapsus linguae!) welche für das Essen fünf Pfennige bezahlen, während die 3000 „legitimirten" Kinder auf eine Bescheinigung ihrer Rektoren hin unentgeltlich gespeist werden. Rechnet man diese ersteren auf nur 600 — denn viele Eltern sträuben sich, ihre Mittellosigkeit sich bescheinigen zu lassen, so ergiebt dies 3600 Kinder, hinter denen im Durchschnitt also 1200 Familien stehen, die zu arm sind, für sich und ihre Kinder ein warmes Essen zu beschaffen. Dies ist eine erschreckende Zahl, die leider noch keinen Anspruch auf Vollständigkeit hat, und die erdrückende Wucht, mit welcher durch diese Zahl der „Gesellschaft" ihre Sünden vorgehalten werden, erfährt keine Abschwächung durch die verschleiernde Sprache des Mx. Br.-Berichterstatters, aus welcher wir diese Angaben herausgeschält haben, sondern der herrschende Nothstand wird — um ein Lieblingswort des Herrn Berichterstatters zu gebrauchen — wohl seine „Beglaubigung" erfahren haben.

Einen von seinem Standpunkt aus gewiß wohlgemeinten, aber große Taktlosigkeit und kein Verständniß für das Empfinden des „Proletariats" bekundenden Rath giebt der Herr Rittergutsbesitzer und Berichterstatter am Schlusse seiner Ausführungen. Er meint, das „Publikum" — „Bourgeoisie", nur sagt er es nicht —, soll diese Anstalten in Augenschein nehmen, um sich dafür zu begeistern.

Wer jemals in der Volksküche in der Klosterstraße — dem Mutterhause dieser Unternehmungen — zu speisen genöthigt gewesen ist, dem wird oftmals, auch wenn der Magen leer war, der Appetit vergangen sein, wenn „Herren und Damen der Gesellschaft" unter Führung einer „Ehrendame" die Räume und das darin speisende „Volk" besichtigt haben.

Verständen sich jene Herrschaften auch nur einigermaßen auf Physiognomien — es würde ihnen in der That die Lust zum Wiederkommen vergehen. — Freilich, das opulente Diner, das sie nachher zu Hause einnehmen, mag wohl besser schmecken, wenn man sich an die Brust schlagen und sagen kann: „ich danke Dir, Gott, daß ich nicht bin wie diese!"

Zur Frage der „Allgemeinen Volksschule". Unter den Verhandlungen, die die „Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung" auf ihrer 23. Generalversammlung gepflogen hat, beansprucht der Hauptgegenstand der Tagesordnung, ein Vortrag des Abgeordneten Rickert über „die allgemeine Volksschule", das meiste Interesse. Die Stellung, welche einer zur Frage der allgemeinen Volksschule einnimmt, kann als Prüfstein für den Ernst und die Aufrichtigkeit seiner „Volksbildungs"-Bestrebungen gelten. In dieser Beziehung ist der Vortrag und seine Billigung durch die Generalversammlung der Gesellschaft außerordentlich lehrreich.

„Die allgemeine Volksschule soll eine Schule für alle sein", sagte Herr Rickert. Warum? Weil es nach einer Aeußerung des Kultusministers Bosse „seine sehr großen Nachtheile hat, schon die Kinder nach sozialen Ständen zu trennen." Aber, sagt Herr Rickert, „jeder Zwang, die Kinder in die öffentliche Volksschule zu schicken, ist abzuweisen". Also will er denjenigen Eltern, welche nicht für die Mischung der „Stände" in der Volksschule schwärmen, doch noch ein Hinterthürchen offen lassen. Zwar will er die Vorschulen, die auf Kosten des Staates und der Gemeinden neben den öffentlichen Volksschulen unterhalten werden, beseitigt sehen. Aber über die Privatschulen, welche dann errichtet werden würden, um den Kindern der Besitzenden diejenige Zufluchtstätte zu gewähren, die sie heute in den Vorschulen finden, schweigt sich Herr Rickert (nach dem uns vorliegenden Berichte) aus.

Die Diskussion bewegte sich im allgemeinen im Rahmen des Vortrages. Einzelne Redner erhoben noch weitergehende Forderungen, die aber alle getragen waren von dem Bosse-Rickertschen Gedanken: „Man soll nicht schon die Kinder nach sozialen Ständen trennen." Aber schließlich ist es sehr gleichgiltig, in wie weitem oder wie beschränktem Maße Herr Rickert und die „Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung" die Mischung der „Stände" in ihrer „allgemeinen Volksschule" durchgeführt wünschen. Selbst wenn sie darauf hinarbeiteten, daß wirklich, wie es Herr Rickert von München erzählte, „die Kinder der Minister neben denen der Arbeiter sitzen", und sitzen müssen, so ist das doch für den Kern der Frage gänzlich belanglos.

Was ist denn das, eine „allgemeine Volksschule"?

Die bürgerliche Klasse versteht darunter eine Schule, die „die gemeinsame Grundlage aller öffentlichen Unterrichtsanstalten bildet", wie Herr Rickert sagt, und die von jedem Kinde besucht werden muß, wie Herr Rickert noch nicht einmal zu sagen wagt. Da säßen sie dann also, in dem günstigeren Falle eines Zwanges zum Besuche dieser „allgemeinen Volksschule", alle gemüthlich durcheinander, die Kinder des Bourgeois und die Kinder des Proletariers. Aber leider nur in den ersten Lebensjahren! Nachher, wenn das 14. Lebensjahr oder das 8. Schuljahr um ist, sprazieren die Kinder des Proletariers, ob sie begabt sind oder nicht, in die Werkstätte und in den Fabriksaal. Dagegen gehen die Kinder des Bourgeois, ob sie begabt sind oder nicht, in die oberen Klassen über, machen vermittelst nachhelfender Hauslehrer und mit noch schlimmeren Hilfsmitteln ihre Examina, dienen als Einjährige und widmen sich, wenn sie nicht gar zu bornirt sind, einem akademischen Studium. So, Herr Rickert, werden die Dinge doch wahrscheinlich auch in München liegen?

Das ist, im günstigsten Falle, die „allgemeine Volksschule" der Bourgeoisie. Das arbeitende Proletariat verlangt als allgemeine Volksschule eine Schule, die die gemeinsame Grundlage aller Unterrichtsanstalten bildet oder, richtiger, eine vom Elementarunterricht bis zum Universitätsstudium hinaufführende Einheits-Schule ist, die, selbstverständlich, von allen Kindern besucht werden muß und von allen Kindern, welche befähigt sind, bis zu Ende besucht werden kann. Die Arbeiterklasse verlangt, daß die höheren Lehranstalten (oder die oberen Klassen der allgemeinen Volks- und Einheitsschule) nicht eine Domäne der Besitzenden, sondern der Befähigten sind, daß nicht der beschränkte, halbidiotische Sohn eines Reichen bis zum rettenden Einjährigen-Freiwilligen-Zeugniß durchgedrückt wird, während das begabte Kind des für jenen Reichen scharwerkenden Arbeiters Laufbursche oder Dienstmagd werden muß.

Warum hat denn keiner der versammelten „Volksbildner" auf diese empörendste Wirkung der „Trennung nach sozialen Ständen" hingewiesen? Und warum hat niemand erklärt, daß es im Interesse der Schule wie der ganzen Gesellschaft liege, vor allem diese Wirkung zu beseitigen? Warum hat namentlich unter den Lehrern, von einem einzigen, vorsichtig tastenden Versuch abgesehen, keiner diesen Kernschaden in dem Verhältniß zwischen den höheren und niederen Schulen rücksichtslos blosgestellt? Weil die „Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung" nicht auf Seiten der Besitzlosen, sondern der Besitzenden steht, weil sie nicht das Interesse der Volksschule und Volksbildung, sondern des Geldsackes vertritt, weil sie nicht zugeben durfte, daß, solange der Besitz über die Erlangung einer höheren Bildung entscheidet, also auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung, eine ernsthafte Förderung der Bildung des Volkes nicht möglich ist.

Die „Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung" tritt also nicht für, sondern gegen Verbreitung von Volksbildung ein. Wir wissen sehr wohl, daß nicht jedes Bourgeoiskind ein Schaf und jedes Proletarierkind ein Genie ist; wir nehmen vielmehr an, daß Dummheit und Begabung, da bei Reichen in dieser Hinsicht der Ueberfluß ungefähr denselben ungünstigen Einfluß ausüben dürfte, wie bei den Armen der Mangel, im allgemeinen gleichmäßig unter die beiden Gesellschaftsklassen vertheilt sind. Dann verkümmern aber in den niederen Schulen mindestens zehnmal soviel Genies und Talente, als in den höheren Schulen jetzt ausgebildet werden. Das wird jeder einsichtige Volksschullehrer ohne weiteres bestätigen. Eine gewaltige Summe geistiger Kraft, die für die gesammte Gesellschaft nutzbar gemacht werden und jedem einzelnen ihrer Glieder zum Segen gereichen könnte, geht auf diese Weise verloren. Die bestehende Gesellschaftsordnung ist also im stärksten Sinne des Wortes kulturfeindlich, und die „Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung" ist es mit ihr, wenn sie auch die Worte „Bildung" und „Aufklärung" auf ihr fadenscheiniges Banner geschrieben hat.

Die allgemeine Volksschule in unserem Sinne hat zur Voraussetzung den Sozialismus; denn natürlich ist eine vollständige Ausbildung geistiger Fähigkeiten nur denkbar, wenn nicht blos Unterricht und Lehrmittel frei sind, sondern auch die Existenz während der Ausbildung gewährleistet wird. Bei den Reichen thut das heute der Besitz, in einer sozialistischen Gesellschafts-Ordnung müßte es die Gesellschaft thun, die ja in letzter Linie den Nutzen von der Ausbildung hätte. Die Frage der allgemeinen Volksschule ist also, trotz Herrn Rickert, doch eine Parteifrage. Diejenige allgemeine Volksschule, welche allein eine wirkliche Volksschule und eine wirklich allgemeine Volksschule ist, findet weder in konservativen noch in liberalen Kreisen Freunde; sie wird allein von der Sozialdemokratie angestrebt. Darum möge die Bourgeoisie endlich ihre Finger weg lassen von Volksschule und Volksbildung. Die Befreiung der Arbeiterklasse auch aus geistiger Knechtschaft und geistigem Elend kann nur das Werk der Arbeiterklasse selber sein!

Eisenbahn-Höflichkeit. Am Bahnhof Moabit, so schreibt uns ein Arbeiter, verlangte ich am 10. d. M. eine Arbeiter-Wochenkarte. Auf die Frage, ob ich mich als Arbeiter legitimiren könne, zeigte ich eine Steuerquittung vor, worauf der Schalterbeamte entgegnete, daß ihm diese nicht genüge; ich müsse entweder eine Invaliditäts- und Altersversicherungskarte oder eine ortspolizeiliche Bescheinigung beibringen. Nun steht aber in der betreffenden Bekanntmachung wörtlich, daß die von mir vorgezeigte Legitimation genügt. Wie kommt nun der betreffende Beamte dazu, mir die verlangte Karte trotzdem zu verweigern? Bemerkt sei noch, daß mir zur Erlangung einer Arbeiter-Wochenkarte der Steuerzettel dem genannten Beamten gegenüber schon einmal als Ausweis gedient hat und daß derselbe Mann bei einer anderen Gelegenheit gesagt hat: Ich kenne Sie ja schon. Selbstredend verlangte ich infolge der erwähnten Abweisung das Beschwerdebuch. Im Begriff, meine Beschwerde niederzuschreiben, kam der Stationsvorsteher und fragte mich in einem Ton, der lebhaft an die Kaserne erinnerte, was ich denn für eine Beschwerde habe. Als ich ihm sagte, er kann sich dieselbe ansehen, wenn ich sie ins Buch eingetragen habe, entgegnete er: „Na, wenn ich hier gewesen wäre, hätten Sie das Beschwerdebuch nicht erhalten; im Uebrigen machen Sie uns nur unnütze Arbeit und erreichen doch nichts."

Vielleicht ist Herr v. Thielen so gütig und instruirt den betreffenden Beamten darüber, wie er sich Arbeitern gegenüber zu verhalten hat.

Das Muster eines Kinder-Asyls, so nennt das „Berliner Tageblatt" in seiner vorgestrigen (14. November) Morgenausgabe das Moskauer Findelhaus in einem Aufsatze, der an die demnächstige Errichtung eines Kinder-Asyls für die Stadtgemeinde Berlin auf grund einer testamentarischen Aussetzung von 1¼ Mill. Mark seitens der Schmidt'schen Eheleute anknüpft.

Die Zornesröthe müssen jene, doch sicherlich nicht in pessimistischem Sinne erhaltenen Ausführungen jedem anständigen Menschen in das Gesicht treiben im Hinblick auf die Unverfrorenheit, mit der Leute vom Schlage des „Berliner Tageblattes" im vorliegenden Falle von einer „Muster-Anstalt" sprachen, „die der Beachtung der ganzen kultivirten Welt und auch Berlins, das sich anschicke, eine solche Humanitäts-Anstalt ins Leben zu rufen, durchaus würdig sein."

In der That, welche Wunder thun sich uns auf, folgen wir der Schilderung des Berliner Tageblattes!

Wir erfahren, daß die Anlagen von immenser Ausdehnung, daß die Häuser weiß gestrichen, daß das Ganze von einer zierlichen Ringmauer mit Thürmchen, Giebeln und sonstigen Verzierungen umgeben ist. Besonders hervorgehoben wird auch noch die prächtige Aussicht, die man vom Kreml aus auf das Kinder-Asyl genießt. Oh, Ihr glücklichen Findelkinder! Endlich fehlt auch der Anstalt eine griechisch-orthodoxe Kirche nicht. Proletarier, was wollt Ihr noch mehr?

Freilich kann das „Tageblatt" auch einige der Anstalt anhaftende Mängel nicht unterdrücken. Aber diese zeigen sich doch nur im Verfahren gegen die im Asyl aufzunehmenden Wöchnerinnen und Kinder selbst, sowie in der Verwaltung. Was verschlägt das im Hinblick auf die schmucken Ansicht, die diese Muster-Anstalt gewährt!

Doch folgen wir der Schilderung obiger Uebelstände vom Tageblatte selbst.

Es schreibt: „Hier (in der Abtheilung für Wöchnerinnen) tritt aber die mangelhafte Einrichtung zum Vorschein u. s. w... wonach die Wöchnerinnen nur vier Tage nach ihrer Entbindung in der Anstalt verbleiben dürfen; am fünften Tage müssen sie dieselbe verlassen, gleichviel in welcher körperlichen und gesundheitlichen Beschaffenheit sie sich auch befinden mögen. Die Statistik hat ergeben, daß nur ein verhältnißmäßig sehr geringer Theil der Mütter im Stande ist, so frühzeitig die Anstalt zu verlassen und ins Alltagsleben zurückzutreten, ohne an der Gesundheit unheilbaren Schaden zu nehmen. Der Theil sieht sich daher gezwungen, sofort zu städtischen oder Privatanstalten seine Zuflucht zu nehmen, meist aber ist schweres Unheil die Folge. Als eine fernere, sehr mangelhafte Einrichtung darf auch auch der Umstand bezeichnet werden, daß die meisten Säuglinge an bäuerliche Ammen außer dem Hause abgegeben werden. Es sind dies Bäuerinnen aus den zahlreichen Dörfern in der Umgebung Moskaus, welche das Stillen dieser unglücklichen Kinder gewerbsmäßig betreiben. An einem bestimmten Tage der Woche, meist Sonnabends, sieht man diese Bäuerinnen in ihren ländlichen, mit abgemagerten Gäulen bespannten Vehikeln durch die Thore Moskaus nach dem Erziehungshause fahren, Säuglinge zu holen, mit welchen sie bald darauf nach ihren Dörfern heimziehen. Indessen nur wenige dieser abgeführten Kinder kehren nach glücklicher Zurücklegung des Säuglingsalters zurück in das Erziehungshaus, um daselbst fortan ihre gute und bequeme Existenz als „Zöglinge" desselben zu führen. Ein großer Theil der unglücklichen Geschöpfe überdauert diese Uebersiedelung aufs Land nicht lange, und in den meisten Fällen trifft bereits nach wenigen Tagen von der bäuerlichen Amme die stereotype Meldung ein, daß der ihrer Pflege anempfohlene Säugling dieses oder jenes natürlichen Todes verstorben und daß sie zur Annahme eines anderen Säuglings bereit sei.

Auch auf die ungeheuren Unterschlagungen, die in dieser Musteranstalt an der Tagesordnung seien, kommt das Tageblatt noch zu sprechen, aber wozu noch mehr? Wir haben wohl genug gehört.

Das also ist das Bild, das jenes hervorragende Bourgeois-Blatt von dem Moskauer Findelhause entwirft, das es der Berliner Stadtgemeinde als ein Muster für das demnächst zu errichtende hinstellt. Klingt es da nicht wie Hohn, wenn das „Berliner Tageblatt" die geschilderten Uebelstände dieser „Musteranstalt" kurzweg damit abthut, selbige seien ja nicht unschwer auf gesetzlichem und rationellem Wege zu heilen! Man wäre versucht zu lachen über ein so widersinniges Geschreibsel, wenn's nicht gar zu traurig wäre, immer wieder und wieder sehen zu müssen, mit welcher Oberflächlichkeit in den tonangebenden Kreisen Humanitätsbestrebungen aufgefaßt und geübt werden. Die Proletarier Berlins danken für ein Findelhaus nach dem Moskauer-Vorbild!

Mit solcher Gesinnungs- und Anschauungsart aber dahin, wohin sie gehört — an den Schandpfahl! — Damit das Volk wisse, was es von der Humanität der Leute solchen Schlages zu erwarten hat!

Zum Chariteeboykott. Der Vorstand der Kranken- und Begräbnißkasse der Seifensieder und Berufsgenossen, E. H. Nr. 17, beschloß in seiner letzten Vorstandssitzung, sich dem Boykott der Krankenkassen gegen die königliche Charitee anzuschließen und nicht eher kranke Kassenmitglieder dem bewußten Krankenhause zu überweisen, als die in der Oeffentlichkeit besprochenen Mängel abgeholfen sind.

Die städtische Armenverwaltung erscheint in einem Inserat, das das „Berliner Tageblatt" vom 14. November bringt, in wahrhaft bengalischer Beleuchtung. Zur höheren Ehre diverser Armenvorsteher, Bezirksvorsteher und Waisenräthe wollen wir nicht verfehlen, dieses Denkmal unserer Zeiten Schande gebührend hochzustellen.

Aufruf!

Es betrifft eine arme Frau mit sechs kleinen Kindern, deren Mann und Vater vor acht Tagen gestorben ist. Er hatte einen sehr geringen Wochenverdienst und hat seinen Hinterbliebenen nichts hinterlassen, als einen ehrlichen Namen. Die Frau kann der vielen Kinder wegen nichts verdienen, die Kinder aber schreien nach Brot, und es ist dort nur Jammer und Elend. In ihrer Angst wandte sich die Frau Schwalm, Brunnenstraße 157, Hof rechts III, schon an den Armen-Vorsteher, Bezirks-Vorsteher und Waisenrath, aber Einer schickt die Frau zum Andern und Keiner nimmt sich der armen Verlassenen an, nicht einmal eine Armensuppe wurde ihr bewilligt! Der Armen-Vorsteher hat sie bis zum 1. Dezember d. J. vertröstet, obgleich er, in einer so großen Nothlage wie es hier der Fall ist, gleich hilfreiche Hand bieten kann. Die Frau ist es würdig und sehr bedürftig, denn sie ist von Allem entblößt und hat auch nicht das Nothdürftigste, um die Kinder zu sättigen und zu kleiden.

Baldige Hilfe thut noth, und Viele können Einem helfen.

Der Herr Pfarrer Berlin, Invalidenstr. 4, ist gern bereit, Gaben für Frau Schwalm in Empfang zu nehmen.

Diverse Hausbesitzer mögen sich nachstehende vom Polizeipräsidenten erlassene Bekanntmachung hinter die Ohren schreiben:

Die in letzter Zeit eingegangenen zahlreichen Klagen des Publikums über mangelhafte Beleuchtung der Treppen und Flure während der Dunkelstunden veranlassen mich, die Hausbesitzer aufs neue auf die Gefahren hinzuweisen, welche die Unterlassung der Beleuchtung bedingt.

Nach den für die Behörde maßgebenden Grundsätzen muß die Beleuchtung, welche sich auf alle jedermann zugänglichen, thatsächlich dem Verkehr dienenden Treppen und Flure zu erstrecken hat, das ganze Jahr hindurch, also ohne Unterschied der Jahreszeit, während derjenigen Stunden erfolgen, in welchen es an ausreichender Erleuchtung durch natürliches Licht mangelt, und zwar bis 10 Uhr Abends. Als ausreichend wird die Erleuchtung nur dann anzusehen sein, wenn sie ein deutliches Erkennen der betreffenden Räume ermöglicht. Verpflichtet zu der Beleuchtung und der Polizeibehörde gegenüber verantwortlich ist der Eigenthümer des Grundstücks, gleichviel, ob etwa nach dem Inhalt von Privatverträgen ein Anderer diese Verpflichtung übernommen hat.

Die Aufsichtsbeamten sind angewiesen, der Treppenbeleuchtung ihre besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden und die Abstellung wahrgenommener Mängel durch Einwirkung auf den Grundstücks-Eigenthümer herbeizuführen.

Schließlich weise ich noch darauf hin, daß die Unterlassung der Beleuchtung unter Umständen eine strafgerichtliche Ahndung zur Folge haben kann.

Verschiedene hiesige Blätter, die diese Bekanntmachung bringen, fallen über die Portiers her und zeihen diese der Lodderigkeit. Als ob diese armen Menschen dafür könnten, daß es einer Anzahl Hausbesitzer weniger auf einen Beinbruch ihrer Miether als auf die paar Mark ankommt, die im Jahr an Treppenbeleuchtung zu sparen sind.

Ermäßigung der Gaspreise. Die Stadtverordneten Deter, Bortmann und Ladewig, in Gemeinschaft mit noch 18 Stadtverordneten, haben folgenden Antrag in der Stadtverordneten-Versammlung eingebracht: „Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, daß vom 1. April 1894 ab 1. die Gaspreise für Beleuchtungszwecke von 16 auf 12 Pfennige pro Kubikmeter, für alle übrigen (gewerbliche, Heiz-, Koch- 2c. Zwecke) auf 10 Pfennige pro Kubikmeter herabgesetzt werden; 2. für die Gasmesser Miethe nicht mehr erhoben wird."

Die bei dem Brande in der Marienstraße 31 verletzten Mädchen Martha Gutschow und Marie Jahn befinden sich so gut, daß ihre Vernehmung über die Entstehung des Feuers als unmittelbar bevorstehend erachtet werden kann. Gerade auf die Aussagen dieser Zeuginnen wird viel Gewicht gelegt, weil man annimmt, daß sie sich die Verletzungen beim Ausbruch der Feuersbrunst zugezogen haben.

Bazillen im Eise. Infolge der Verseuchung der Havel mit Cholerabazillen, so schreibt man, kommen, angesichts des bevorstehenden Winters, die Eiskonsumenten in keine geringe Verlegenheit. Da die Bazillen durch die Kälte nicht vernichtet werden, so ist anzunehmen, daß sie in den Eiskellern der Schlächter, Restaurateure ꝛc. erhalten bleiben und recht viel Unheil anrichten können. In den im Havelgebiete wohnenden Kreisen der Eiskonsumenten trägt man sich deshalb mit der Absicht, in diesem Winter die Eisvorräthe aus Schweden zu beziehen.

Apothekerpreise. Ein Arbeiter schreibt uns: Für mein krankes Kind hatte der Arzt Kalkwasser verordnet. Meine Frau lief schnell mit einer Flasche nach der Apotheke, Bischingstr. 15, um für 10 Pf. dieses Medikament zu holen. In der Eile hatte sie vergessen, die Flasche zu verkorken und sie bat sich daher auf der Apotheke einen Korken aus. Nicht wenig erstaunt war sie aber, als sie auf das Markstück, das sie zum Wechseln gab, statt neunzig Pfennig nur achtzig Pfennig zurückerhielt — zehn Pfennig wurden für den Korken berechnet! Sollte der Apotheker sich wirklich bei 10 Pf. Medizin keinen Korken gratis leisten können? Vielleicht läßt der Besitzer der Apotheke sich herbei, Aufklärung darüber zu geben, ob nur ein Versehen zu Grunde liegt, oder ob er für Korken wirklich Apothekerpreise fordert.

Zum „Goldenen Sonntag". Die Minister für Handel, Inneres und Kultus weisen, wie das „Berliner Tageblatt" erfährt in einer gemeinschaftlichen Verfügung an die Regierungspräsidenten darauf hin, daß die Bestimmungen unter Nr. 2 der Ausführungsanweisung betreffs der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe die Möglichkeit bieten, den Bedürfnissen nach einer erweiterten Beschäftigungszeit am 24. und 31. Dezember dieses Jahres gerecht zu werden; unter keinen Umständen wird jedoch die Ausdehnung der Geschäftsstunden über 7 Uhr Nachmittags zugelassen.

In Sachen des Rechtsanwalts Dr. Moll hatte die fünfte Strafkammer des Landgerichts I f. Z. beschlossen, die vom Rechtsanwalt Dr. Sello zur Herbeiführung des Wiederaufnahmeverfahrens angebotenen neuen Beweise theilweise zu erheben. Diese Beweiserhebung hat stattgefunden und auf grund des Ergebnisses derselben hat, wie wir hören, die fünfte Strafkammer nunmehr die Eröffnung eines neuen Hauptverfahrens beschlossen. Die sensationelle Meineidssache wird daher noch einmal das Schwurgericht beschäftigen.

Hinter dem Bankier Paul Polke, welcher, wie wir mittheilten, zu der gegen ihn anberaumten neuen Verhandlung nicht gekommen ist, sondern aus Paris einen Brief einschickte, man möge ohne ihn verhandeln, erläßt der Erste Staatsanwalt am Landgericht I einen Steckbrief.

Beim Besteigen eines Pferdebahnwagens kam eine Dame am Donnerstag Vormittag in der Frankfurter Allee so unglücklich zu Fall, daß sie einen Beinbruch erlitt.

Verbrechen oder Unglücksfall? In der letzten Nacht gegen 11½ Uhr bemerkte der städtische Nachtwächter Dumann in der Hausthürnische, Memelerstr. 2, einen Mann, der aus der Nase blutete. Neben ihm lag eine Eisenbahn-Dienstmütze. Als der Beamte den Unbekannten aufrütteln wollte, bemerkte er, daß er einen Leichnam vor sich hatte. In dem Todten ist später der 46 Jahre alte Maschinenputzer Rudolf Jäckel erkannt worden, der in der Frankfurter Allee 107, also nahe an dem Fundort der Leiche, wohnte. Die vorläufige Besichtigung des Todten hat ergeben, daß das Nasenbein zerschmettert war; weitere Verwundungen sind äußerlich nicht wahrzunehmen. Der Wächter will nun in Jäckel einen Mann wieder erkennen, der ihm nicht lange vor Auffindung der Leiche in taumelndem Zustande begegnet sei. Dumann meinte daher, daß Jäckel betrunken gewesen sei und sich durch einen Fall die Verletzung zugezogen habe. Da aber ein zerquetschtes Nasenbein nicht ohne weiteres den sofortigen Tod nach sich zieht, so dürften noch andere Ursachen mitgewirkt haben, die noch nicht haben aufgeklärt werden können. Die Leiche ist durch das 52. Polizeirevier mit Beschlag belegt und eine gerichtsärztliche Oeffnung dürfte die Sache erst völlig klären können.

Polizeibericht. Am 15. d. M. Morgens wurde im Thiergarten in der Nähe des Schlosses Bellevue eine etwa 50 Jahre alte Frau erhängt vorgefunden. — Auf dem Georgenkirchhofe wurde Vormittags die Leiche eines neugeborenen Kindes aufgefunden. — Nachmittags vergiftete sich eine Frau in ihrer Wohnung in der Veteranenstraße mittels Schweinfurter Grüns. — Im Thiergarten bei der Luisen-Insel versuchte ein Schneider sich zu erhängen. Er wurde noch rechtzeitig bemerkt und abgeschnitten. — Auf dem Nordbahnhofe wurde Abends ein Arbeiter beim Verladen von Dünger von zwei Kutschern mit Mistgabeln geschlagen und am Kopfe so schwer verletzt, daß seine Ueberführung nach der Charitee erforderlich wurde. — An der Ecke des Grünen Weges und der Andreasstraße fiel ein Kellner, als er einem Pferdebahnwagen nachlief, zur Erde und erlitt einen Bruch des Oberschenkels. — In der Nacht zum 16. d. M. wurde vor der Thür des Hauses Memelerstr. 2 die Leiche eines etwa 44jährigen Mannes mit zerschmettertem Nasenbein aufgefunden. Der Tod ist anscheinend durch ein Fall herbeigeführt worden. — Am 16. d. M. Morgens entstand in der Wohnung einer Frau, Koppenstr. 97, dadurch ein kleiner Brand, daß sie einen brennenden Spirituskocher umwarf. Bei den Versuchen, das Feuer zu ersticken, erlitt die Frau so bedeutende Brandwunden, daß sie nach dem Krankenhause am Friedrichshain gebracht werden mußte. — Am 15. d. M. fanden vier kleine Brände statt.

Der deutsche Kaiser hielt bei der am Donnerstag eine Viertelstunde vor Eröffnung des Reichstags erfolgten Formalität der Rekrutenvereidigung folgende Anrede an die neueingestellten Soldaten:

„Ihr habt soeben vor Gottes Antlitz mir Treue geschworen und seid hierdurch in demselben Augenblick meine Soldaten und meine Kameraden geworden. Ihr habt die Ehre, zu meiner Garde zu gehören und in und um meinem Wohnort, meiner Hauptstadt zu stehen. Ihr seid berufen, mich in erster Linie vor dem äußeren und inneren Feind zu schützen: seid treu und vergißt nicht, daß Euere Ehre die meinige ist."

Gerichts-Zeitung.

Gewerbegericht. Kammer V. Vorsitzender: Assessor Leo. Sitzung vom 15. November. Der Klempner Pilz klagt gegen Herrn Schulz auf Zahlung von 109,60 M., behauptend, für 11 Badeöfen nach französischem Muster 2,75 M. zu bekommen zu haben, da ein Akkordpreis von 25 M. pro Stück vereinbart worden sei; er hätte aber 109 M. weniger erhalten. Der Beklagte wendet ein, die Oefen seien überhaupt nicht in Akkord gegeben worden, sondern Kläger hätte sie auf Lohn" (45 P. pro Stunde) machen sollen. Die Klagesumme sei die Differenz zwischen der Lohn- und der behaupteten Akkordarbeit. Der Werkführer Fillenberg, ein konfuser Mensch, antwortet fortwährend auf die Frage des Vorsitzenden, ob die Arbeit Lohn- oder Akkordarbeit gewesen sei: „Die Oefen sind in Akkord gegeben worden, für 45 Pfennig die Stunde". Kläger wird mangels eines Beweises seiner Behauptung, in Akkord zu dem angegebenen Preise gearbeitet zu haben, abgewiesen. . . .

Der Mechaniker Mann verlangt von Groß u. Graf 74,70 M. als Rest eines Akkords, den fertig zu machen er durch seine Entlassung verhindert wurde. Der Vertreter der beklagten Firma hält sich zu der sofortigen Entlassung berechtigt. Der Kläger habe sich während der Arbeitszeit, er hatte Nachtschicht, in die Kneipe begeben und sei erst nach einer halben Stunde wiedergekommen. Weil er angeseuselt gewesen, habe er ihn und einige andere Arbeiter entlassen. Der Kläger wird abgewiesen wegen unbefugten Verlassens der Arbeit, nachdem der Assessor vergeblich einen Vergleich angestrebt hat.

Der Erste Mai. Der Zigarrenarbeiter Mohaupt und fünfzehn andere Arbeiter aus Oranienburg standen am Donnerstag vor der ersten Strafkammer am Landgericht II. Am 1. Mai dieses Jahres hatte Mohaupt seine mitangeklagten Freunde in das Lokal des Gastwirths Lücke geladen, um mit ihm die am 8. April erfolgte Geburt seines jüngsten Kindes zu feiern. Er hatte zu diesem Zweck vom Wirthe eines der Gastzimmer gemiethet und dafür eine Mark Miethe bezahlt. Um 11 Uhr Abends kam ein Gendarm in das Lokal und gebot Feierabend. Diesem Gebote leistete Mohaupt mit seinen Freunden keine Folge, weil er, wie gesagt, das betreffende Zimmer für eine Privatfestlichkeit gemiethet hatte. Trotzdem erhielten sämmtliche Theilnehmer ein polizeiliches Strafmandat wegen Uebertretung des § 365 I des Strafgesetzbuchs, wogegen sie Widerspruch erhoben und gerichtliche Entscheidung beantragten. Das Schöffengericht in Oranienburg erkannte auf Freisprechung sämmtlicher Angeklagten, weil der angezogene Strafparagraph auf Privatfestlichkeiten nicht zutreffe. Die Staatsanwaltschaft legte Berufung ein. Die Angeklagten blieben auch heute dabei, eine Privatfestlichkeit begangen zu haben, bei welcher der Gendarm keine Berechtigung hatte, Feierabend zu gebieten. Dagegen motivirte der Staatsanwalt seine Berufung damit, daß für eine derartige Zusammenkunft die polizeiliche Genehmigung nachgesucht werden mußte, da dieselbe in einem öffentlichen, der Polizeistunde unterworfenen Lokale stattfand. Der Gendarm meinte, daß es sich lediglich um eine Feier des 1. Mai gehandelt habe und die Geburtstagsfeier nur vorgeschoben worden sei. Der Gerichtshof stellte sich auf den Standpunkt der Staatsanwaltschaft und verurtheilte jeden der Angeklagten zu 3 Mark Geldstrafe oder je einen Tag Haft. Die Angeklagten kündigten sofort die Revision an.

Von den vielen verhafteten Schaffnern der Stettiner Bahn wurden gestern die beiden ersten, die Schaffner Karl Wolter und Gustav Wermuth von der neunten Strafkammer des Landgerichts I unter dem Vorsitz des Landgerichts-Direktors Hoppe abgeurtheilt. Die beiden Angeschuldigten gaben den Inhalt der Anklage unumwunden zu. Am 22. September d. J. stand der Personenzug in Stralsund zur Abfahrt nach Berlin bereit, als sich an den Schaffner Wolter ein Mann in der Kleidung eines Viehhändlers wandte und ihn mit gedämpfter Stimme fragte, ob er einen Wagen 3. Klasse nach Berlin begleite und ob ein Kontrolleur sich im Zuge befinde. Wolter verstand den Mann, er verneinte beide Fragen, rief aber seinen in der Nähe stehenden Kollegen Wermuth herbei, den er fragte, ob er nicht ein Billet 3. Klasse nach Berlin habe. Wermuth holte ein Billet hervor, das er dem Fremden übergab, der dafür ein Trinkgeld von 5 Mark zahlte, welches die beiden Schaffner unter sich theilten. Der Fahrgast, dem nun ein Platz angewiesen wurde, war der Kriminalkommissar Zillmann, der dem Schaffner eine Falle gestellt hatte. Das ihm eingehändigte Billet lautete auf die Strecke Lauterbach-Berlin, war als Rückfahrtsbillet in Berlin gelöst und hatte bis zum 25. September Giltigkeit. Es war aber bereits zweimal durchlocht, der Inhaber mußte also die Hin- und Rückfahrt bereits zurückgelegt haben. Als der Zug in Berlin eingelaufen war, wurden die beiden Schaffner verhaftet. Der Angeschuldigte Wermuth gab an, daß er das Billet in einem Waarenabtheil dritter Klasse gefunden habe, es müsse von dem Schaffner, der es für die Rückfahrt durchlochte, oder von dem Zugführer verloren worden sein. Er habe versäumt, dasselbe, wie es seine Pflicht war, abzugeben und es unglücklicher Weise noch bei sich gehabt, als sein Kollege ihn in Stralsund nach einem Billet nach Berlin fragte.

Der Staatsanwalt ließ es dahingestellt bleiben, ob diese nicht zu widerlegenden Angaben des Angeklagten Wermuth auf Wahrheit beruhten, beide Angeklagte seien gleich schuldig und er beantrage gegen sie je sieben Monate Gefängniß. Der Vertheidiger, Rechtsanwalt Hölck, wies auf die bisherige tadellose Führung der Angeklagten, auf ihr kärgliches Gehalt und darauf hin, daß sie doch eigentlich nur in eine ihnen gestellte Falle gegangen und der Verführung erlegen seien. Das Gericht verurtheilte die Angeklagten zu je vier Monaten Gefängniß, sprach ihnen die Befähigung, ein öffentliches Amt zu bekleiden, auf die Dauer eines Jahres ab und verfügte die Einziehung der zur Bestechung verwendeten 5 M.

Ein Nachspiel zu dem jüngsten großen Spieler- und Wucherprozeß spielt sich, wie bereits mitgetheilt, vor dem Landgericht zu Hannover mit dem 15. d. Mts. ab. Wegen Wuchers und Beihilfe zum Wucher sind angeklagt: die bislang unbestraften Frau Gohl (58 Jahre, evangelisch), Wittwe Schweitzer (48 Jahre, lutherisch), Agent Hirsch (50 Jahre, mosaisch), Rentier Krain (58 Jahre, mosaisch). Ein Theil der Angeklagten soll der inzwischen verstorbenen Frau Lehmann-Unger bei Bewucherung von Leuten, zumeist Offizieren, Beihilfen geleistet haben. Die Verhandlungen ergaben bislang nicht sonderlich Belastendes gegen die Angeklagten, warfen aber ein interessantes Bild auf den Verkehr und das Geldmachen der Zeugen — zumeist Offiziere. Zu denen, die Beträge von 1000, 2000, 8000, 15 000 Mark gegen Wechsel von den oder durch die Angeklagten geliehen haben, ein erheblicher Theil der Darlehen ist noch unbeglichen — gehören Lieutenant von Pieschel, Lieutenant von Lüttichen, Hauptmann von Block, Kaufmann Schleier, Lieutenant von Manteuffel, v. Weittritz, Prinz von Weimar, Lieutenant v. Stephan, Sohn des Generalpostmeisters von Stephan, Freiherr v. Wechmer, Lieutenant v. Uechtritz-Steinkirch, der vom Kommando gehört zu haben bekundet unter anderem, daß man bei Frau Schweitzer Geld erhalten könne. Aus der Bekundung des Premierlieutenant a. D. von Luttichon geht u. a. hervor, daß er in Konkurs gerathen, bei dem schwerlich mehr als 2—3 pCt. für seine Gläubiger herauskommen werden: v. Luttichon ist Besitzer von zwei für die Gläubiger unangreifbaren Majoraten und Fideikommissen mit einer Jahresrevenue von 20 bis 30000 M. Die diesen armen, ach so nothleidenden Herren gütige Geldfrau scheint im Wesentlichen die verstorbene Frau Lehmann-Unger gewesen zu sein. Diese vermittelte nun Geldgeschäfte, Heirathspartieen und Pferdeverkäufe. Ihre Kundschaft bestand vom Stande der Zeugen, die sie nach jeder Richtung hin zu „versorgen" und zu rupfen bestrebt gewesen zu sein scheint. Eine der Angeklagten, Frau Gehl, weist darauf hin, daß sie ein Chambregarni von 23 bei ihr wohnenden vornehmen Herren, die monatlich 150—200 M. Miethe zahlten, betrieben habe. Darüber, was wohl die Herren in dem so auffallend theuren Cambregarni getrieben haben, verbreitet die Verhandlung kein Licht. Daß einer der Zeugen das erhaltene Geld zu nützlichen Zwecken verwendet habe, ergeben bislang ebenso wenig die Verhandlungen, deren Ende wohl zum Sonnabend zu erwarten sind.

Vermischtes.

In Marseille ist am Mittwoch Abend vor dem Hause des Kommandeurs des XV. Armeekorps ein Bombenattentat verübt worden. Ueber das Ereigniß berichtet das Wolff'sche Telegraphenbureau folgende Einzelheiten: Die Bombe, eine etwa 30 Zentimeter hohe wahrscheinlich mit Dynamit gefüllte Blechbüchse, deren Deckel aufgefunden wurde, ist innerhalb des in die Mauer eingebauten Schilderhauses niedergelegt gewesen. Dicht daran stößt der Raum, in dem sich die Ordonnanzen des Generals während des Tages aufzuhalten pflegen. Um 11 Uhr 50 Minuten erfolgte eine furchtbare Explosion, durch welche die Mauer durchbrochen, die Trümmer in den Wachsaal geschleudert und dort Alles untereinander geworfen wurde. Keiner der im Saale Befindlichen erlitt eine Verletzung. Fenster- und Spiegelscheiben im Hause und in der Nachbarschaft zersprangen. Ein gegenüberliegendes Mädchenpensionat und die Bureaus der Steuerbehörde haben besonders stark gelitten. Die Behörden erschienen sofort am Platze und leiteten die Untersuchung ein, welche die ganze Nacht fortgesetzt wurde. — Der Kommandeur des 15. Armeekorps, General Baulgrenant, befindet sich zur Zeit in Paris. Da deshalb eine Schildwache vor dem Divisionsgebäude nicht aufgestellt war, so ermöglichte dies dem Verbrecher, ungestört seine Vorbereitung zu treffen. Die durch die Explosion hervorgerufene Detonation wurde bis auf 1 Kilometer vernommen und verursachte eine starke Erregung in der Bevölkerung, die in Schaaren nach dem Thatorte hinströmte. Die Polizei ist einem Individuum auf der Spur, welches ¼ Stunde vor der Katastrophe in dem Thorwege des Divisionsgebäudes stehend gesehen worden ist. Die gesammte Polizei befindet sich in Thätigkeit; während des Vormittags wurden bei einigen 60 französischen und fremden Anarchisten Haussuchungen vorgenommen, ohne daß bisher Verhaftungen erfolgt wären. Wie die Untersuchung ergab, bestand der Explosivstoff in der Büchse aus Nitronaphtalin.

Versammlungen.

Sozialdemokratischer Agitationsklub für den Osten Berlins. Große öffentliche Versammlung für Frauen und Männer am Sonntag, den 19. November, Abends 6½ Uhr, im Lokale Freischütz, Fruchtstr. 36a. Vortrag des Genossen Dr. Flun über: Alte und neue Moral.

Verein Berliner Schirmmacher. Sitzung am Sonnabend, den 18. November, Abends 9 Uhr, im Restaurant Fritschmann, Jüdenstr. 58.

Arbeiter-Bildungsschule. Freitag, Abends von 8½—10½ Uhr: Nord-Schule, Müllerstraße 176a: Unterricht in Gesundheitslehre und Buchführung. Ost-Schule, Markusstr. 51: Unterricht in Geschichte (alte). Süd-Ost-Schule: Reichenbergerstraße 133. Unterricht in Gesetzeskunde und Buchführung.

Bei allen Unterrichtsfächern können noch Schüler und Schülerinnen, auch jetzt im Laufe des Semesters, eintreten.

Lese- und Diskutirklubs. Freitag. Karl Marx, Abends 8½ Uhr, bei Gruber, Marienburgerstr. 8. — Westen, bei H. Werner, Bülowstr. 60. — Lese- und Diskutirklub Otto Reimer, Abends 8½ Uhr, Wilhelmshavenerstraße 24 bei Kuba. — Diskutirklub August Geib Abends 8½ Uhr im Restaurant Zubeil.

Depeschen.

Paris, 16. November. Anläßlich des in Marseille stattgehabten Attentats verlangen die Blätter das energischeste Vorgehen gegen die Anarchisten. Die „Liberté" behauptet, daß in Frankreich 2000 ausländische, der Sicherheitsbehörde bekannte Anarchisten leben, und fordert die sofortige Ausweisung derselben.

Marseille, 16. November. Infolge der Untersuchung bezüglich der gestrigen Explosion sind neun Ausländer verhaftet worden. Die Untersuchung soll ergeben haben, daß nur eine Zeit von 2 Minuten zur Niederlegung der Bombe nöthig war. Man glaubt, daß der Explosivstoff sich in einer Konservenbüchse von Blech befunden habe.

(Depeschen des Bureau Herold.)

Mannheim, 16. November. Die „Süddeutsche Tabakszeitung" kann gegenüber der Behauptung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung", daß die Reichsregierung einen Minderkonsum von 30 Prozent und Arbeiterentlassungen in gleicher Höhe nicht rechne, zur Tabak-Fabrikatssteuer folgendes konstatiren: In der Begründung der ersten Vorlage, welche im Sommer den Sachverständigen vorgelegt, war ein Minderkonsum von 20 Prozent von der preußischen Regierung in der Begründung in Rechnung gezogen worden. Da jene Vorlage die billigen Zigarren (Fünfpfennig-Zigarren) nur mit 8 M. belasten wollte, während der jetzige Entwurf 12 Mark vorsieht, so ist ein weiterer Konsumrückgang um 10 pCt., insgesammt also von 30 pCt., in Betracht zu ziehen. Die Minister haben noch bei den Berliner Konferenzen 30 000 Arbeiterentlassungen als natürlich zugestanden, während von sachverständiger Seite 50—60 000 als unbedingt zweifellos bezeichnet werden.

Wien, 16. November. Der Ausschuß zur Berathung über die Ausnahmeverordnungen tritt sofort nach der Eröffnung des Reichsrathes wieder zusammen, um seine Sitzungen aufzunehmen. Wie verlautet, werden die Ausnahmeverordnungen die Billigung des Ausschusses erhalten und auch vom Hause angenommen werden. Trotzdem wird versichert, daß die Regierung die Absicht habe, den Ausnahmezustand bald aufzuheben.

London, 16. November. In einem dem Newgate-Gefängniß vis-à-vis liegenden Hause brach Feuer aus, welches alsbald viele Nachbargebäude in Mitleidenschaft zog. In der Hauptsache befanden sich in diesen großen Waarenlager, theilweise Fabriken, dieselben wurden gänzlich eingeäschert. Nur dem besonders energischen Vorgehen der Feuerwehr gelang es, das ebenfalls in Gefahr befindliche Gefängniß vor der Zerstörung durch das Feuer zu bewahren. Der entstandene Schaden ist noch nicht zu übersehen, derselbe dürfte aber von sehr bedeutender Höhe sein.

Achtung! Stralau. Achtung!
Sonntag, den 19. November, Nachmittags 12½ Uhr:
Oeffentliche
sozialdemokrat. Partei-Versammlung
im Saale der Gräfl. Reischach'schen Brauerei.
Tagesordnung: 1. Berichterstattung vom Parteitag in Köln. Referent Genosse **Reinhardt-Weißensee.** 2. Diskussion. 3. Bericht der Vertrauensperson. 4. Wahl der Vertrauensperson. 5. Wahl der Lokalkommission.
Um zahlreiches Erscheinen der Genossen und Genossinnen ersucht
339/8 **Die Vertrauensperson.**

Restaurant „Zur Gleichheit",
Andreasstr. 26.
Jeden Sonnabend und Sonntag: **Familienkränzchen,** verb. m. ernsten und heiteren Vorträgen. Saal f. Versamml., Vereine u. Festlichkeit. jed. Art, nebst verd. Kegelbahn, noch einige Tage frei. Jeden Sonnabend u. Sonntag: Gänse-Ausschieben. 40 in- und ausländische Zeitungen liegen aus in
F. Wilke's Restaurant
„Zur Gleichheit", Andreasstr. 26.

Verein der Einsetzer (Tischler) Berlins und Umgegend.
Sonntag, den 19. November, Vormittags 10½ Uhr, im Lokale des Herrn Röllig, Neue Friedrichstr. 44:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn **G. Näther** über: „Gewerkschaftsbewegung und Sozialdemokratie". 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Billets zum Stiftungsfest sind bei sämmtlichen Vorstandsmitgliedern zu haben. — Die Mitglieder werden auf § 5 Abs. 1 aufmerksam gemacht. — Der Arbeitsnachweis ist von Abends 8—9 Uhr und Sonntag Vormittags von 10—12 Uhr geöffnet. [145/18] **Der Vorstand.**

Vereinigung der Maler, Lackirer und Anstreicher.

Kombinirte Mitglieder-Versammlung

sämmtlicher Filialen Berlins

Dienstag, den 21. d. M., Abends 8 Uhr, bei **Deigmüller**, Alte Jakobstr. 48a.

Tagesordnung: 1. Wahl eines Beisitzers zum Hauptvorstand. 2. Fortsetzung der Diskussion in der Statutenberathung. 4. Wahl der Delegirten zur Generalversammlung. 212/4

Der Einberufer.

Spandau.

Sonnabend, den 18. November ds. Js., Abends 8 Uhr, im Saale der Spandauer Berg-Brauerei:

Sozialdemokrat. Volks-Versammlung für Frauen und Männer.

Tagesordnung: 1. Vortrag der Frau **Rohrlack-Düsseldorf** über: „Die Frauen und der Sozialismus". 2. Jahresbericht der Vertrauensperson. 3. Neuwahl der Vertrauensperson. 4. Verschiedenes. 1327

Um zahlreichen Besuch, besonders der Frauen, bittet

Die Vertrauensperson.

Zentralverband der Maurer Deutschlands.

Zahlstelle Berlin I (Putzer).

Sonntag, den 19. November, Abends 6 Uhr, im Lokale des Herrn Kuhlmey, Schönhauser Allee 28:

Versammlung mit Frauen.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Herrn **Dr. Joël** über: „Die Frau in geschichtlicher und wissenschaftlicher Beurtheilung." — Nachdem:

Gemüthliches Beisammensein und Tanz. 249/5

Gäste, durch Mitglieder eingeführt, haben Zutrit. **Der Bevollmächtigte.**

Arbeiterverein für Pankow und Umgegend.

Sonnabend, den 18. November, Abends 8½ Uhr, im Lokale des Herrn Sello in Pankow, Berlinerstraße Nr. 27:

Große Versammlung.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Genossen **Theodor v. Wächter** über: „Der Darwinismus als Beweis für den Sozialismus." 2. Vereinsmittheilungen.

Gäste willkommen. Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht [94/1] **Der Vorstand.**

Landsmannschaft der Schleswig-Holsteiner in Berlin.

Sonnabend, den 18. November 1893, in Th. Golz' Festsälen (Parterre-Saal), Alte Jakobstraße 75: 108b

Großes Herbst-Vergnügen

(Vorträge — Theater — Tanz).

Musik von Mitgliedern der Freien Vereinigung der Zivil-Berufsmusiker.

Billets für Herren **50 Pf.**, Damen **30 Pf.** bei **W. Hinz**, Dresdenerstraße 48 III, sowie in den Restaurants von **H. Sass**, Markgrafenstr. 102 und **W. Voss**, Holzmarktstr. 61. Landsleute sowie Gäste willkommen.

Anfang 8½ Uhr. **Der Vorstand.**

Verein schlesischer Sozialdemokraten.

Sonntag, den 19. November, Vorm. 10 Uhr, im Lokale des Herrn Th. Golz, Alte Jakob-Straße Nr. 75:

General-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Die Landsmannschaftsvereine und der Parteitag in Köln. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 282/8

Um zahlreiches Erscheinen bittet **Der Vorstand.**

Schöneberg.

Freie Vereinigung der Bau- und gewerblichen Hilfsarbeiter Schönebergs und Umgegend.

Sonntag, den 19. November, Nachm. 1½ Uhr, in Jacob's Salon, Grunewaldstraße Nr. 110:

Mitglieder-Versammlung.

Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht

121/15 **Der Vorstand.** J. A.: **R. Klinge.**

Soeben ist erschienen und durch alle Partei-Buchhandlungen und Kolporteure zu beziehen:

Sammlung sozialistischer Jugendschriften.

Hans Röders Abenteuer.

Von Theobald Werra.

32 Seiten mit **15** vorzüglichen Illustrationen.

Preis 10 Pfennig.

Wiederverkäufer erhalten hohen Rabatt.

Diese überaus fesselnde und spannende Erzählung ist eine der schönsten Weihnachtsgaben für das Kind des Arbeiters und gehört mit zu den ersten literarischen Erzeugnissen, welche den häufig geäußerten Wünschen der Parteigenossen nach einer sozialistischen Jugend-Literatur Rechnung trägt.

5157L **Ernst Wiest, Verlagsbuchhandlung, Leipzig.**

Zahnärztliche Poliklinik Kottbuserstr. 2 (Kottbuser Thor).

Wochentags 1—3 Uhr.

Vollständig **schmerzlose** Operationen im Munde werden in **Narkose** unter Leitung **zweier Aerzte** ausgeführt. Lachgas-, Chloroform- 2c. Narkosen 2 M.

5153L **Künstliche Zähne. — Plomben 1 Mk.**

Metzner's Korbwaaren-Fabrik,

Berlin, Andreasstr. 23, Hof part., vis-à-vis d. Andreasplatz

Kinderwagen, größtes Lager Berlins. **Musterbücher gratis. Theilzahlung gestattet. 500 Mark** zahle ich Jedem, der mir nachweist, daß ich nicht das **größte Kinderwagen-Lager Berlins** habe. **F. Metzner.**

Jamaica-Rum,

echt u. fag. Literflasche **1,10, 1,60, 2,10,** bei 5 Flaschen **10 Pf.** billiger.

441M **Eugen Neumann & Co.,**

6a Belle-Alliancenplatz 6a. 81 Neue Friedrichstr. 81. 8 Oranienstr. 8.

Mitglieder-Versammlung der Holz- und Bretterträger

Berlins und Umgegend

am Sonntag, den 19. November, Vorm. 10 Uhr, im Märkischen Hof, Admiral-Straße Nr. 18c.

Tagesordnung: 1. Berichterstattung des Gewerbegerichtsbeisitzer Gottlieb Müller. 2. Vereinsangelegenheiten. 3. Aufnahme neuer Mitglieder und Verschiedenes.

Die Mitgliedskarten zum Maskenball werden in der Versammlung ausgegeben. Es ist Pflicht eines jeden Kollegen zu erscheinen.

Gäste haben Zutritt. **Der Vorstand.** J. A.: **P. Karnal.**

Achtung, Zimmerer!

Sonntag, den 19. November, Vormittags 10 Uhr, bei Norbert, Beuthstraße 22, 1 Tr.:

Versammlung des Vereins der Zimmerer Berlins und Umgegend.

Tages-Ordnung: 1. Gewerkschaftliches und Vereinsangelegenheiten. 2. Vortrag über: „Das moderne Raubritterthum". Referent Genosse **A. Hoffmann** (früher in Zeitz). — Zutritt hat jeder Zimmerer. Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht 428/6

Der Vorstand.

Orts-Krankenkasse der Tischler und Pianoforte-Arbeiter zu Berlin.

Versammlung der Delegirten der Arbeitnehmer

am Sonntag, den 19. November, Vormittags 9½ Uhr, im Lokale des Herrn Joël, Andreasstraße Nr. 21.

Tages-Ordnung: Vorbesprechung der einzelnen Punkte der Tagesordnung zu der am 23. d. M. stattfindenden Generalversammlung.

Kassenmitglieder haben Zutritt.

319/10 J. A.: **A. Hess.**

Achtung, Maurer!

Am Sonntag, den 19. November, Vormittags 10½ Uhr, im Lokal des Herrn Golz, Alte Jakobstr. 75:

Mitglieder-Versammlung

des Zentralverbandes deutsch. Maurer (Zahlstelle Berlin II)

Tagesordnung:

1. Vortrag des Genossen **Antrick.** 2. Diskussion. 3. Abrechnung vom 3. Quartal. 4. Gewerkschaftliches.

Gäste haben Zutritt. Neue Mitglieder werden aufgenommen.

295/3 **Die örtliche Verwaltung.**

Als Bandagist empfiehlt sich zur Anfertigung von Bruchbändern, Suspensorien, Leibbinden, Apparaten für Fuß- und Rückgratverkrümmung, Gradehaltern, künstl. Gliedmaßen als Arme, Beine 2c. unter Garantie zu billigsten Preisen. 4549L*

Aug. Reiche, Lieferant für Orts- und Hilfs-Krankenkassen, **Seydelstr. 15.**

Cöpenick. 104/16

Den Mitgliedern des Sozialdemokratischen Arbeitervereins zur Nachricht, daß die nächste Vereinsversammlung nicht am Dienstag, den 21. d. M., sondern am 5. Dezember im Lokale des Herrn Ludwig, Marienstraße, stattfindet, da für Mittwoch, den 22. d. M., eine öffentliche Volksversammlung in Aussicht steht. **Der Vorstand.**

Orts-Krankenkasse der Stellmacher.

Sonntag, den 26. November, Vorm. 10 Uhr:

Ordentl. Generalversammlung im Lokale des Herrn **Meissner, Linienstraße 142/143.**

Tagesordnung: 1. Ergänzungswahl des Vorstandes. a) Arbeitnehmer. b) Arbeitgeber. 2. Wahl von drei Revisoren zur Abnahme der Rechnung des Vorjahres. 3. Beschlußfassung über eine Erweiterung der Fürsorge für geschlechtlich erkrankte Kassenmitglieder. 4. Antrag des Vorstandes: Wiederaufnahme des § 67. 5. Kassenangelegenheiten. 285/12

Der Vorstand.
Wilhelm Schwarz, Vorsitzender.

Als anerkannt reelle und thatsächlich **billigste Einkaufsquelle** des **Süd-Ostens** für

Gold-, Silber-, Alfénidewaaren (Eig. Fabr.) **goldene u. silberne Uhren** empfiehlt sich

H. Gottschalk,

Goldarbeiter und Uhrmacher,

37 Admiral-Straße 37

Sophastoff-Reste

in Rips, Damast, Crêpe, Fantasie, Gobelin, Plüsch und bunten Mocquets spottbillig! Proben franko! 5150L*

Emil Lefèvre, Berlin S., Oranienstraße 158.

Central-Fleisch-Halle

Detailverkauf zu Engros-Viehhofspreisen: Rindfleisch 50—60 Pf., Kalbfleisch 50—60 Pf., Schweinefleisch 55 bis 60 Pf., Hammelfleisch 45—55 Pf.

Holzmarktstraße 19, Ecke Michaelkirch-Brücke.

Bücher-Ankauf

Meyer's u. Brockhaus Lexika, Brehm's Thierleben und andere Werke kauft **Antiquariat Hochstraße Nr. 56 I.**

Genossen und Freunden empfehle ich meinen Kalb- u. Hammelfleisch-Verkauf. **Kalb à Pfd. 40—50 Pf., Hammel 35—40.** Frau **J. Schulze,** Markthallen-Stand 15, Eisenbahnstr. 1785

Roh-Tabak

A. Goldschmidt, 4435L*

am hiesigen Platze wie bekannt **grösste Auswahl!**

Garantie für sicheren Brand.

Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämmtliche im Handel befindl. Rohtabake sind am Lager.

A. Goldschmidt,

Oranienburgerstr. 2.

Reell! Pelzwaaren Billig!

Einzel-Verkauf zu Engros-Preisen 5145L*

direkt in der Fabrik von **Goebel & Reinecke, Stallschreiber-Strasse 50/51,** 1 Treppe, Ecke Alexandrinen-Straße.

Bestellungen und Reparaturen billig

!! Roh-Tabak !!

Sämmtl. in- u. ausländischen Sorten, **gute Qualität, tadelloser Brand,** in **billigster Preislage,** empfiehlt

Heinr. Franck, Rohtabak-Handlung

Brunnenstr. 185.

Sophastoff-Reste.

Teppiche m. Farbenfehlern.

Gardinen von 30 Pf. per Meter an.

Läuferstoffe, Tischdecken, Pferdedecken von 2,— M. an offerirt

G. Littmann, 5096L

Landsbergerstr. 97, part. rechts.

Thüringer Wurst-Stube, Dresdenerstr. 5.

Sonntag, von 11 Uhr ab Schweineknöchel in Merrettigsauce und thür. Kartoffelklöße. 2006

O. Beck aus Cölleda i. Th.

Strickgarne, Strumpfwaaren, Handschuhe, gestrickte Westen von 2,50 M. an, Unterjacken, Normalhemden, Unterbeinkleider, Cravatten, Kragen, Manschetten, Wäsche aller Art, Gardinen, Teppiche, Bett-Vorleger, Bettdecken, wollene Schlafdecken etc.

Gummischuhe.

Carl Braun, Berlin S.,

Kottbuser Damm 5.

Bitte genau auf die Firma zu achten.

Bitte lesen Sie!

Jedem Genossen, der seinen Bedarf an

Winter-Paletots,

sowie Anzügen, einzelnen Röcken, Jaquets, Hosen, Westen u. s. w., ferner Stiefeln, Hüte, Wäsche, **Betten,** gold. und silberne Herren- u. Damen-Uhren, **Waschkessel,** Reise- und Holzkoffer u. s. w. billig und gut kaufen will, empfehle mein bekanntes reichhaltiges Lager in Alt und Neu, auch werden verfallene Pfänder verkauft.

A. Wergien, Schneidermstr.

und Partiewaarenhändler,

127 Skalitzer-Straße 127

Bestellungen nach Maaß werden billig und gut ausgeführt.

Bitte **recht genau** auf Namen und Hausnummer zu achten.

Rechtsbureau des Königlichen Amtsrichters a. D. Alte Jakobstraße 130. Gewissenhafter Rath in allen Angelegenheiten. Unbemittelten unentgeltlich. Auch Sonntags. 4922L*

Zum Prophet

Grösstes Konfektionshaus Deutschlands.

1. Et. **Am Dönhoffsplatz.** 1. Et.

Ecke Leipziger- u. Kommandantenstr.

Um zu räumen

Winter-Paletot	von	9	M. an
Winter-Paletot	„	13	„ „
Winter-Paletot hochf.	„	20	„ „
Sack-Paletot	„	16	„ „
Schuwaloff-Paletot	„	21	„ „
Cheviot-Anzug	„	9	„ „
Cheviot-Anzug	„	13	„ „
Diagonal-Anzug	„	15	„ „
Velour-Anzug	„	18	„ „
Satin-Anzug	„	20	„ „
Kammgarn-Anzug	„	17	„ „
Kammgarn-Anzug	„	25	„ „
Salon-Anzug	„	27	„ „
Gehrock-Anzug	„	30	„ „
Reise-Mantel	„	10	„ „
Kaiser-Mantel	„	9	„ „
Pelerinen-Ulster	„	13	„ „
Hohenzollern-Mantel	„	23	„ „
Bureau-Joppe	„	3	„ „
Haus-Joppe	„	4	„ „
Loden-Joppe	„	7	„ „
Jagd-Joppe	„	8	„ „
Double-Schlafrock	„	8	„ „
Satin-Schlafrock	„	9	„ „
Velour-Schlafrock	„	13	„ „
Ddle. Face-Schlafrock	„	15	„ „
Pelz-Schlafrock	„	20	„ „
Tuch-Hose	„	3	„ „
Winter-Hose	„	4	„ „
Schwarze Hose	„	6	„ „
Kammgarn-Hose	„	7	„ „
Tuch-Weste	„	1	„ „
Weiße Weste	„	2	„ „
Hochelegante Weste	„	4	„ „
Knaben-Anzug	„	2	„ „
Schul-Anzug	„	3	„ „
[illegible]-Anzug	„	5	„ „
Burschen-Anzug	„	4	„ „
Jünglings-Anzug	„	7	„ „
Knaben-Paletot	„	3	„ „
Knab.-Kaiser-Mantel	„	4	„ „
Burschen-Paletot	„	5	„ „
Burschen-Schuwaloff	„	7	„ „
Jünglings-Paletot	„	8	„ „

Billigste Einkaufsquelle für Wiederverkäufer. Nicht passende Kleidungsstücke werden bereitwilligst umgetauscht. Die Rayon-Chefs sind streng angewiesen, darauf zu achten, daß die Verkäufer keinem Kunden Waaren aufzudrängen versuchen — der nicht durch die wahrhaft billigen Preise dazu veranlaßt wird. 5112L

Für das Verleihen von Fracks, sowie ganzer schwarzer Anzüge haben wir eine besondere Abtheilung eingerichtet.

Sonntags v. 7-10 u. 12-2 geöffnet.

Knochenfleisch

6 Pfund 1 M.

jeden Donnerstag und Freitag Mittag.

F. Rietsch, Schlächtermeister,

5159b Friedrichstr. 245.

Kalbfleisch von 35—40, Schweine 50 bis 60, Hammel 40—50, Rind 40, 50, 60 Pf. Augustsstr. 50a.

Freundl. Schlafst. für 2 Herren bei Erpel, Steinmetzstr. 65, 4 Tr. 202b

---

Schlafstelle zu vermiethen Waldemarstraße 17, Hof 1 Tr. rechts. 549M

Genosse kann mitwohnen. Meyer, Reichenbergerstr. 115, Quergeb. part.

---

8 anst. j. Herren f. z. 1. möbl. Schlafst., vorn. Nähe Moritz- od. Oranienplatz. Off. u. F. K. 24 Exp. d. Bl. 194b

---

Arbeitsmarkt.

Stelle-Gesuch.

Ein Mann in gesetzten Jahren, Sachse, erfahrener Wirker, welcher langjähriger Leiter in größeren Wirkwaaren-Fabriken war, die Fabrikation sowie die dazu erforderlichen Maschinen genau kennt und dem prima Zeugnisse zur Seite stehen, sucht gleiche Stelle im In- oder Ausland. Auch würde selbiger ein neues Geschäft einrichten. Offerten unter Wirker an die Exp. des „Vorwärts". 1976

Verantwortlicher Redakteur: **Robert Schmidt** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin, SW, Beuthstraße 2.

2. Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 271. Freitag, den 17. November 1893. 10. Jahrg.

Das Altersstufen-System und die Postbeamten.

Die „Nordd. Allgem. Ztg.“ wendet sich in ihrer Sonnabend-Nummer gegen die auch von uns aus Anlaß der Nichtausdehnung des Altersstufen-Systems auf die Postbeamten auf die Postverwaltung gerichteten Angriffe und glaubt diese damit abzuthun, daß sie den alten Kohl aufwärmt, daß bei der Einführung der Altersstufen die Unterbeamten einen Einkommensverlust von zwei Millionen Mark erleiden würden. Anstandslos giebt die „Post“, die noch einige Tage vorher dem neuen System alle möglichen Vorzüge nachgerühmt hatte, diese Nachricht in ihrer Nr. 511 wieder und auch die freisinnige „Vossische Ztg.“, die sich doch von ihrem Gesinnungsgenossen Baumbach hätte belehren lassen können, übernimmt, ohne einen Kommentar daran zu knüpfen, in Nr. 526 eine ähnliche Notiz aus den „Berl. Pol. Nachr.“ Daß Herr Miquel, der, um Moloch zu füttern, so eifrig auf der Suche ist nach steuerbaren Objekten, sich eine solche „günstige Beeinflussung des finanziellen Ergebnisses“ — um mit dem Beauftragten Stephans zu reden — nicht entgehen lassen würde, soll nur nebenbei erwähnt werden. Aber beschäftigen wir uns doch mal etwas eingehender mit den der Nichtausdehnung der Altersstufen zu Grunde liegenden Ursachen.

Bisher geschieht die etatsmäßige Anstellung der Post-Hilfsboten von jeder Ober-Postdirektion, deren wir 40 haben, für ihren Bezirk gesondert, selbständig. Dies hat zur Folge, daß in dem einen Bezirk die Anstellung als Packetträger mit 7½—8, in einem anderen mit 10 Jahren, als Landbriefträger in dem einen mit 8, in einem anderen wiederum mit 9 Dienstjahren erfolgt. Noch größere Unterschiede zeitigt die Anstellung der Packetträger als Briefträger. Denn es ist ein schwerer Irrthum der Reichstags-Abgeordneten, zu glauben, daß die Anstellung der Post-Hilfsboten sogleich als Briefträger erfolgt. Sie haben im Gegentheil erst die Misère der Stellung eines Packetträgers (Tit. 26) oder Landbriefträgers (Tit. 27) durchzukosten und gelangen erst später — über das Wann? bestehen keinerlei Vorschriften — in die etwas besser dotirten Briefträgerstellen (Tit. 25: 900—1500 M.). Das Altersstufensystem bringt es mit sich, daß für die etatsmäßige Anstellung der gesammten Posthilfsboten eine gemeinsame Norm geschaffen worden, daß also die Anstellung nach Zurücklegung einer bestimmten Anzahl von Dienstjahren erfolgen muß. Als Grundlage hierfür wäre die in Berlin zur Anstellung erforderliche Zeit, und das sind 7½—8 Jahre, anzunehmen und zwar mit um so größerem Rechte, als die Posthilfsboten schon hier bei der Anstellung mit 700 + 240 = 940 M. gegen ihre frühere Besoldung mit 2,50 M. pro Tag = 912,50 M. im Jahre, nur eine Aufbesserung von 27,50 M. genießen. (Man denke: die etatsmäßige Anstellung bringt diesen Proletariern eine Gehaltserhöhung von ganzen 27,50 M.!) All' die eben geschilderten Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten verschwänden unter den Altersstufen mit einem Schlage; tausende von Posthilfsboten hätten ihre sofortige Anstellung zu verlangen; tausende von bereits angestellten, die noch in den jüngsten Jahren statt der ortsüblichen 8 und 10 Jahre sogar 10 und 12 Jahre bis zur Anstellung „laufen“ mußten, würden mit bedeutenden Zulagen bedacht werden müssen. Und ganz genau dieses selbe Bild bietet auch die Lage der Postassistenten. „Es ist z. B. durchaus keine Seltenheit, daß Assistenten vier Jahre vier Monate nach Bestehen der Assistentenprüfung mit solchen zu gleicher Zeit angestellt werden, die bereits fünf Jahre drei Monate seit Ablegen desselben Examens diätarisch beschäftigt wurden. Die Letzteren erleiden dadurch einen pekuniären Schaden von 600—800 M., den sie nicht abwenden können.“ („Neue Zeit“ und „Die Alte Dt. Reichspost“.) Herr Miquel hat für die unter dem Altersstufensystem stehenden preußischen Beamten eine diätarische Beschäftigung von vier Jahren als höchste Norm erklärt und würden die Postassistenten selbst erst vier Jahre nach abgelegtem Examen etatsmäßig werden — nach der Allgemeinen Post-Dienstanweisung können sie es schon mit drei Jahren —, so erlangten doch am 1. April kommenden Jahres hunderte von Assistenten, die unter dem jetzigen System zurückgestellt werden, die Anstellung und weitere hunderte, die in den Jahren von 1874 bis 1890 als diätarisch beschäftigte Assistenten 6 bis 7 Jahre verbrachten, müßten in ihren Gehaltsbezügen erhöht werden. Die Durchführung dieser nur gerechten Grundzüge würde aber die Beamten und Unterbeamten nicht um 2 Millionen schädigen, sondern vielmehr Millionen in Anspruch nehmen, und eine weitere Million wäre dazu erforderlich, all den Postsekretären und Unterbeamten, die in Rücksicht auf ihr Dienstalter längst das Maximum ihres Gehalts zu beanspruchen haben, die ihnen so lange vorenthaltenen Reste anzuweisen.

Dies allein ist der wahre Grund der Nichteinführung der Altersstufen, wenn auch nicht der einzige. Der bei den Gegnern so beliebte und oft angeführte Einwand, daß die Beamten und Unterbeamten unter dem jetzigen System das Durchschnittsgehalt schneller erreichen, ist eitel Flunkerei. Denn abgesehen davon, daß die Zulagen vom Durchschnittsgehalt bis zum Maximum um so langsamer erfolgen und schließlich, vor Erreichung des Maximums gänzlich stocken, wäre es doch so leicht, entsprechend der vom vorigen Reichstage angenommenen Resolution, daß die Beamten in ihren Bezügen nicht geschmälert werden sollen, das Tempo in den unteren Stufen zu beschleunigen und statt der dreijährigen Stufenerhöhung in den Anfangsstadien eine solche von 1 oder 2 Jahren eintreten zu lassen. Damit wäre der Einwand beseitigt. Eine solche Vertheilung entspräche durchaus den thatsächlichen Verhältnissen der Beamten, deren wirthschaftliche Lage in ihren mittleren Lebensjahren durch Erziehung der Kinder ꝛc. stärker belastet ist wie im Alter. Und dann noch eins. Uns erscheint es selbstverständlich, daß die Postassistenten und die gesammten Unterbeamten, die infolge des äußerst anstrengenden und aufreibenden Dienstes öfters erkranken, viel schneller altern und früher dem Grabe zuwanken, als die in den hohen und geräumigen Arbeitszimmern hockenden Bureau-Beamten, auch entsprechend früher in den Genuß des Maximalgehalts gelangen müssen, daß also der zur Erreichung des Maximums festgesetzte Zeitraum von 21 etatsmäßigen Jahren für sie zu hoch gegriffen ist.

Freilich, Herr v. Stephan wird auch hierin anderer Ansicht sein. Er will sich die ihm bis jetzt zur freien Verfügung gestellten Mittel nicht aus der Hand nehmen lassen; es graut ihm bei dem Gedanken, daß die Unabhängigkeit von seinem „Wohlwollen“ die Disziplin lockern, daß die Behandlung und Anstellung der Postassistenten und Unterbeamten nach allgemein gleichen und festen Normen die Möglichkeit der Aufstellung von Anciennetätslisten, mittels derer so manches kontrollirt werden könnte, in nahe Aussicht rücken würde und daß nach der nothwendig werdenden Verschmelzung der Postassistenten und Ober-Postassistenten (Tit. 22) zu einer Klasse die bis jetzt mit der Ernennung zum Ober-Postassistenten verknüpfte unkündbare Anstellung ganz und gar ihres Halts beraubt und anderweitig und zwar in einem den Verhältnissen der Sekretäre entsprechenden Sinne regulirt werden müßte. Mit einem Worte, Herr v. Stephan fürchtet für das autokratische System. Und mit Recht. Denn ein „Sparen“, wie es die Uebersicht der allgemeinen Rechnungen des Reichshaushalts-Etats für 1889/90 ergiebt, wäre dann nicht mehr möglich. Aus dieser Uebersicht geht beispielsweise hervor, daß bei (— etatsmäßigen Stellen —) dem Tit. 22 (Ober-Postassistenten und Postassistenten) eine Minderausgabe von 81 000 M., bei Tit. 23 (Postverwalter) eine solche von 75 283 M., bei Tit. 25, 26, 27 (Unterbeamte) eine solche von 44 915 M. erscheint, der eine Etatsüberschreitung bei Tit. 32 (Postpraktikanten und nicht angestellte Postassistenten) von 900 000 M. und bei Tit. 34 (Hilfsleistungen im Unterbeamtendienst) von 696 057 M. gegenübersteht.*) An etatsmäßigen Stellen und zwar an solchen für die Postproletarier wurde gespart, wogegen die für nicht angestellte Postassistenten und Posthilfsboten ausgeworfenen Summen weit über den bewilligten Betrag hinaus überschritten wurden, was auch wieder ein Beleg ist zu dem Thema der Lehrlingszüchterei im Postbetriebe.

Als unser Abg. Wurm in der 2. Lesung des Postetats 1893/4 in seiner vortrefflichen Rede auf den Wucher-Erlaß der Berliner Ober-Postdirektion kam, sagte er:

„Gewiß, es giebt nichts verwerflicheres, als die Nothlage eines Menschen auszubeuten und ihm als Gegenleistung etwas zu geben, was zu der Leistung in gar keinem Verhältnisse steht; aber ebenso verwerflich ist es, wenn die Unterbeamten eine Bezahlung bekommen, die nicht im Verhältniß zu ihren Leistungen steht und die sie zwingt, den Wucherern in die Hände zu fallen, weil sie mit ihrem Gehalte nicht durchkommen.“

Werden Beamte und Unterbeamte auf eine sichere Basis gestellt, von der aus sie ihre Einnahme genau und sicher übersehen und in der Eintheilung und Verfügung derselben zweckentsprechender verfahren können, dann ist zwar ihre Nothlage noch lange nicht gehoben, wohl aber ist ihre Gehaltsaufbesserung nicht mehr abhängig von dem „Wohlwollen“ ihrer Behörde. Allen mit diesem „Wohlwollen“ Beglückten aber sollte dies ein Ansporn sein zu der Erkenntniß, daß der Standpunkt der Sozialdemokratie, daß es Rechte giebt und nicht Gnaden, auch der ihre ist.

*) Protokoll der Reichstagsverhandlungen. 58. Sitzung vom 4. März 1893. Seite 1420.

Soziale Uebersicht.

An die Ziegelei-Arbeiter Deutschlands!

Kollegen! Der Verband der Ziegelei-Arbeiter Deutschlands, der seinen Hauptsitz in Langenfelde bei Hamburg gehabt hat, ist, wie wohl bekannt, als aufgelöst zu betrachten.

Kollegen! Ohne Organisation und Zentralisation kein wirksamer Kampf gegen die Geldprotzen; ein Zusammenhalten der einzelnen Gewerkschaften bedingt die heutige Gesellschaftsordnung, um in dem Ringen mit der kapitalistischen Produktionsweise zu siegen. Sämmtliche Gewerkschaften haben mehr oder minder eine straffe Organisation, nur die der Ziegelei-Arbeiter, welche wohl am meisten unter dem Drucke der Bourgeoisie zu leiden hat, liegt noch sehr im Argen. Darum, Kollegen, rafft Euch zusammen, helft den Gedanken einer Zentralisation beleben; denn an der Hand einer solchen ist es nur möglich, Besserung in der wirthschaftlichen Stellung der Berufsangehörigen zu schaffen.

Zu diesem Zwecke fordere ich Euch auf, da die Neugründung von Organisationen stets mit Weitläufigkeiten und theilweise unnöthigen Geldkosten verbunden ist, Euch einem schon bestehenden Zentralverband anzuschließen.

Der geeignetste der hier in Frage kommenden Zentral-Verbände ist unzweifelhaft der „Allgemeine Verein der Töpfer und Berufsgenossen Deutschlands.“ Schließen wir uns diesem an, Kollegen! Wir sind dadurch in die Lage versetzt, unsere Rechte nach jeder Hinsicht wahrnehmen zu können und zwar auch durch die Presse, was die Hauptsache ist, da der Allgemeine Verein der Töpfer ein Fachorgan: „Der Töpfer“, das sich die Vertretung der Arbeiter in der Thonwaaren-Industrie und der verwandten Berufszweige zur Aufgabe gestellt hat, besitzt. Die Lippe'schen Kollegen mache ich hierauf ganz besonders aufmerksam.

Ich bitte die einzelnen Organisationsvorstände, sich mit dem Unterzeichneten in Verbindung zu setzen. Mit kollegialischem Gruß

Carl Hennig, Ziegler, Velten i. Mark, Wilhelmstr. 19.

Der „Allgemeine Verein der Töpfer und Berufsgenossen Deutschlands“ hat seinen Sitz in Berlin. Adresse: F. Kaulisch, Berlin, Kolbergerstr. 11.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

Das internationale Schuhmacher-Sekretariat (Sitz Zürich) hat sich wie folgt konstituirt: E. Schönbucher, Präsident, G. Rach, Kassirer, O. Märtens, Sekretär, und H. Albert, Protokollführer. Alle Geldsendungen sind an G. Bach, Weinplatz 6, alle anderen Sendungen an O. Märtens, Neumarkt 5, Zürich, zu richten.

Die Arbeitslosigkeit in Krefeld nimmt schon jetzt solche Dimensionen an, daß die Stadtverordnetenwahlen in einer geheimen Sitzung die Bildung einer „Sozialen Kommission“ beschlossen, welcher die Fürsorge für die Arbeitslosen obliegen soll.

Die Chemnitzer Steinsetzer-Gehilfen beschlossen in einer öffentlichen Versammlung, im nächsten Frühjahr den Versuch zu machen, die neunstündige Arbeitszeit einzuführen.

Die Petition gegen die Tabak-Fabrikatsteuer, welche in Hamburg zur Unterschrift ausgelegen hat, ist, wie dem „Hamburger Echo“ mitgetheilt wird, dem Senat zugegangen. Sie umfaßt 41 575 Unterschriften in drei starken Foliobänden von je 1200 Seiten.

Als Sitz des internationalen Auskunftsbureaus für Metallarbeiter, welches einzurichten auf dem diesjährigen internationalen Metallarbeiter-Kongreß beschlossen wurde, ist von den schweizerischen Sektionen mit großem Mehr Winterthur gewählt und als Zentralkommission die Sektionen Schaffhausen und Zürich bestellt.

Ein Streik ist in einer Seiden-Sammetfabrik in Mähr. Trübau ausgebrochen. Ursache des Streiks, an dem sämmtliche Arbeiter betheiligt sind, ist die Entlassung von 8 Arbeitern aus den nichtigsten Gründen und rohe Behandlung der Arbeiter seitens des Direktors.

Arbeitsamt in Stuttgart. Dem Vorschlag, die städtische Arbeitsvermittelung im Anschluß an das Gewerbegericht zu organisiren, ist gerade dort, wo er zuerst gemacht wurde, nämlich in Stuttgart, ein eigenthümliches Schicksal beschieden.

In der Sitzung des Stuttgarter Gemeinderaths vom 2. d. M. referirte Dr. Göz als Vorsitzender der Gewerbe-Abtheilung über die Errichtung eines städtischen Arbeitsamtes, namentlich über die Verbindung des Arbeitsamtes mit dem Gewerbegericht. Er hat ein Gutachten ausgearbeitet, wonach das kgl. Landgericht Stuttgart befragt werden müßte, ob rechtliche Bedenken gegen diese Verbindung bestehen. Sollte dies der Fall sein, dann müßten andere Personen bestimmt werden, welche bei dem Arbeitsamte mitzuwirken haben. Der Oberbürgermeister äußerte sein Erstaunen darüber, daß nach den einmüthigen Beschlüssen über das Arbeitsamt, die von den evangelischen und katholischen bis zu den äußerst linksliegenden Vereinen gefaßt worden seien, jetzt noch solch rechtliche Bedenken geltend gemacht werden sollen. Die Funktionen des Gewerbegerichts beim Arbeitsamte seien nicht verwaltenden, sondern aufsichtsführenden Charakters und könnten den Gewerberichtern nicht verwehrt werden, um so weniger, als dieselben auch dazu am besten geeignet sind, Gerechtigkeit zu üben bei der Thätigkeit des Arbeitsamtes. G.-R. Dr. Schall stimmt den Ausführungen des Dr. Göz bei, damit nicht am Ende, wenn die Thätigkeit des Arbeitsamtes beginnen sollte, Einsprachen von den Justizbehörden erfolgen würden, und das Arbeitsamt dadurch in Frage gestellt wäre. Payer spricht gegen die Ausführungen, da er glaubt, daß die Sache das Landgericht und Justizministerium nichts angehe, weshalb er einer Anfrage bei den Genannten nicht zustimmen könne. Das Gewerbegericht als solches habe mit dem Arbeitsamte nichts zu thun; sein Vorsitzender ist zugleich Vorsitzender der Kommission, welche das Arbeitsamt leitet, und diese Thätigkeit hat der Gemeinderath das Recht zu übertragen, wem er will, ohne daß dieser dazu einer Genehmigung seitens der Justizbehörde bedürfe. Dr. Schall ist der Meinung, daß kein Unterschied zwischen dem Gewerberichter als solchem und dem Gewerberichter als Vorstand der Kommission bestehe und eben die Möglichkeit der Einsprache seitens der Staatsbehörde doch bestehe, wovor er die Stadt bewahren möchte. Dr. Göz hat es für seine Pflicht gehalten, auf diese Möglichkeit hinzuweisen, überläßt es aber dem Kollegium, sich zu entscheiden, ohne sich zu vergewissern, wie die Ansicht der Justizbehörde hierüber sei. Der Ober-Bürgermeister weist darauf hin, daß in ganz Norddeutschland die Arbeitsämter in ähnlicher Weise organisirt würden; er beantragt, die Sachen an die Gewerbe-Abtheilung zurückzuweisen, ferner den Antrag der Gewerbe-Abtheilung, betr. Anfrage an die Justizbehörde abzulehnen. Der erste Theil des Antrags wird einstimmig angenommen, der zweite Theil mit 14 gegen 9 Stimmen zurückgewiesen, so daß also die Anfrage an die Justizbehörde gerichtet wird. Soweit die neuesten Verhandlungen des Stuttgarter Gemeinderathes über den interessanten Gegenstand. In dem nunmehr gefaßten Beschluß ist wohl lediglich ein dilatorisches Manöver zu erblicken. Den unternehmerfreundlichen Mitgliedern der kommunalen Behörde wird es sehr schwer, angesichts der bevorstehenden Gemeinderathswahlen für das Arbeitsamt zu stimmen, weil mit demselben eine Einrichtung geschaffen würde, welche der Willkür der Unternehmer entrückt ist. Andererseits hat sich die öffentliche Meinung in Stuttgart so entschieden für das Arbeitsamt im Anschluß an das Gewerbegericht erklärt, daß man auch nach dieser Seite nicht anstoßen möchte. So versucht man in der Verzögerung der Sache ein Aushilfsmittel zu finden. Die Anfrage bei der Justizbehörde aber entbehrt deshalb jeden vernünftigen Grundes, weil in Württemberg das Landgericht zwar Aufsichtsbehörde für das Gewerbegericht, aber nicht für den Gewerberichter und dessen sonstige Funktionen ist.

Choleragefahr und gewerbliche Beschäftigung. Ueber diese Frage enthält der zum ersten Mal im Druck veröffentlichte Jahresbericht des Fabrikinspektors der Freien Stadt Hamburg für das Jahr 1892 folgende Mittheilungen: „Eine diesseits aufgenommene Statistik über die während der letzten Cholera-epidemie in der Zeit von Mitte August bis 1. Okt. 1892 unter den Fabrikarbeitern vorgekommenen Todesfälle erstreckt sich über 394 größere Betriebe aller Industriegruppen mit 25 488 Arbeitern und hat folgendes Resultat ergeben:

Gruppe	Zahl der aufgenommenen Betriebe	Darin beschäft. Arbeiter männl.	Darin beschäft. Arbeiter weibl.	Davon an Cholera verstorb. männl.	Davon an Cholera verstorb. weibl.
Steine und Erden	13	689	64	1	—
Metallverarbeitung	83	1852	44	20	—
Maschinen, Werkzeuge ꝛc. . . .	55	7881	19	92	—
Chem. Industrie .	19	1108	24	22	1
Heiz- u. Leuchtstoffe	18	943	89	46	2
Textilindustrie . .	8	251	311	4	4
Papier- und Leder	19	1334	291	17	2
Holz- u. Schnitzstoffe	49	1568	144	26	1
Nahrungs- und Genußmittel . . .	104	3850	1581	49	21
Bekleidg. u. Reinig.	87	552	1111	4	7
Polygraphische Gewerbe	38	1388	319	11	1
Sonstige Gewerbe .	1	106	24	—	1
Zusammen	394	21 467	4021	292	40

Von den Arbeitern sind also 1,36 pCt., von den Arbeiterinnen 1 pCt. der Krankheit erlegen. Diese Zahlen bleiben unter der Durchschnittszahl der im Verhältniß zur Gesammtbevölkerung an Cholera verstorbenen Personen, und damit wird zur Genüge der Vorwurf beseitigt, daß die Fabriken zur Verbreitung der Cholera beigetragen hätten. Die großen Vorsichtsmaßregeln, die aufgewendet wurden, die strenge Ueberwachung während der Arbeit, die in den Fabriken geübt wurde, haben nur günstig auf den Gesundheitszustand der Arbeiter eingewirkt und diese veranlaßt, die Schutzmaßregeln auf ihr Haus und ihre Wohnung zu übertragen, wodurch auch die Angehörigen vor der Ansteckung geschützt wurden. Bemerkenswerth ist die Thatsache, daß die Arbeiter in den Ledersabriken, den Lagerbier-Brauereien und in den Kornmühlen gar nicht von der Cholera ergriffen sind, die Arbeiter in den großen Kolesfabriken sind gleichfalls fast verschont geblieben, während die sogenannten Feuerarbeiter, also die Arbeiter in den Gasanstalten und in den Schmieden und Kesselschmieden, mehr gelitten haben. Von den Arbeitern in den Gasanstalten sind fast 7 pC. verstorben. Das vorhandene Bedürfniß zum Trinken — gewöhnlich wird Braunbier bevorzugt statt des in reichlichen Mengen kostenfrei gelieferten Thees oder Kaffees — scheint diese hohe Sterblichkeit zu erklären.“ Wenn diese Feststellungen richtig sind, und es ist kein Grund vorhanden, daran zu zweifeln, so ist durch sie gewiß bewiesen, daß die Fabriken nicht besonders zur Verbreitung der Cholera beigetragen haben. Wohl aber wird eine noch viel blamablere Thatsache durch sie bloßgelegt: daß die sonstige arbeitende Bevölkerung von Hamburg noch schlechtere Aufenthaltsräume haben muß, als sie die Fabriken bieten, weil sie in so viel stärkerem Maße von der Cholera in Mitleidenschaft gezogen worden ist. Diesen Schluß legt der Hamburger Fabrikinspektor selbst nahe, indem er an einer späteren Stelle seines Berichts schreibt: „Der Ansicht, daß noch andere Einflüsse als nur allein das Trinkwasser für das Auftreten der Cholera verantwortlich zu machen sind, kann man nur beistimmen, und diese Ansicht wird wesentlich gestützt durch die Feststellungen über die Beschaffenheit der infizirten Häuser und Wohnungen. Schmutz in den Zimmern und auf den

Höfen, feuchte Wände, dazu Mangel an Licht und Luft, das sind die Faktoren, die das Auftreten der Cholera erheblich beförderten. Die Verschlechterung der Wohnungsverhältnisse, namentlich in bezug auf Ueberfüllung und Reinhaltung, macht sich hauptsächlich erst in den letzten Jahren geltend, nachdem sich hier viele Fremde, zum Theil ausländische Arbeiter, angesiedelt und bleibenden Aufenthalt genommen haben. Der norddeutsche und speziell der Hamburger Arbeiter sieht mit Vorliebe auf eine gewisse Sauberkeit und Behaglichkeit, während diese Eigenschaften bei den fremden Arbeitern, Polen, Dänen, Schweden u. s. w., namentlich aber den ersteren, zu vermissen sind. Leider ist das Resultat davon, daß auch der einheimische Arbeiter durch das Zusammenleben mit solchen Elementen eine Einbuße an seinen besseren Eigenschaften erleidet, und so sinkt die Lebenshaltung ganzer Bevölkerungsschichten sehr leicht auf eine tiefere Stufe wieder hinab." Hier wird also amtlich eine bedeutende Verschlechterung der Wohnverhältnisse Hamburger Arbeiter seit den letzten Jahren zugestanden, eine Verschlechterung, um welche sich offenbar niemand gekümmert hat, so lange es in Hamburg keine Cholera gab. Was aber die Ursache dieser Verschlechterung, den Zudrang fremder Arbeiter mit niedriger Lebenshaltung angeht, so hätten diese Erscheinungen nicht auftreten können, wenn die Hamburger Unternehmer die fremden Arbeiter nicht wegen ihrer geringeren Lohnansprüche bevorzugten. Man mag also die Mittheilungen drehen und wenden, wie man will — in Hamburg sind auch heute noch tiefreichende soziale Mißstände vorhanden, welche eine stete Gefahr für Proletarier und — Besitzende bilden.

Der Streik der Wiener Steindrucker dauert fort. Zu den seit Anfang November vom Streik betroffenen Firmen sind neuerdings noch mehrere andere getreten. Aussicht auf Erfolg ist vorhanden. Zuzug ist streng fernzuhalten. Das Streikkomitee ersucht, etwaige Geldsendungen zu richten an: Johann Döttl, Wien VI, Gumpendorferstr. 138.

Der Kantonalverband Zürcherischer Grütli- und Arbeitervereine hielt am Sonntage in Oerlikon bei Zürich seine Herbst-Delegirtenversammlung ab. Es waren 41 Delegirte erschienen, welche 29 Sektionen vertraten. Auch in Zukunft sollen im Kanton herum jährlich sechs größere Agitationsversammlungen im Interesse der Entwickelung der Partei auf Kosten des Kantonalverbandes und von diesem arrangirt, abgehalten werden.

Arbeiterinnenschutz in der Schweiz. Der Züricher Kantonsrath wird sich nächstens mit einem Gesetz zum Schutze der Arbeiterinnen zu befassen haben, welche in Geschäften thätig sind, die dem eidgenössischen Fabriksgesetz nicht unterstellt sind. Ausgenommen sind die landwirthschaftlichen Betriebe, die kaufmännischen Bureaus, die Wirthschaftsgewerbe, sowie die Ladengeschäfte in bezug auf diejenigen Personen, welche ausschließlich zur Bedienung der Kundschaft verwandt werden. Das Maximum der Arbeitszeit ist auf 10 Stunden festgesetzt, die in die Zeit von Morgens 6 Uhr und Abends 8 Uhr fallen müssen. An Vorabenden von Sonn- und Festtagen ist die tägliche Arbeitszeit auf 9 Stunden reduzirt. Die Mittagspause soll im Minimum 1½ Stunde betragen. Nach dem Entwurf der Kommission soll verheiratheten Frauen der Nachmittag vor den Sonn- und Festtagen freigegeben werden. Wöchnerinnen dürfen innerhalb 4 Wochen nach der Niederkunft nicht in Arbeit genommen werden; die Kommission will sie berechtigen, 6 Wochen von der Arbeit weg zu bleiben. Mädchen unter 14 Jahren dürfen weder als Arbeiterinnen, noch als Lehrtöchter Verwendung finden. Die Arbeit an öffentlichen Ruhetagen ist verboten. Eine Ueberarbeitszeit darf nur in Ausnahmefällen gegen Bewilligung stattfinden und dürfen Mädchen unter 18 Jahren zu demselben nicht herangezogen werden; die übrigen Arbeiterinnen aber nur mit ihrer Zustimmung und gegen erhöhte Lohnentschädigung. Eine allfällige Lohnreduktion ist so lange vor Inkrafttreten derselben anzuzeigen, daß es jeder Arbeiterin möglich ist, ihre Stelle zu kündigen. Als Deckungsmittel darf höchstens die Hälfte des durchschnittlichen Wochenlohnes stehen bleiben. Lohnabzüge für Miethe, Reinigung, Beheizung oder Beleuchtung des Lokals, sowie für Miethe und Abnutzung des Werkzeuges sind unstatthaft. Arbeitsmaterial darf nur zum Selbstkostenpreise verrechnet werden. Ohne gegenseitiges Einverständniß dürfen keine Lohnbetreffnisse zu Versicherungszwecken zurückbehalten werden. Bußen dürfen keine verhängt werden, die nicht in einer von der Direktion des Innern genehmigten Arbeitsordnung in bezug auf die Eintheilung der Arbeitszeit, den Ein- und Austritt und die Lohnauszahlung angedroht sind, und auch hier dürfen die Bußen höchstens 50 Cts. betragen. In allen Fällen sind die Bußen im Interesse der Arbeiterinnen zu verwenden. Zuwiderhandlungen gegen das Gesetz sind mit Geldbußen von 5—200 Fr., abgesehen von den zivilrechtlichen Folgen, bedroht. Das ist in großen Zügen der wesentliche Inhalt des Kommissionsentwurfs, der im Rathe selbst kaum große Abänderungen erleiden dürfte, da der seitens des Regierungsraths ausgearbeitete Entwurf sich mit jenem fast in allen Punkten deckt. — Das Gesetz unterliegt der Abstimmung durch das Volk.

Versammlungen.

Eine öffentliche Kommunalwähler-Versammlung in Charlottenburg tagte am 15. November in Triesethau's Salon. Genosse Borgmann aus Berlin sprach über die Stadtverordneten-Wahlen und wies nach, wie wenig von dem, was die Arbeiterschaft fordert, von der freisinnigen Stadtvertretung durchgeführt ist. Mit der drängenden Ermahnung, dafür zu sorgen, daß auch in die Charlottenburger Stadtverordneten-Versammlungen Parteigenossen hineinkommen, schloß Redner seine beifällig aufgenommenen Ausführungen. Gegner meldeten sich nicht zum Wort. Genosse Beier geißelte die Unternehmerfreundlichkeit der Charlottenburger Kommunalverwaltung, wie sie sich bei dem Ueberlassen der Wasserwerke an eine private Gesellschaft und neuerdings bei der anscheinend geplanten Zustimmung zur Errichtung eines Elektrizitätswerkes durch eine Aktiengesellschaft kund giebt. Redner bemängelte ferner, daß die Desinfektion seitens der Kommune nicht unentgeltlich verrichtet wird. Wolter erinnerte u. a. noch daran, daß schon vor sechs Jahren von städtischer Seite die Errichtung einer Bade-Anstalt versprochen worden sei, daß sie aber heute noch nicht existire. Genosse Ullrich und Findeisen rügten es, daß Arbeiter mit drei Kindern durch einen Kniff der Kommuneverwaltung ihres städtischen Wahlrechts beraubt sind. Ein solcher Arbeiter kommt in seinem Einkommen gewöhnlich nicht höher als 750 M., wovon bei drei Kindern nur 600 M. herangezogen werden zur Steuer; alle Arbeiter aber, mit weniger als 660 Mark Einkommensteuern, sind in Charlottenburg des Wahlrechts beraubt. In seinem Schlußworte erklärte Genosse Bergmann es für unzulässig, daß die Wohlthat der Verringerung der Steuer entsprechend der Kinderzahl zur Beraubung des Wählers um seine bürgerlichen Ehrenrechte ausgenutzt wird. Er rieth, die Sache einmal zur prinzipiellen Entscheidung zu bringen. Redner fordert noch einmal in zündenden Worten die Anwesenden auf, dafür zu sorgen, daß am 20. November Sozialdemokraten in die Stadtverordneten-Versammlung gewählt werden.

In der Mitglieder-Versammlung des Vereins der Plätterinnen und verwandter Berufsgenossen hielt am 7. d. M. der Vorsitzende Herr Möhring einen Vortrag über folgenden Punkt der Tagesordnung: „Lernen die Mitglieder im Verein Rohheiten und werden dieselben von seiten des Vorstandes auf die Fabrikanten gehetzt, oder verfolgt derselbe edle Zwecke?" Nach dem Referat wurde hierzu folgende Resolution angenommen: „Die Versammlung erklärt, daß die von seiten gewisser Personen gegen den Verein geschleuderten Verdächtigungen auf das Entschiedenste zurückzuweisen sind, und daß der Verein nur rein ideale Zwecke verfolgt." An der sich hieran anschließenden Diskussion betheiligten sich Hergt, Frau Schulz und Frl. Thiel. Ein Antrag des Herrn Möhring auf Gründung einer Unterstützungskasse wurde angenommen und beschlossen, daß dieselbe extra verwaltet werde und etwaige Ueberschüsse von Vergnügungen ꝛc. dieser Kasse zufließen sollen. Hierauf wurden die in der vorigen Versammlung zurückgelassenen Punkte erledigt. Die Kassirerin Frau Schulz las den Vierteljahresbericht vor. Die Einnahme vom vorigen Vierteljahr betrug 590,76 M., die Ausgabe 109,58 M.; mithin ein Bestand von 481,18 M. Die Einnahme beim Sommerfest am 12. August betrug 410,15 M., die Ausgabe 300,40 M., mithin ein Ueberschuß von 109,75 M. Bei der Dampferpartie zur Lassalle-Feier ist eine Einnahme von 553,60 M. und eine Ausgabe von 576,87 M. erzielt; bleibt ein Defizit von 23,27 M. Zu Revisorinnen wurden hierauf gewählt: Frau Stock, Frl. Wendt und Frl. Kastner. Hergt stellte den Antrag, einen Arbeitsnachweis für sämmtliche in der Wäsche- und Kravattenbranche beschäftigten Personen zu gründen. Es wurde jedoch beschlossen, diesen Antrag der vorgerückten Zeit wegen in der nächsten Versammlung zu erledigen.

Der Deutsche Holzarbeiter-Verband tagte am Sonntag Vormittag in Ahrens Brauerei (Moabit). Kollege Wiedemann beleuchtete in einem interessanten Vortrag die Arbeitsverhältnisse in unserem Beruf und kam zu dem Schluß, daß nur durch Organisation die Arbeiter im stande sind, sich bessere Lebensbedingungen zu verschaffen. Nach einer lebhaften Debatte bekundete die Versammlung insofern ihre Zustimmung zu dem gehörten Vortrag, in dem sich die Anwesenden verpflichteten, aus jeder Werkstatt Moabits einen Vertrauensmann in die nächste Vertrauensmänner-Versammlung zu entsenden. Zum Beitragssammler wurde Fröhlich und zum Beisitzer für Moabit wurde Gerbsch gewählt.

Die Filiale des Allgemeinen deutschen Tapezirer-Vereins hielt am 13. d. M. ihre regelmäßige Mitglieder-Versammlung ab, in der Genosse Sassenbach in einem interessanten Vortrag über Heinrich Heine sprach. Hieran schloß sich eine kurze Diskussion. Unter Verschiedenem wurde die Gründung einer eigenen Bibliothek in Anregung gebracht.

Die Frauen-Agitationskommission hatte zum 15. d. M. eine öffentliche Volksversammlung einberufen zwecks Berichterstattung der Kommission und Neuwahl derselben. Den Bericht erstattete Frau Greifenberg. Diesem zufolge hat die Kommission in dem abgelaufenen Geschäftsjahre 15 Versammlungen veranstaltet, in denen die verschiedensten Referenten und Referentinnen über politische und gewerkschaftliche Themata sprachen. Außerdem fanden noch drei Versammlungen für Handlungsgehilfinnen statt zwecks Gründung eines Vereins, die auch von statten gegangen ist. Während der Reichstagswahlen hat sich die Kommission darauf beschränkt, Aufrufe an die Frauen zu erlassen, sich an den Wählerversammlungen zu betheiligen; auch ist ein Flugblatt verbreitet worden. Ebenso sind anläßlich des in Köln stattgehabten Parteitages Aufrufe erlassen worden, auch Frauen zu dem Parteitag zu delegiren, was denn auch geschehen ist. In Köln sollte sodann eine Besprechung der Delegirtinnen stattfinden über geeignete Mittel und Wege zur wirksamen Agitation unter den Frauen. Diese Besprechung konnte indessen nicht stattfinden, da die Besprechung nach Ansicht der Polizei eine besondere Versammlung darstellte. Nach der Meinung der Berichterstatterin würde es Aufgabe der nun zu wählenden Agitationskommission sein, dieser Frage mit Energie näher zu treten. Im Anschluß an diesen Bericht über die Thätigkeit der Agitationskommission erstattete Frau Bunke den Kassenbericht derselben. Nach diesem bezifferte sich die gesammte Einnahme auf 1316,09 M., die gesammte Ausgabe auf 1205,30 M., der verbleibende Bestand auf 110,79 M. Gegen die erstatteten Berichte wurden Einwendungen nicht erhoben und vollzog die Versammlung hierauf die Neuwahl der Agitationskommission. Es wurden in dieselbe gewählt Fräulein Haase, Frau Greifenberg, Frau Wengels, Frau Scholz, Frau Siering, Frau Bunke und Frau Ranke. Frau Wengels nahm nach Vollzug der Wahl Veranlassung, zur regsten Unterstützung der Agitationskommission aufzufordern, da die Kommission ohne dieselbe machtlos sei und vergeblich arbeite. Nach Erledigung dieser Angelegenheiten hörte die Versammlung einen Vortrag des Genossen Timm, welcher an stelle des Herrn Reichstags-Abgeordneten Dr. Schoenlank über „die Ursachen der Prostitution" sprach. An der Hand eines überaus reichhaltigen statistischen Materials wies der Referent nach, daß der Prostitution soziale Ursachen, d. h. Hunger und Elend, hauptsächlich zu grunde liegen und daß das Wachsthum der Prostitution naturgemäß fortschreite, so lange die sozialen Verhältnisse nicht gebessert, vielmehr immer schlechtere werden. Gegenüber dieser „niederen" Prostitution beleuchtete der Referent die Prostitution in den „besseren" Ständen und gelangte zu der Schlußfolgerung, daß die Gleichberechtigung erkämpft werden müsse durch die Organisation in erster Linie, und daß das weibliche Arbeiterthum Hand in Hand mit dem männlichen Proletariate die Umgestaltung der heutigen korrupten Gesellschaft zu erstreben habe, um die Ursachen der Prostitution zu beseitigen. Dem Vortrage wurde verdienter Beifall gezollt. Demselben folgte eine Diskussion, in welcher Seiler, Duro, Dr. Gumplowitsch und Fräulein Wabnitz das Wort nahmen zu theoretischen Erörterungen. In seinem Schlußworte verwies der Referent nochmals auf die Nothwendigkeit der Agitation und Organisation unter dem weiblichen Proletariate, worauf Schluß der Versammlung erfolgte.

Briefkasten der Redaktion.

An die Vorstände der Orts-Krankenkassen welche die freie Aerztewahl eingeführt haben, erlaubt sich der Unterzeichnete die Bitte zu richten, ihm baldigst, gegen Vergütung der Unkosten, Mittheilung zu machen über die Ausgaben für ärztliche Behandlung vor und nach der Einführung derselben, sowie ob eine Mehr- oder Minder-Ausgabe für Medikamente zu verzeichnen ist. Im Voraus dankend für jede Aufklärung, die mir von Genossen gegeben wird, zeichnet

Chr. Odenthal,
Stuckateur,
Köln a./R., Eintrachtstr. 18.

Hussiten 16. 1. Der Strafantrag muß innerhalb 3 Monaten gestellt werden. 2. Keineswegs hat die Armendirektion die Strafe zu zahlen, wenn der Bestrafte hierzu nicht vermögend ist.

K. F. Die Man., von denen Sie reden, sind uns nicht zugegangen. Für Tüchtiges ist stets Verwendung.

P. Boyen. Kassirer Schulz, Memelerstr. 60a III.

M. S. Die Erbschaftsgesetze sind in Deutschland sehr verschiedenartig. Maßgebend ist das für den letzten Wohnsitz des Verstorbenen giltige Recht. Sie haben eine dahin gehende Angabe unterlassen.

F. und Reisse. Sie haben Recht. Der Schwiegervater des Bergwerksministers von Berlepsch, Herr von Tiele-Winkler, hat als Lieutenant Tiele in die Millionärsfamilie Winkler, nicht Godulla hineingeheirathet. Wie das bürgerliche Zeitungsgeschwister gegenüber unserer Darlegung der inneren Geschichte der Bergwerksabgabe die Insektentaktik des Todtstellens übt, allen voran die demokratische und deutschfreisinnige Presse, wird auch Ihnen als Beobachtungsstoff nicht uninteressant sein.

18 F. H. und Andere. Sie können jetzt nichts dagegen machen, daß Sie in die Wählerliste nicht eingetragen sind. Der Einspruch hätte zur Zeit der Auslegung der Liste (Juli) erhoben werden müssen. Wie viele Klagen beweisen, sind die damals ergangenen Aufforderungen (im „Vorwärts", in Vereinen und in Versammlungen) leider nicht überall befolgt worden. Waren Sie krank, so konnte Sie einen Dritten mit der Einsicht betrauen.

Wendland. Da der Vertrag mit dem 1. Oktober zu Ende ging, war nur bis zum 1. Oktober Miethe zu zahlen. Die Kosten hat Kläger zu tragen. Zweifelhaft ist diese Frage nur dadurch, daß Ihr Schwager ohne jegliche Verpflichtung die volle Miethe nachträglich zahlte.

F. H. 43. Der Ehemann ist im Recht.

F. G. 100. Wollen Sie gewerbsmäßig Druckschriften auf öffentlichen Wegen, Plätzen verkaufen, so müssen Sie sich an die Orts-Polizeibehörde (hier Polizeipräsidium) um Ausstellung eines Legitimationsscheines wenden. Der Legitimationsschein ist zu versagen, wenn der Nachsuchende mit einer abschreckenden Krankheit behaftet oder in einer abschreckenden Weise entstellt ist, oder infolge Bestrafung unter Polizei-Aufsicht steht, oder wegen gewohnheitsmäßiger Arbeitsscheu, Trunkenheit oder Landstreicherei übel berüchtigt ist, oder noch nicht großjährig, blind, taub, stumm oder geistesschwach ist. Außer in diesen Fällen darf der Gewerbeschein nur dann versagt werden, wenn der Nachsuchende im Inlande einen festen Wohnsitz nicht hat, oder wegen strafbarer Handlungen aus Gewinnsucht gegen das Eigenthum, gegen die Sittlichkeit, wegen vorsätzlicher Angriffe auf das Leben und die Gesundheit der Menschen, wegen vorsätzlicher Brandstiftung, wegen Zuwiderhandelns gegen Verbote betr. Einführung oder Verbreitung ansteckender Krankheiten oder Viehseuchen zu mindestens 6 Wochen verurtheilt und seit Verbüßung der letzten Strafe 3 Jahre noch nicht verflossen sind.

Wilde Rose. Sind Sie unberechtigt Ihrem Manne davongelaufen, so steht Ihnen weder ein Anspruch auf Alimentation, noch ein solcher auf Herausgabe von Sachen zu. Berechtigt, ohne Einwilligung des Mannes von diesem getrennt zu leben, sind Sie nur infolge gerichtlicher Verfügung. Sprechen Sie event. zwischen 12 und 1 Uhr vor.

500 N. F. Der Bruder ist nicht ersatzpflichtig und kann bei dem Gewerbegericht klagen. Die Klageaufnahme geschieht unentgeltlich in dem von den Arbeitnehmern errichteten Bureau, Rosenstraße 28.

W. N. F. W. W. W. 4. Sprechen Sie zwischen 12 und 1 Uhr (nicht des Montags) vor.

O. N. 1. Ist möglich. 2. Vergehen, die mit mehr als drei Monaten Strafe bedroht sind, verjähren in fünf Jahren.

A. 1000. 1. Nein. 2. Fragen Sie einen Arzt.

F. D. Tragen Sie bei Gericht auf Festsetzung der Kosten an.

A. B. 40. An den Magistrat.

Möß, Juliusstraße. Die Klage ist nicht verjährt. Bestimmte Paragraphen brauchen in derselben nicht angegeben zu werden.

A. B., Hoch 21. 1. „Du bist ein Lump" dürfte als eine mit 3—900 M. oder 1 Tag bis 1 Jahr bedrohte Beleidigung zu erachten sein. 2. Falls Sie klagen wollen, müssen Sie zunächst den Schiedsmann um Anberaumung eines Sühnetermins angehen, sodann beim Amtsgerichts Klage erheben. Lohnt es sich denn, wegen solcher Kinkerlitzchen zu klagen?

X. 1—3 Nein.

E. F. Brennecke. 1. Ja, daß ein Unfallsrentner für militärtüchtig erachtet ist, erscheint wenig glaubhaft. 2. Alle Versammlungen — ob öffentliche oder geschlossene ist gleichgiltig — in welchen öffentliche Angelegenheiten erörtert werden sollen, bedürfen der Anzeige.

W. H. Fr. Der Klageweg ist wenig aussichtsvoll.

Alter Abonnent. Der „edle" Herr ist leider rechtlich nicht gezwungen, dem 89jährigen Mann, der 40 Jahre hindurch für ihn gearbeitet, Pension oder dgl. zu geben.

X. X. Die Namen müssen Sie mittheilen, da der Verein als ein politischer zu erachten.

A. X. Die Ziehhunde solcher Personen, welche nach den von der Steuerbehörde zu veranlassenden Ermittelungen zum Fortschaffen eines zum Betriebe ihres Gewerbe unentbehrlichen Karrens oder Handwagens ihren Vermögensverhältnissen nach andere geeignete Transportmittel nicht zu beschaffen vermögen, sind steuerfrei. Richten Sie die Eingabe, da Sie fünf antwortlos an den Magistrat gerichtet haben, an den Oberbürgermeister persönlich.

G. in Brix. Weiblichen Personen, welche eine Ehe eingehen, bevor sie in den Genuß einer Rente gelangen, steht ein Anspruch auf Erstattung der Hälfte der für sie geleisteten Beiträge zu, wenn die Beiträge für mindestens 5 Beitragsjahre entrichtet worden sind. Beiträge für weniger als 5 Beitragsjahre schluckt die Kasse.

H. P. 1. Nein. 2. Ja. 3. Nein.

E. L. Nein.

F. B. 100. Wenden Sie sich an ein Mitglied der freireligiösen Gemeinde, z. B. Vogtherr. Derselbe wird Ihnen ein Formular, Antrag behufs Austritt aus der Landeskirche, geben.

Xantippe. Der Besitz und die Verheimlichung falscher Zähne, Haare und dergleichen bildet keinen Ehescheidungsgrund.

P. O., Gelbgießer. Erbitten Ihren baldigen Besuch zwischen 12 und 1 Uhr.

Verteing. Legen Sie Beschwerde beim Regierungs-Präsidenten ein.

Vogelfänger. Nein.

K. A. 16. Zahlen. Denn wenn auch gewöhnlicher gesunder Menschenverstand in dem Nichtherausweisen von armen Harfenspielern keine Veranstaltung einer öffentlichen Musikaufführung finden kann, so wird der Verstand gelehrter Richter doch möglicherweise eine solche Entscheidung treffen.

H. M. Ob Aussicht auf Erfolg, läßt sich so nicht angeben. Instanzenzug ist: Vorstand der Genossenschaft, Schiedsgericht, Reichsversicherungsamt. Vielleicht sprechen Sie unter Mitnahme der Papiere zwischen 12 und 1 Uhr Wochentags vor.

Günter Goslar zu 1 und 2: Ja.

E. H 10, W. T. 49 und **A. N.**: Nein.

A. 120. Sie würden verlieren.

Kolischke. Verheirathung des Schwängerers steht seiner Verpflichtung, für sein außereheliches Kind und dessen Mutter zu sorgen, keineswegs entgegen.

P. P. 220. Dem Eigenthümer würde voraussichtlich im Klagewege Recht gegeben werden.

N. G., Luisen-Ufer. Nein. Höchstens ein wagerechter Strich.

Karl Hoog. Für Kinder zwischen 13 und 16 Jahren ist 10 Stunden täglich die Maximalarbeitszeit für Fabriken.

Hennigsdorf a. d. Havel. Sie müssen gegen den Wirth auf Gestattung von Besuchen klagen. Ihre Besucher sind nicht verpflichtet der Aufforderung des Wirths nachzukommen.

N. Z. 93. 1. Nein. 2. Das hängt von der Art des Berufs des Mädchens ab.

Gescheidter Aktienbudiker. Der Anspruch gegen Ihre Frau ist unberechtigt.

N. J. In dem von Ihnen angeführten Fall hat jeder Theil ein Recht auf monatliche Kündigung.

F. W. 100. 1. Wartezeit ist nicht bestimmt: es genügt die Nichtbeobachtung der vom Gericht festgesetzten Rückkehrzeit. 2. und 3. Ja.

Franz Platz. 1. Wenn zwischen Ihnen und dem Arbeitgeber weder mündlich noch schriftlich, noch durch die Fabrikordnung etwas anderes vereinbart ist, so gilt vierzehntägige Kündigungsfrist. 2. Es kann jeden Tag, nicht nur am Zahltag, gekündigt werden. 3. Wenden Sie sich behufs Aufnahme der Klage an das von Arbeitnehmern errichtete Bureau, Rosenstraße 28, 3 Tr.

N. A. w. g. Ihnen steht wie jedem Anderen frei, sich zwischen 12 und 1 Uhr Rath zu holen; vorherige Anmeldung ist nicht nöthig.

Verantwortlicher Redakteur: Robert Schmidt in Berlin. Druck und Verlag von Max Badiug in Berlin SW., Beuthstraße 2.